

**Gespräch mit Anelie Buntenbach  
und Andrea Nahles zu rot-grün**

**Birgit Fischer**  
Rechtsextremismus und Gewalt

**Edelbert Richter**  
10 Jahre deutsche Einheit

**Arno Klönne**  
Rot-grün als „bewusstloses Projekt“

Ausgabe 5 | 00  
Heft 115  
9,50 DM  
September |  
Oktober 2000

## HALBZEIT FÜR ROT-GRÜN



INTERVIEW MIT BENNY MIKFELD  
NEUE ZEITEN  
FÜR DIE JUSOS?

von Thomas Westphal

Von der sogenannten new economy war an dieser Stelle schon öfter die Rede. Mittlerweile vergeht kein Tag ohne eine entsprechende Berichterstattung über die kommenden Segnungen der neuen Wirtschaftsstrukturen. Die Tages- und Wirtschaftspreise bearbeitet das Thema in der gewohnt modischen Form. Wem es als erstes gelingt eine neu Entwicklungsparole zu platzieren, der macht den Trend von morgen. Während sich das Publikum langsam mit dem Thema new economy anfreundet, haben die ganz schnellen Medien diese bereits wieder abgeschrieben. Die Unternehmen am neuen Börsenmarkt waren gestern noch die modernen Helden, heute sind sie ruchlose Geldvernichter. Das Internet war gestern noch das Instrument der vierten industriell- technologischen Revolution, das jeden in den Bann zieht und unsere Kommunikation grundlegend verändern wird. Heute werden die immer härter aufdrehenden Propagandafeldzüge der Internetwirtschaft als Volksverdummung zum Weichklopfen derer, die immer noch nicht „drin sind“, kritisiert. Die Berichterstattung über die Entwicklung mag den Vermarktungsbedingungen der modernen Medienwirtschaft entsprechen. Mit Berichterstattung, die einen entsprechenden Informationsgehalt vorweisen kann, hat dies nun wahrlich nichts zu tun. Es liegt eher der Verdacht nahe, das heutige Journalisten selber Opfer einer sich verändernden, immer schneller werdenden Arbeitskultur in der neuen Wirtschaft geworden sind. Halb verdaute Dauerkommunikation mit sich ständig widersprechende Aussagen, drängt Qualitätsbewußtsein und Durchdringungsgrad im Berufsstand der Journalisten vollständig an den Rand.

Jüngstes „Opfer“ dieser Berichterstattung wurde die Bildungsministerin und Mitherausgeberin dieser Zeitschrift Edelgard Bulmahn. Ihre IT- Offensive mit dem Slogan „Anschluss statt Ausschluss“ wurde als Teil einer Kampagne der Internetwirtschaft entlarvt, die nur dazu diene Panikmache zu betreiben und den Internetverweigerern den „Schweiß auf die Stirn zu treiben“.

Es kann einer Bildungsministerin eigentlich nicht zum Vorwurf gereichen, wen sie den Versuch unternimmt eine drohende Spaltung zwischen Informationselite und „Inter-netproletariat“ zu vermeiden.

\*\*\*

Im Zusammenhang mit der IT- Offensive des Bildungsministerium erscheint ein anderer Punkt interessanter:

Unter der Überschrift : „Die @-Kids kommen“, thematisierte die Kulturwissenschaftlerin Jutta Greis vor einiger Zeit die Widersprüche, die mit wachsender PC-Nutzung im Bereich der Arbeitskompetenzen, Sozialverhalten und Mentalitäten der nachwachsenden Arbeitsgeneration auftreten:

„Multitasking ist Kompetenz und Attitüde der nachwachsenden Generation im Privaten wie im Job. Sie spielen oder arbeiten am Computer, telefonieren dabei mit Freunden, essen und hören Musik, alles parallel (...). Einerseits imponiert die Schnelligkeit, mit der Informationen verarbeitet werden: Der Multitasking geübte Nachwuchs ist flexibel, reaktionsschnell und in der Lage auf mehreren Ebenen zu kommunizieren und zu handeln. Andererseits spricht einiges dafür, dass Multitasking eher zu Qualitätsverlusten führt, weil die vielen Reize physiologisch gar nicht richtig verarbeitet werden können. Die Konzentrationsfähigkeit leidet auf die Dauer.“ Frau Greis rät, den Trend zur Beschleunigung und Parallelaktivitäten beim Nachwuchs zu begleiten und gleichzeitig Qualitätsbewußtsein und Gründlichkeit zu fördern.

*Kurzum:* Bei einer IT Offensive des Bildungsministeriums kann nicht allein die Frage „Bist Du schon drin?“ im Vordergrund stehen. Die Frage nach einer modernen Pädagogik die eine Balance zwischen Flexibilität, Schnelligkeit und Qualitätsbewußtsein vermittelt, die Ausbildung von Lehrern die als natürliche Autoritäten in der neuen Technologie akzeptiert und nicht als blutige Anfänger mit dem moralischen Zeigefinger von den @-Kids abgetan werden, dies alles sind drängende Fragen einer

zeitgemäßen Bildungspolitik. Sie warten auf eine konzeptionelle Antwort.

\*\*\*

Das Beispiel der Kulturwissenschaftlerin zeigt jedoch auch, dass die Debatte über die new economy keine reine Wirtschaftsdebatte ist. Ginge es nur darum, dass neue Sektoren mit neuen Traumgewinnen in den Wirtschaftsstrukturen empor steigen und alte Branche verdrängen, könnten wir das Thema schnell verlassen. Innerhalb der spw nimmt die Durchleuchtung der new economy, der Informationsgesellschaft, der postindustriellen Kapitalismus, der Rolle des human capital und der Bildung etc. deshalb einen breiteren Raum ein, weil wir davon ausgehen, dass es sich dabei um die Herausbildung einer neuen kapitalistischen Verwertungsstruktur handelt, die anderen Gesetzen folgt als dies ihre historischen Vorgänger taten. Es handelt sich im Sinne von Gramsci wohl eher um eine passive Revolution, also um die Umwälzung aller bestehenden Regeln, Normen und Akkumulationsbedingungen zur Schaffung einer neuen Wachstums- epoche des Kapitalismus. Eine solche passive Revolution bringt selbstverständlich auch neue Widersprüche in der Kultur- und Lebensweise einer Gesellschaft hervor. Wir werden uns diesen Widersprüchen widmen und aus der Analyse neue Politikansätze für einen modernen Sozialismus entwickeln müssen. Die hier und da immer wieder aufflackernde Annahme diese passive Revolution könne noch aufgehalten werden, halte ich jedoch für eine irri- ge Annahme.

*Kurzum* schon die Bildungsfrage zeigt: der Strategievorschlag, sich als fortschrittliche sozialistische Linke in die Klassen- und Kulturauseinandersetzungen um den neuen Kapitalismus einzuschreiben ist keine reduzierte Minimal-Strategie, weil die Zeiten für Sozialisten nun mal so hart sind, es wird viel mehr ein steiniger Weg der euphorisch bis hektischen Modernisierungsrhetorik eine tragfähige Reformperspektive auf dem Boden der new economy entgegen zu setzen.

**Herausgeber/Herausgeberinnen:**

Heinz Albrecht (Berlin) (#)  
 Edelgard Bulmahn (Hannover)  
 Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)  
 Katrin Fuchs (Verl)  
 Christel Hanewinkel (Halle/S.)  
 Uwe Kremer (Dortmund)  
 Detlev von Larcher (Weyhe)  
 Susi Möbbeck (Magdeburg)  
 Peter von Oertzen (Hannover)  
 Horst Peter (Kassel)  
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)  
 Thomas Westphal (Dortmund)

**Redaktion:**

Uta Biermann  
 Stefanie Gerszewski  
 Barbara König  
 Dirk Meyer  
 Reinhold Rünker  
 Frank Schauff  
 Claudia Walther  
 Frank Wilhelmy

**Redaktionssekretär**

Reinhold Rünker, Logo-Office Leichlingen

**Neue Redaktions- und Verlagsadressen:**

spw-Verlag/Redaktion GmbH  
 Westfälische Str. 173, 44 309 Dortmund  
 Postfach 12033, 44 289 Dortmund  
 Telefon: 02 31 - 40 24 10 (Verlag)  
 02 31 - 40 14 11 (Redaktion)  
 Telefax: 02 31 - 40 24 16  
 E-mail: verlag@spw.de  
 redaktion@spw.de  
 Internet: http://www.spw.de

**Geschäftsführung:**

Olaf Schade  
 Joachim Schuster  
 Alfred Voges

Konto des Verlages:  
 Postbank Dortmund  
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr.

Jahresabonnement DM 63,-  
 (bei Bankeinzug DM 60,-)  
 ermäßigtes Jahresabonnement  
 für SchülerInnen, Studentinnen,  
 Erwerbslose DM 55,-,  
 (bei Bankeinzug DM 52,-)  
 Auslandsabonnement DM 66,-

Abbestellungen mit einer Frist  
 von drei Monaten zum Jahresende.  
 Wir freuen uns über Manuskripte und  
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen  
 Manuskripte per E-mail oder auf einer  
 MS-DOS/Windows-formatierten Diskette  
 mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2000.  
 Alle Rechte, auch das der Übersetzung,  
 vorbehalten.

Internet: [www.spw.de](http://www.spw.de)

Gestaltet durch Koeln-Online  
 und Markus Lauber

**Titelfoto:**

Christian Kiel, Berlin

**Satz und Gestaltung:**

Ralf Schmitz, Leverkusen

**Druck:**

Nolte-Druck, Iserlohn  
 1.-2. Tausend, Oktober 2000

# INHALT

kurzum ..... 2

**MAGAZIN****Prof. Siegfried Prokop**

10 Jahre Vereinigung BRD-DDR ..... 4

**Dr. Edelbert Richter**

Aufschwung Ost? ..... 6

**Burkhard Winsemann**

Soziale Republik Europa kommt jetzt in Schwung ..... 8

**Katja Pohl und Thilo Scholle**

IUSY-Festival ..... 9

**Frank Schauff**

„Es ging nicht um Sicherheit...“ – Eine Historikertagung in den USA ..... 10

**Birgit Fischer**

Programme gegen rechts ..... 10

**Niels Annen**

Wer ist Zapatero? ..... 13

**Wolfgang Wodarg**

Patentierung von Erbgut ..... 14

**Hauke von Seht**

Klimaschutzprogramm ..... 17

**PLATZ DER REPUBLIK 1****Burkhard Winsemann**

Die Benzinpreis-Woche ..... 21

**HALBZEIT FÜR ROT-GRÜN****Claudia Walther**

Halbzeit in Berlin - Einleitung zum Heftschwerpunkt ..... 22

**Ein Gespräche mit Annelie Buntenbach und Andrea Nahles**

Halbzeit für Rot-Grün ..... 23

**Host Schmitthenner**

Zwei Jahre Rot-Grün - Politik braucht Einmischung ..... 29

**Arno Klönne**

Das „bewusstlose Projekt“ ..... 32

**Gespräch mit Peter von Oertzen**

Die Mitte, die ich meine... ..... 35

**Ralf Krämer**

Halbzeitbilanzveranstaltungen ..... 40

**INTERNATIONALE POLITIK****Edgar Göll**

Die Linke in den USA - Aufbruch ins neue Jahrtausend? ..... 41

**Inken Wiese**

Barak vor dem Scheitern? ..... 46

**THEORIE & STRATEGIE****Ralf Krämer**

„Über Human Capital, Cyberlords und modernen Sozialismus“ ..... 49

**Gespräch mit Benni Mikfeld**

Neue Zeiten Denken – eine Strategie für die Jusos ..... 53

**Winfried Roth**

Zum 70. Geburtstag von Immanuel Wallerstein ..... 56

# 10 Jahre Vereinigung BRD-DDR

Kritische Bilanz und humane Alternativen

Von Siegfried Prokop

„Helmut Kohl hat die deutsche Einheit hervorragend gestaltet“, behauptete Angela Merkel in einem vom Deutschlandfunk Ende August gesendeten Interview. Die CDU vermag sich offenbar ebenso wie manche „Transformationsforscher“ noch immer nicht von der Legende „Kanzler der Einheit“ zu verabschieden. Welche Verdienste Kohl beim Zustandekommen der äußeren Einheit zuzuschreiben sein werden, wird von den Historikern noch bis ins Detail erforscht und festgestellt werden. Dass aber Kohl für die innere Einheit nicht wenig neue Barrieren errichtete, steht schon heute fest.

## Die Strukturelle Kolonialisierung

Fritz Vilmar, emeritierter Politologe der Freien Universität Berlin, hat keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Er gab zusammen mit Wolfgang Dümcke 1995 das Buch „Kolonialisierung der DDR“ heraus, das bis jetzt die einzige umfassende und grundlegende Kritik der (west)deutschen Vereinigungspolitik geblieben ist. Dieses Buch, das in Deutschland immerhin drei Auflagen erlebte, erschien inzwischen unter Mitwirkung von Gislaine Guittard auch in Frankreich. Die bei der Übertragung ins Französische von Vilmar gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse, ergänzt durch Beiträge namhafter ostdeutscher Publizisten, werden in dem jetzt vorliegenden Buch „Zehn Jahre Vereinigungspolitik“ präsentiert (I), das bislang zu verzeichnende thematische Lücken schließt und den häufig attackierten Terminus „Kolonialisierung“ als „strukturelle Kolonialisierung“ präzisiert. Dieser Begriff beschreibt allerdings nur einen Trend des Vereinigungsprozesses. Auf der anderen Seite habe sich die Demokratisierung vollzo-

*Dass Kohl für die innere Einheit nicht wenig neue Barrieren errichtete, steht schon heute fest.*

*Siegfried Prokop (Jg. 1940), Prof. Dr. phil., Historiker, war von 1983 bis 1996 Professor für deutsche Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin und danach Projektleiter an der Forschungsstelle für historische und sozialwissenschaftliche Studien Berlin / Verein für angewandte Konfliktforschung*



gen, auf deren einzelne Bestandteile der Herausgeber ausdrücklich hinweist. Manches spricht für die Sicht Vilmars. Die Summe der Entscheidungen der Regierung Kohl diene nicht der Menschenwürde und der demokratischen Selbstbestimmung der Ostdeutschen, sondern lediglich der Übertragung der sozio-ökonomischen Strukturen der Alt-BRD auf Ostdeutschland. Diese Übertragung nahm den Charakter eines Sieges an, der diese Strukturen gegen jede Kritik immunisierte und der die basisdemokratischen Impulse der DDR vom Herbst 1989 zunichte werden ließ. Abgewickelt wurde nicht nur die demokratisierte DDR des 89er Aufbruchs, abgewickelt wurden auch viele ihrer Bürger. Nach wie vor gibt es Argumente gegen die Sicht Vilmars, die bedenkenwert sind.

Kolonialisierung setze Eroberung voraus, meint der Berliner Wirtschaftshistoriker Jörg Roesler: „Der Weg der Kolonialisierung wurde im großen Maßstab im 19. Jahrhundert vor allem in Asien und Afrika beschritten, nachdem bis zum Ende des 18. Jahrhunderts die größten traditionellen Kolonialreiche in Lateinamerika zu finden waren.“ (II, 20) Roesler, der zwölf Fälle von Vereinigungen in der Geschichte vergleichend untersuchte, entschied sich im Ergebnis des Vergleichs für den Terminus „Anschluss“: In der am 12. April 1990 unterzeichneten Koalitionsvereinbarung hatte sich die neue DDR-Regierung unter Lothar de Maiziere zur staatlichen Einheit Deutschland auf dem durch Artikel 23 des Grundgesetzes vorgezeichneten Weg, der den Beitritt zur

Bundesrepublik regelte, bekannt: „Damit waren die vor den Wahlen in der deutschen Öffentlichkeit noch geführten Diskussionen, ob die Einheit Deutschlands besser nach Artikel 146 oder Artikel 23 erreicht werden sollte, ob die Einheit besser auf dem Wege des Anschlusses oder durch Zusammenschluss zustande kommen würde, gegenstandslos geworden.“ (II, 94/95) Einheit und Freiheit in Deutschland zu vollenden, hielt Helmut Kohl für einen „beispiellosen Vorgang“. Roesler hält dagegen, dass Kohl 1990 lediglich Maßnahmen ergriffen habe, „als handele es sich um Steine aus einem Serienbaukasten, ‚Anschluß‘ genannt.“ (II, 315)

Allzuweit ist Roesler von der Sicht Vilmars nicht entfernt, denn am Schluss seines Bandes fügte er dem Begriff „Anschluss“ noch das Prädikat „total“ hinzu. Das, was in seinem Buch mit einem ‚totalen‘ Anschluss apostrophiert wurde, habe es so nur noch in Quebec, in der Slowakei und in Estland gegeben, jenen Anschlussfällen, bei denen auch die Eigentumsverhältnisse in den Angleichungsprozess einbezogen wurden. In dieser Fast-Vollständigkeit sei der Anschluss nicht einmal in Österreich erfolgt. Wie man auch immer zur Gesamtbewertung der Vereinigung stehen mag, die Fakten sprechen eine deutliche Sprache.

## Die historische „Leistung“ von Helmut Kohl

In dem von Vilmar herausgegebenen Buch wird unter kritischer Berücksichtigung vielfältiger Quellen der Nachweis geführt, dass Helmut Kohl aus-

schließlich wegen „kalten wahltaktischen Kalküls“ (I, 149) 1990 unter Ignorierung aller Warnungen von Fachleuten die überstürzte Währungsunion riskierte, die den größten volkswirtschaftlichen Rückschlag nach sich zog, der in der gesamten Geschichte des Kapitalismus bisher zu verzeichnen war. In kurzer Zeit verlor der Osten vier Millionen Arbeitsplätze, während im Westen zwei Millionen neue Arbeitsplätze entstanden. Der größte Teil der prinzipiell funktionsfähigen Volkswirtschaft der DDR wurde so zerlegt und privatisiert, dass drei Viertel der industriellen Arbeitsplätze liquidiert wurde. In Ostdeutschland bildete sich eine Zweidrittelgesellschaft neuer Art heraus – nur ein Drittel behielt die Arbeit. Ein Drittel hat nach Verlust des alten Arbeitsplatzes zwar einen neuen gefunden, der aber oft unsicher und prekär ist, während ein weiteres Drittel aus der Erwerbsarbeit hinausgedrängt wurde oder als Langzeitarbeitslose kaum noch eine Erwerbsperspektive hat. Im Vergleich zur alten Bundesrepublik wurden die Verhältnisse insofern umgekehrt, als eine breite Zone instabiler und prekärer Beschäftigung etabliert wurde und die soziale Marginalisierung vor allem durch Langzeitarbeitslosigkeit deutlich zunahm.

Westdeutsche Handelsketten, die den Binnenmarkt der DDR unter sich aufgeteilt hatten, verdrängten Ostprodukte aus den Regalen der Kaufhäuser und Geschäfte und die traditionellen Märkte in Osteuropa brachen nicht weg, sie wurden den ostdeutschen Produzenten abgenommen. Im Interesse des Machterhalts der regierenden Partei musste Deutschland sich auf die „denkbar teuerste Art vereinigen“, heißt es in den „Thesen zur inneren Uneinigkeit“ (I, 18) von Daniela Dahn, die den anderen Texten des von Vilmar herausgegebenen Buches vorangestellt sind. Selbst die Enkel und Urenkel werden an den finanziellen Lasten noch zu tragen haben.

Der Hamburger Publizist Karl-Heinz Roth bemerkt zu den Folgekosten der Währungsunion: „Die ‚Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion‘ war in allen Einzelheiten vorgedacht und wurde 1990 in ihrer radikalsten Planungsvariante realisiert... Aber auch die volkswirtschaftlichen Folgekosten eines solchen Vorgehens waren in allen Varianten durchgespielt worden. Seit Mitte der fünfziger Jahre hatten die Planer immer wieder betont, dass sie um so höher sein würden, je schneller der Anschluss vollzo-

gen würde.“ (III, 80) Roth weist ausdrücklich auf den autoritären Stil Kohls hin, der „Kommissarstrukturen“ eingerichtet hatte: „Kohl gründete eine Reihe hierarchisch abgestufter Beratungsgremien, deren Teilnehmer er aus seiner persönlichen Klientel rekrutierte, und vereinbarte mit ihnen ein autokratisch von allen parlamentarisch-demokratischen Strukturen abgeschottetes Vorgehen...“ (III, 81)

Im zehnten Jahr der Einheit erreicht die ostdeutsche Industrie noch nicht den Produktionsausstoß von 1989. Nach dem 2. Weltkrieg wurde trotz Demontagen und Reparationen der Vorkriegsstand schon 1950, d. h. nach fünf Jahren, wieder erreicht. Die offizielle Statistik bietet ein geschöntes Bild, wenn sie immer wieder auf das Jahr 1991 als Basisjahr ausweicht und so eine Steigerung von 140 % errechnet.

In der Landwirtschaft kam es anders, als es sich die Bundesregierung gedacht hatte. Die Nachfolgeunternehmen der LPG ließen sich nicht liquidieren. Gelänge es der ostdeutschen Landwirtschaft mit ihrem „Flaggschiff“ (I, 233), den Agrargesellschaften, trotz aller Erschwernisse ihre Funktionsfähigkeit über einen längeren Zeitraum zu beweisen, könnte sie auch in Westeuropa an Anziehungskraft gewinnen.

### Soziale Liquidierung

Eines der schäbigsten Kapitel in der Regierungszeit Kohls stellt die „soziale Liquidierung“ oder Ausgrenzung ostdeutscher Eliten dar, obwohl es ein Potential ostdeutscher demokratischer „Gegeneliten“ gab (I, 85). Bereits 1993 waren etwa drei Viertel der im Wissenschaftsbereich tätigen Ostdeutschen entlassen worden (heute 91 %). Die Neuausschreibung aller Lehrstühle führte dazu, dass fast alle Stellen an westdeutsche Bewerber vergeben wurden. Besonders gilt dies für leitende Positionen. Nur sehr wenige Ostdeutsche wurden Institutsdirektoren. Von den 1700 Wissenschaftlern der Akademie der Wissenschaften, die positiv evaluiert wurden, erhielt nur ein verschwindend kleiner Teil eine unbefristete Stelle. Mit Zahlen belegt wird die Dezimierung der industriellen Forschung, die im Kontrast zu dem lauthals verkündeten „Aufbau Ost“ stand. Die soziale Liquidation erheblicher Teile der ostdeutschen Eliten wird von Vilmar als Tatbestand gewertet, der zu den klassischen Politikmustern der strukturellen Kolonialisierung gehört. Der Elitenan-

teil der Ostdeutschen in Deutschland müsste entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil bei etwa 20 % liegen. Die Ostdeutschen sind in allen Elite-Bereichen unterrepräsentiert. An der Spitze der Wirtschafts- und Justizhierarchie ist kein einziger Ostdeutscher zu finden. Die ehemaligen Bezirkszeitungen sind durchweg in der Hand westdeutscher Medienkonzerne, kein Chefredakteur stammt aus dem Osten.

Nach 1990 fand über die Privatisierung der Treuhand ein gigantischer Vermögenstransfer Ost-West statt. Die Ostdeutschen wurden um ihren Besitzanteil am Volkseigentum gebracht. Dieser Transfer wird heute eher verschwiegen, während der Finanztransfer West-Ost übertrieben herausgestellt wird. Der Ökonom Ulrich Busch belegt schlüssig, dass die Ostdeutschen für ein weiteres Jahrzehnt einen „Anteils- und Entschädigungsanspruch“ (I, 191) haben, der aus ihrer umfassenden Enteignung nach 1990 herrührt. Finanztransfers haben bis dahin praktisch den Charakter von *Re-Transfers*.

Zehn Jahre nach Herstellung der Einheit zeigt sich, dass sich eine ostdeutsche Sonderidentität herausgebildet hat. Deutschland ist ein Staat, der in zwei Gesellschaften zerfällt. Umfragen bestätigen immer auf's Neue, dass 80-88 % der Ostdeutschen sich als „Deutscher zweiter Klasse“ fühlen. Wer es mit der viel beschworenen „inneren Einheit“ ernst nimmt, darf sich nicht auf die kritische Analyse beschränken. Es bedarf humaner Alternativen, wozu Roesler und Vilmar Vorschläge unterbreiten.

Zehn Jahre sind nicht ausreichend für eine Gesamtbewertung des Vorgangs. Allerdings sollte akzeptiert werden, dass „die Geschichte noch offen ist, dass das Ergebnis jedes Anschlusses von dieser zeitlichen Reife sowohl dauerhafte Integration als auch fortgesetzte Ambivalenz oder erneute Abspaltung heißen kann.“ (II, 322) spw

### Literatur:

- Fritz Vilmar (Hrsg.): Zehn Jahre Vereinigungspolitik. Kritische Bilanz und humane Alternativen. Band 1, Reihe Kritische Analysen zur Vereinigungspolitik herausgegeben von Fritz Vilmar. 1. und 2., durchgesehene Auflage. Berlin 2000.
- Jörg Roesler: Der Anschluss von Staaten in der modernen Geschichte. Eine Untersuchung aus aktuellem Anlass. Frankfurt/M., Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien 1999.
- Karl Heinz Roth: Anschließen angleichen abwickeln. Die westdeutschen Planungen zur Übernahme der DDR 1952-1990. Hamburg 2000.

*In kurzer Zeit verlor der Osten vier Millionen Arbeitsplätze, während im Westen zwei Millionen neue entstanden.*

# Aufschwung Ost?

Bemerkungen nach 10 Jahren deutscher Einheit

von Dr. Edelbert Richter

## 1. Gegenwärtige Stagnation

Der wirtschaftliche Fortschritt, den Ostdeutschland in den zehn Jahren seit der Wiedervereinigung erlebt hat, kann am besten abgelesen werden an der Breite und Qualität des Warenangebots und an der stark verbesserten Infrastruktur (Telekom, Straßen, Stadterneuerung usw.). So wichtig dies alles für das tägliche Leben ist, es belegt aber leider noch keinen eigenständigen Aufschwung. Schaut man nämlich genauer hin, so stellt sich heraus, dass ein Großteil der Waren aus Westdeutschland kommt und die Verbesserung der Infrastruktur nicht von der ostdeutschen privaten Wirtschaft, sondern vom gesamtdeutschen Staat finanziert worden ist. Obwohl also die Marktwirtschaft seit 10 Jahren (oder jedenfalls seit dem Abschluss der Privatisierung 1994) in Ostdeutschland etabliert ist, ist das, was hier als Fortschritt ins Auge sticht, keineswegs allein auf sie zurück zu führen, sondern in hohem Grade auf einen anderen Markt und letztlich auf den Staat.

Untrüglicher Beleg für diese Tatsache sind die seit 1992 permanent gegenüber den selbst erzeugten Einkommen um rund 200 Mrd. DM höheren Konsum- und Investitionsausgaben in Ostdeutschland (sog. Produktionslücke). Das ist ein Drittel der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage! Es wird zum kleineren Teil durch Kapitalimport und zum größeren Teil durch Transferleistungen des Staates finanziert. Das entsprechende Güterangebot wird aber hauptsächlich von der westdeutschen Wirtschaft bereitgestellt. Die in beträchtlichem Umfang kreditfinanzierten staatlichen Finanztransfers wirken daher wie ein großangelegtes keynesianisches Konjunkturprogramm für Westdeutschland. Eben deshalb sind

sie aber nicht zuerst eines für Ostdeutschland!

Gewiss hat die ostdeutsche Marktwirtschaft als solche auch Fortschritte gemacht. So ist das BIP pro Einwohner bis 1996 auf 56,8 % des westdeutschen Niveaus angestiegen, die Arbeitsproduktivität bis 1997 auf 60,4 % und das Bruttoeinkommen der abhängig Beschäftigten bis 1996 auf 74,4 % der Werte in den alten Bundesländern angewachsen. Aber seitdem stagnieren alle diese Größen und bleiben die Wachstumsraten hinter denen Westdeutschlands zurück! Von einem Aufholen kann demnach keine Rede mehr sein.

Dagegen verweist man nun seit 1998 gern auf das außerordentliche Wachstum speziell der Industrie und des Exports. In der Tat lag die Zuwachsrate des verarbeitenden Gewerbes 1999 als Folge der Mitte der 90er Jahre getätigten hohen Investitionen bei 10,5 % und die des Exports gar bei 18,4 %. Aber: Die betreffenden Investitionen pro Kopf sind seit 1997 wieder zurückgegangen! Und sie sind seit 1998 sogar hinter die der alten Bundesländer zurückgefallen. Trotz der gestiegenen Exporte hat sich außerdem nichts daran geändert, dass die nicht FuE-intensiven (und d. h. nicht exportträchtigen) Zweige in der ostdeutschen Industrie überwiegen. Zudem handelt es sich ganz überwiegend um kleine und mittlere Unternehmen. Die für Innovation, Produktivität und Vernetzung so wichtigen großen Unternehmen fehlen weitgehend. Dass die Unternehmen, die nicht in ostdeutschem Besitz sind, meist nur verlängerte Werkbänke sind, ist ein weiteres Defizit, das geblieben ist. Schließlich muss man sich daran erinnern, dass bei einem Anteil der neuen Bundesländer von 19 % an der Bevölkerung Deutschlands der Anteil des ostdeutschen Industriumsatzes am gesamtdeutschen 1997/98 gerade mal 7% betrug, und der der Aufwendungen für FuE im verarbeitenden Gewerbe nur 5%!

## 2. Ursachen

Der Verlust von zwei Dritteln der Industrie und 80 % des industriellen Forschungs- und Entwicklungspotentials in wenigen Jahren stellt die schwerste Katastrophe in der ostdeutschen Wirtschaftsgeschichte dar. Weder der 1. Weltkrieg noch die Weltwirtschaftskrise noch der 2. Weltkrieg haben zu Potenzialverlusten derartigen Ausmaßes geführt. Worin liegen die Ursachen?

Erstens in den hinlänglich bekannten Schwächen der zentralistischen Planwirtschaft, die nur durch die Abschottung gegenüber dem Weltmarkt versteckt bleiben konnten, aber nun, in der unmittelbaren Konfrontation mit ihm, natürlich offenbar werden mussten. Es ist jedoch ein billiger ideologischer Trick, diese Schwächen als die Hauptursache oder gar die einzige Ursache des Zusammenbruchs hinzustellen. Denn die DDR war weder „bankrott“ noch war das Produktivkapital, das sie hinterließ, „alles Schrott“. Zudem zeigt der Vergleich mit anderen, ähnlich entwickelten Ländern des ehemaligen Ostblocks (Tschechien, Ungarn, Polen), dass es in keinem von ihnen zu einer solchen Deindustrialisierung gekommen ist.

Eine zweite Ursache lag in der vor einer wenigstens annähernden wirtschaftlichen Angleichung vollzogenen Währungsunion. Das widerspricht nicht nur der ökonomischen Vernunft allgemein, sondern auch speziell der Logik nachholender Entwicklung: Es gibt (jedenfalls auf Dauer) keine starke Währung ohne eine starke Wirtschaft, und es gibt keine nachholende Entwicklung ohne Schutz und Förderung durch den Staat. Die schlagartige Aufwertung der Währung um 400 % führte so zum Verlust der Exportmärkte und damit der Exportindustrie. Und dabei fehlten weitgehend Schutz und Förderung durch den Staat in Gestalt einer gegensteuernden Industrie- und Strukturpolitik.

Die „Schocktherapie“ wurde – drittens – fortgesetzt in der vierjährigen Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt. Die Einwände der Opposition dagegen waren:

1. Eine überstürzte Privatisierung werde schon aufgrund des riesigen Angebots und der gewaltigen Nachfrageprobleme Preise gegen Null gehen lassen, also zur Verschleuderung des Produktivkapitals führen, und außerdem zu Kapitalvernichtung in großem Maßstab. Es müsse daher zunächst mit staatlicher Hilfe saniert werden, was sanierungsfähig ist.

2. Die Orientierung auf die großen Westinvestoren werde die Ostdeutschen ihres ohnehin nicht üppigen Vermögens berauben und ihnen die Initiative zum Aufbau der eigenen Wirtschaft aus der Hand nehmen. Es müsse daher statt des direkten, objektweisen Verkaufs (der eben sowieso keiner ist) eine Privatisierung

*Die in beträchtlichem staatlichen Finanztransfers wirken wie ein Konjunkturprogramm für Westdeutschland!*

durch Vergabe von Anteilsrechten erfolgen.

Da sich jedoch die neoliberale Ideologie durchsetzte, ist genau das eingetreten, was die Opposition befürchtet hatte: Die Privatisierung hat nicht nur zur Verschleuderung des Produktivkapitals geführt, sie hat dem öffentlichen Sektor sogar soviel gekostet, dass dafür eine ordentliche Sanierung möglich gewesen wäre. Zweitens sind die Ostdeutschen nicht nur weitgehend vom Produktivkapital ausgeschlossen worden. Es hat darüber hinaus auch die erhoffte Offensive westlicher Investoren nicht (oder höchstens 1994 – 1996) stattgefunden.

Mit der Industrie wurde auch deren Forschung und Entwicklung privatisiert bzw. abgewickelt. Der Rückzug des Staats bedeutete in diesem Fall aber die sträfliche Vernachlässigung einer seiner originären Aufgaben! Denn FuE sind zwar privat verwertbar, darüber hinaus aber auch ein öffentliches Gut für das der Staat die Verantwortung trägt.

Der ganz überwiegende Teil des Treuhandvermögens ging in westliche Hände. Hinzu kamen die Rückgaberegulierung für Alteigentümer in Westdeutschland und die Gewinne aus dem Konjunkturprogramm für die westdeutsche Wirtschaft. Nimmt man das alles zusammen, so erweist sich der sogenannte Aufbau Ost als „das größte Bereicherungsprogramm für Westdeutsche, das es je gegeben hat.“ (H. Voscherau) Damit schließt sich der Teufelskreis, in dem sich die deutsche Einheit ökonomisch bewegt. Denn dem Einkommenstransfer von West nach Ost, der die Gemüter immer wieder beschäftigt und der den Aufschwung Ost tatsächlich in gewissem Sinne behindert, liegt ein Vermögenstransfer von Ost nach West zugrunde, der die Gemüter zwar kaum beschäftigt, aber jenen erst notwendig und möglich macht!

### 3. Forderungen

#### 3.1 Industriepolitische Offensive statt neoliberalen Rückzug des Staates

Mit der Treuhandprivatisierung wurde der neoliberale Rückzug des Staates aus der Wirtschaft ins Extrem getrieben, und im Extrem führt er offenbar nicht zur Belebung, sondern zur Zerstörung der Wirtschaft. Die Lehre aus diesem Privatisierungsprozess ist daher eine Rückkehr zur Industriepolitik. Sie muss massive Anreize geben für

eine zweite Investitionsoffensive Ost und zumal für die Ansiedlung von Großunternehmen.

#### 3.2 Alternative statt nachahmende Entwicklung

Erst wenn wir in Deutschland die wirtschaftliche Entwicklung auf diese Weise nicht sich selbst überlassen, sondern politisch gestalten wollen, stellt sich die an sich naheliegende Frage, ob der Osten die westdeutsche Wirtschaft eigentlich kopieren oder nicht vielmehr einen komplementären Entwicklungsweg einschlagen sollte. Wir sollten aus der Not sozusagen eine Tugend machen und z. B. viel entschiedener auf ökologische Modernisierung setzen. Das Leitbild für die ostdeutsche Wirtschaft darf jedenfalls nicht mehr das Einholen, die Angleichung an Westdeutschland sein. Das Leitbild muss die eigenständige Partnerschaft und Ergänzung sein. Nur so kommt Ostdeutschland aus seiner Rolle als Filialökonomie heraus.

#### 3.3 Vermögenspolitische Aktivierung statt Transferleistungen für den Konsum

Am effizientesten wäre es, wenn die Politik sozusagen gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen und sich auf die Stärkung der Eigenkapitalbasis der Unternehmen und auf die Weckung der Initiative, Aktivität und Kreativität der Menschen zugleich konzentrieren würde. Soll diesen Kriterien zusammengenommen entsprochen werden, so folgt:

- Arbeitgeber und Gewerkschaften sollten sich in Ostdeutschland zusammenschließen und der alten Forderung nach einer Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen endlich zum Durchbruch verhelfen;

- Mit der Beteiligung am Produktivvermögen erhalten die Beschäftigten zugleich die Möglichkeit einer ergänzenden Altersversorgung;
- Einzelbetriebliche Arbeitnehmerbeteiligungen werden durch staatliche Bürgschaften abgesichert (wie es in einzelnen Bundesländern schon – unzulänglich – geschieht);
- Überbetriebliche Arbeitnehmerbeteiligungen werden von Landesfonds verwaltet und zur Entwicklung des jeweiligen Landes gewinnbringend angelegt;
- Die Arbeitnehmer erhalten für den Teil ihres Einkommenszuwachses, den sie in das Betriebskapital bzw. einen regionalen Fonds einbringen, einen staatlichen Zuschuß in relevanter Höhe;
- Die öffentliche Förderung privater Investitionen wird an die Bedingung geknüpft, dass die Arbeitgeber die Arbeitnehmer am Erfolg des Unternehmens beteiligen;

#### 3.4 Förderung von Netzwerken statt von „Einzelkämpfern“

Die ökonomische Forschung hat seit den 80er Jahren neben Markt und innerbetrieblicher Organisation die Bedeutung von Kooperationsbeziehungen der Unternehmen untereinander und mit öffentlichen Institutionen als dritte Säule einer lebendigen Wirtschaft herausgearbeitet. Der Erfolg einer Wirtschaft beruht nicht nur auf dem Wettbewerb von Einzelkämpfern, sondern auch auf diesen gewachsenen Netzwerken (Synergieeffekte). Diese Kooperationsbeziehungen sind in Ostdeutschland immer noch unterentwickelt.

Die neuen Förderprogramme des Bundes wie „Innonet“ und zumal „Innoregio“ sind eine wichtige Hilfe bei der Bewältigung dieser Probleme.

*Der Aufbau Ost erweist sich als „das größte Bereicherungsprogramm für Westdeutsche, das es je gegeben hat.“ (H. Voscherau)*



Foto: Christian Kiel (Berlin)

*Das Leitbild darf nicht mehr das Einholen, die Angleichung an Westdeutschland sein, sondern die eigenständige Partnerschaft und Ergänzung.*

Wie aber gerade der Ansturm auf In-noregio gezeigt hat, kann und muss dieser Ansatz umfassender ausgebaut werden (z. B. im Sinne des japanischen Technopolis-Konzepts).

### 3.5 Förderung des Marktzugangs statt Marktgläubigkeit

Alle Fortschritte in der Produktion nützen nichts, wenn die Produkte keinen Absatz finden. Selbst wenn wir uns einmal vorstellen, die Schwächen der ostdeutschen Industrie seien durchweg behoben, so blieben die Absatzschwierigkeiten immer noch bestehen. Denn das Marketing für

neue Produkte kostet in einigen Branchen weit mehr als ihre Entwicklung und selbst ihre Produktion! An eine Liefertradition kann Ostdeutschland jedoch kaum noch anknüpfen.

Eine öffentliche Förderung speziell des Exports ist daher nicht nur gerechtfertigt, sondern sogar geboten. Über die bisherigen Maßnahmen hinaus gibt es dazu folgende Ansatzpunkte: 1. Umorientierung der Beschaffungspolitik von Bund und alten Bundesländern. Bisher vergeben die westdeutschen Länder und Kommunen nur ein Prozent ihres Auftragsvolumens nach Ostdeutschland.

2. Stärkere Förderung von Marketing, Marktforschung und Beratung im Auslandsgeschäft  
3. Obwohl die traditionell engen Außenhandelsbeziehungen Ostdeutschlands zu Mittel-Ost-Europa weitgehend abgebrochen wurden, ist ihr Anteil am Gesamtexport Ostdeutschlands mit mehr als 20 % immer noch höher als der entsprechende Anteil am westdeutschen Gesamtexport (unter 10 %). Daher sollte die politisch-strategische Unterstützung des ostdeutschen Exports vorrangig auf Mittel-Ost-Europa orientieren.

spw

## Soziale Republik Europa kommt jetzt in Schwung

Von Burkhard Winsemann

*Am Rande der mit 550 TeilnehmerInnen überaus motivierenden Sommeruniversität der Gauche Socialiste in Nantes fand am 1. September eine Vorstandssitzung des Vereins Soziale Republik Europa, der im letzten Jahr gegründeten Organisation der sozialdemokratischen und sozialistischen Linken in Europa, statt.*

*Die Diskussionen kreisen um die Frage, mit welcher Strategie die Vorherrschaft neoliberaler Politik-konzepte gebrochen werden kann,*

Nachdem die Arbeit des Vorstands bisher durch Unklarheiten über praktikable und effektive Arbeitsweisen noch etwas schleppend verlaufen war, nimmt das Projekt jetzt Fahrt auf. Das gilt sowohl für den inhaltlich-programmatischen Bereich als auch für die Ausweitung der Kontakte zu bislang noch nicht beteiligten Parteien bzw. den darin aktiven linken Gruppierungen. Hier zeigt sich, dass die Kontakte nach Spanien und Italien noch recht zart sind und intensiver Pflege bedürfen. Auf der anderen Seite werden zur Zeit weitere Kontakte entwickelt, so nach Österreich und in (Noch-)Nicht-EU-Staaten wie die Schweiz und die Tschechische Republik.

Die inhaltlichen Diskussionen konzentrieren sich auf drei Bereiche in denen noch in diesem Jahr Positionspapiere verabschiedet werden sollen, die die bereits im Gründungsmanifest angelegten Positionen konkretisieren sollen.

Der grundlegenden Forderung nach einer sozialen Republik Europa entsprechend wird eine nur auf das im Zusammenhang mit der Erweiterung Nötigste beschränkte Reform der EU-Institutionen abgelehnt, weil sie den weiteren Integrationsprozess praktisch zum Stillstand bringen würde. Der von Bundesaußenminister Joschka Fischer angestoßenen Debatte über einen europäischen Bundesstaat, einen stärker integrierten Kern der EU steht die SRE deshalb positiv gegenüber. Die Verabschiedung einer Verfassung soll es ermöglichen, politische Kontrolle über die ökonomische Integration zurückzugewinnen und mehr Transparenz und Demokratie zu schaffen. Die Verfassung soll jedoch nicht Motor einer weiteren Zentralisierung werden, sondern durch klare Kompetenzzuweisungen an die einzelnen Ebenen dezentrale Regelungsmöglichkeiten sichern.

Die Globalisierung und die Rolle der EU bei der Entwicklung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung spielen bereits im Gründungsmanifest der

SRE, das ja kurz vor der SI-Tagung im letzten Jahr entstand, eine bedeutende Rolle. Die Diskussionen in der SRE kreisen vor allem um die Frage, mit welcher Strategie die Vorherrschaft neoliberaler Politikkonzepte in Organisationen wie der WTO und dem IWF am wirkungsvollsten gebrochen werden kann, ob diese Institutionen in sich reformierbar sind oder ob sie nur durch Unterordnung unter die UNO bzw. ihre Unterorganisationen kontrolliert werden können.

Dritter Schwerpunkt ist die Harmonisierung der Steuer- und Sozialsysteme in der EU. Weitgehende Einigkeit besteht hier bereits über die Notwendigkeit von Mindeststeuersätzen und kompatiblen Gewinnermittlungsvorschriften im Bereich der Unternehmensbesteuerung. Einigen Diskussionsbedarf gibt es dagegen noch im Zusammenhang mit einer europaweiten Öko-Steuer.

Mit Blick auf die recht unterschiedlichen nationalstaatlichen Traditionen durchaus überraschend ist, dass zu arbeits- und tarifrechtlichen Fragen bereits weitgehende Übereinstimmung dahingehend erzielt werden konnte, dass kollektivvertragliche Lösungen angestrebt werden sollen, wobei gesetzliche Regelungen dafür sorgen müssen, dass die ArbeitnehmerInnen und ihre Vertretungen eine starke Position erhalten.

Spätestens zum EU-Gipfel Anfang Dezember in Nizza sollen in diesen Bereichen veröffentlichungsreife gemeinsame Positionen erarbeitet werden, mit denen Alternativen zur derzeit vorherrschenden politischen Integration Europas auf der Basis von Minimalkonsensen aufgezeigt werden können.

spw

*Burkhard Winsemann arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag und lebt in Berlin.*

Schweden war vom 24. bis zum 30. Juli der Gastgeber für die International Union of Socialist Youth, kurz IUSY. Unter dem Motto „The Power of Solidarity“ kamen mehr als 6000 TeilnehmerInnen aus über 100 Ländern und 150 Organisationen zusammen. Die größte ausländische Delegation stellte der Jusobundesverband mit etwa 600 Jugendlichen. Aus anderen Ländern reisten u.a. die palästinensische Fatah-Jugend, viele Gruppen aus Südamerika, Mitglieder des ANC-Youth-Congress aus Südafrika, GenossInnen aus Buthan, und auch elf Mitglieder der Young Democratic Socialists aus den USA an.

### Anspruchsvolles Programm

Neben vielen Seminarangeboten und vier Konferenzen zu den Schwerpunkten des Festivals „Equality“, „Labor“, „Democracy“ und „The Future of Socialism“, war viel Platz für neue Kontakte, Kulturen und die Erkundung der schwedischen Umgebung. Zum Thema „Equality“ diskutierten u.a. die Friedensnobelpreisträgerin von 1992, Rigoberta Menchu aus Guatemala, und Nora Cortinas von den „Madres de la Plaza de Mayo“ zu Fragen vor allem der Gleichstellung zwischen Mann und Frau. Die kontroverseste Konferenz fand am dritten Festivaltag statt. Hauptredner war der Generalsekretär der Welthandelsorganisation WTO, Mike Moore. Hier offenbarte sich einmal mehr das Dilemma dieser Konferenzen: Bei im Schnitt etwa sechs Podiumsteilnehmern dauerte es etwa 1 3/4 Stunden, ehe alle Redner mit ihren Eröffnungsstatements durch waren. Für Fragen aus dem Publikum blieben da noch gerade mal 15 Minuten Zeit. Am Tag vier wurde unter der Überschrift „Demokratie“ diskutiert. Thabo Mbeki, Präsident Südafrikas, lieferte eine inhaltlich sehr interessante Rede ab und auch die anderen DiskutantInnen, darunter die mexikanische PRD-Vorsitzende Amelia Garcia, gaben aufschlussreiche Inputs. Am folgenden Tag wurde die Zukunft des Sozialismus erörtert. Hauptredner war der SPÖ-Vorsitzende Alfred Gusenbauer, vor ein paar Jahren noch IUSY-Vize-Präsident.

Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer bemängelten die „Ergebnislosigkeit“, bzw. die wenig konkreten Diskussionen. Diese Form scheint, wie einiges andere mehr, der großen Spannweite an Positionen einzelner IUSY Mitgliedsorganisationen ge-

schuldet zu sein. Ein Eindruck, der sich bei der großen Demonstration durch Malmö am Donnerstag bestätigte, die zuerst „nur“ unter dem Motto „The Power of Solidarity“ geplant war, dann aber nach einigen Diskussionen noch den Zusatz „... gegen Rassismus und Xenophobie“ bekam. Das hat den kleinsten gemeinsamen Nenner dieses Festivals deutlich gemacht.

### Inhaltliche Heterogenität

Die IUSY hat viele Mitglieder mit unterschiedlichen Hintergründen, die eine gemeinsame Zielformulierung nur sehr eingeschränkt zuließen. So glänzte die Delegation von Young Labour aus GB auf der Demonstration mit der Fahne „New Labour - New Britain“, in der Festival-Zeitung wurde zudem Tony Blair als das größte „pro“ zu Großbritannien genannt. Auch nach der Selbsteinschätzung der 15 britischen TeilnehmerInnen zählten sich diese nicht mehr zur politischen Linken. Ihnen ginge es um Arbeitsplätze und nicht um Ideologie - „eine Flagge könne man nicht essen“. Wie sich diese Aussagen der „Neuen Mitte“ mit einer sozialistischen Zukunftsvision vereinbaren lassen, ist uns nicht ersichtlich.

Problematisch auch teilweise das Verhältnis zwischen Nationalismus und Internationalismus bei einzelnen Delegationen. Dass die „Fatah-Jugend“ aus Palästina über einen nicht unerheblichen Nationalstolz verfügte, war klar und aus der Geschichte ohne weiteres erklärbar. Bemerkenswert war das augenscheinlich gute Verhältnis zur israelischen Delegation. Schwieriger die Situation in den ehemals von Russland dominierten Teilrepubliken der Ex-UdSSR. Dort gibt es unter den sozialdemokratischen Organisationen die Tendenz, Diskriminierungen der alten russischen Elite mit neuer Ausgrenzung der heutigen russischen Minderheit zu begegnen.

Deutlich mehr Möglichkeiten, sich selbst in den Diskussionsprozess einzubinden, gab es dagegen bei den Seminaren. Die Themenpalette reichte von der EU-Osterweiterung über internationale Handelsbeziehungen, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Gewerkschaften, die Demokratisierungsprozess in Afrika und in Osteuropa, bis hin zu Fragen der Wahlkampf- und Kampagnengestaltung. Durch die geringere Referentenzahl kam auch ein viel intensiver Dialog zwischen Publikum und Podium zustande.

# Jugend probt internationale Solidarität

IUSY-Festival 2000 in Malmö/Schweden

von Katja Pohl und Thilo Scholle

Vieles hing von der individuellen Programmgestaltung auf dem Festival ab. Wer es nur auf die Programmhilights abgesehen hatte, wird enttäuscht zurückgekehrt sein. Wer aber die Möglichkeiten des Seminarprogramms voll ausgeschöpft hat und versucht hat mit anderen Festivalbesuchern ins Gespräch zu kommen, wird erlebt haben, was internationale Solidarität bedeuten kann.

Insgesamt bleibt fraglich, was die Arbeit der IUSY über dieses Festival hinaus zur Formierung einer internationalen sozialistischen Jugendbewegung beitragen kann. Die Ausstrahlungsfähigkeit der IUSY in den Mitgliedsorganisationen scheint begrenzt zu sein. Bei den Jusos gewinnt man oft den Eindruck, als wäre IUSY und internationale nur für einen kleinen Kreis Auserwählter transparent.

Größtes Problem bleibt die große Heterogenität der Mitgliedsorganisationen. Neben dem Problem der unterschiedlichen politischen Überzeugungen und Herangehensweisen liegt auch ein Problem in der geringen Zahl der für die IUSY hauptamtlich Tätigen. Ein Ansatz, der auf dem Festival bereits im Ansatz im Bereich der Studierenden erprobt wurde, könnte in der verstärkten Nutzung der neuen Medien liegen. So wurden hier e-mail-Adressen von StudentInnen gesammelt, um einen gemeinsamen Informationsaustausch zu starten.

Sicherlich sind gemeinsame sozialistische Perspektiven nicht von Heute auf Morgen zu haben. Nur mit dem konsequenten Aufbau neuer Kommunikationszusammenhänge lässt sich überhaupt eine Perspektive erahnen. Sicherlich werden mittelfristig die Möglichkeiten des Internets dazu beitragen, aber auch bei den Jusos ist es an der Zeit transparenter mit den internationalen Beziehungen umzugehen.

spw

*Insgesamt bleibt fraglich, was die Arbeit der IUSY zur Formierung einer internationalen sozialistischen Jugendbewegung beitragen kann.*

*Katja Pohl, stellvertretende Bezirksvorsitzende der Jusos WWV, Thilo Scholle, Juso-Unterbezirksvorsitzender Unna. Beide leiteten die Delegation des Bezirkes WWV auf dem Festival.*

## „Es ging nicht um Sicherheit...“

Eine amerikanische Historikerkonferenz zum Kalten Krieg 1946-1990

Von Frank Schauff

**Die amerikanischen Historiker beurteilen die US-amerikanischen Politik im Kalten Krieg von einem deutlich kritischen Blickwinkel aus**

Ende Juni diesen Jahres fand in Toronto die 26. Jahrestagung der *Society for Historians of American Foreign Relations (SHAHR)* statt. Schwerpunkt bildeten der Koreakrieg sowie andere Facetten des Kalten Krieges in den Jahren 1946 – 1990. Die Diskussion der meist aus den USA stammenden, durchaus bürgerlichen Historiker war aus mehreren Gründen beachtlich. Zunächst fehlte der Diskussion um den Kalten Krieg jener Triumphalismus, der in der deutschen Debatte vorherrscht. Des Weiteren gingen die dort anwesenden Historiker ausgesprochen kritisch mit

der eigenen Regierung um. Zuletzt nahmen sie dabei Deutungsmuster auf, die wiederum in der deutschen Debatte völlig fehlen.

Insgesamt gesehen wurden die von US-Regierungen von Truman bis Reagan vertretenen Politikmuster und der Aufwand, der von amerikanischer Seite auf den Kalten Krieg verausgabt wurde, kritisch hinterfragt. So wiesen Stephen M. Streeter (McCaster University) für Guatemala in den 60er und 70er Jahren, Jeffrey F. Taffet (Georgetown University) für Chile in den 60er Jahren und LeeAnna Y. Keith (Meredith College) für die Dominikanische Republik der 60er Jahre nach, dass die Fehlwahrnehmung und der schematische Antikommunismus der US-amerikanischen Führungen nationalistische Gruppierungen in eine linke Richtung drängten. Taffet kam zu dem Schluss, dass das Verhalten der US-Führung unter Lyndon B. Johnson gegenüber der chilenischen Führung unter Frey dazu führte, dass diese sich gegen die US-Politik der niedrigen Kupferpreise wehrte, was Johnson wiederum zum Anlass nahm, die chilenische Regierung aufgrund der Forderungen amerikanischer Unternehmen unter Druck zu setzen und damit die Wahl von Salvador Allende begünstigt zu haben. Die Dependenztheorie, die in der aktuellen theoreti-

schen Debatte von vielen als veraltet angesehen wird, sei auf diesen Zusammenhang völlig zutreffend anzuwenden.

Mark T. Gilderhus (Texas Christian University) forderte in der Diskussion, in bezug auf die amerikanische Politik des Kalten Krieges insbesondere in Lateinamerika müßten dahinterstehende Unternehmensinteressen wieder stärker in den Vordergrund gerückt werden.

Hinsichtlich der Entkolonialisierung Schwarzafrikas stellte John Kent (London School of Economics) fest, er habe seinen Studenten verboten, das Wort „Sicherheit“ im Zusammenhang mit dem Kalten Krieg zu benutzen. Es sei nicht um Sicherheit gegangen, sondern letztlich um „die Herzen und Köpfe der Menschen“, um die soziale und politische Ordnung der Welt.

Insgesamt bewerteten die amerikanischen Historiker die Beweggründe der US-amerikanischen Politik im Kalten Krieg von einem deutlich kritischen Blickwinkel aus. Wiederholt betonten sie den irrationalen, ja aggressiven Charakter US-amerikanischer Außenpolitik seit 1945 und schreckten dabei vor Analogien und Schlüssen nicht zurück, die Linken in Europa und insbesondere Deutschland mittlerweile leider abhanden gekommen sind.

spw

Frank Schauff, Historiker und Interantionaler Sekretär der Jusos, lebt in Düren und Berlin

## Zur aktuellen Debatte um Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt

Von Birgit Fischer

Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt sind wieder ein öffentliches Thema. Das ist gut so. Die tatsächlichen Hintergründe des Düsseldorfer Anschlags, bei dem acht Aussiedler zum Teil schwer verletzt wurden, sind immer noch ungeklärt. Aber unabhän-

gig davon war es dringend notwendig, die schleichende Gewöhnung der Öffentlichkeit an eine zunehmende alltägliche rechtsradikale und fremdenfeindliche Gewalt zu durchbrechen – in Ost- und Westdeutschland. Denn bis zu diesem Zeitpunkt wurde das Problem Rechtsextremismus von vielen unterschätzt, bestenfalls wurde es als ostdeutsches Sonderproblem wahrgenommen.

Tatsache ist jedoch: Weder in NRW noch in anderen Bundesländern ist überraschend und unvermittelt

eine neue Welle rechtsextremer Gewalt hereingebrochen. Die Situation zumindest in Nordrhein-Westfalen ist vielmehr äußerst ambivalent. Berichte und Einschätzungen des Verfassungsschutzes machen dies deutlich.

### Die Fakten

In Nordrhein-Westfalen ist die Zahl rechtsextremer und fremdenfeindlicher Anschläge seit 1993 (Brandanschlag in Solingen) fast kontinuierlich zurückgegangen. 1999 verzeichnete der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz 576 fremdenfeindliche Straftaten. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Rückgang um knapp 14 Prozent. Auch rechte Parteien haben in Nordrhein-Westfalen insgesamt so gut wie keine Bedeutung. Republikaner und DVU sind kaum wahrnehmbar, die NPD als Wahlpartei ist in NRW ebenfalls praktisch bedeutungslos.

Parallel dazu hat jedoch der Einfluss rechtsradikaler Parteien auf Ju-

Birgit Fischer, Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes NRW, lebt in Bochum

gendliche zugenommen. Bei den Kommunalwahlen 1999 hat die DVU in Dortmund bei den 16 bis 25-jährigen beispielsweise einen Stimmenanteil von 9,9 % erreicht; die Republikaner in Herne sogar einen Anteil von rund 15 %. Darüber hinaus nimmt vor allem die NPD mittlerweile nicht nur eine Schlüsselrolle bei der Mobilisierung des rechten Spektrums ein, sondern sie gewinnt politisch und kommerziell zunehmend Einfluss auf jugendliche Subkulturen. Erfolgreich nutzen rechtsradikale Akteure dabei zeitgemäße technische und kulturelle Medien wie Internet und Skin-Musik als Transmissionsriemen für ihre Agitation und finden damit bei Jugendlichen zahlreiche Abnehmer – unabhängig von ihrer politischen Gesinnung. Dies kann dann schnell zur „Einstiegsdroge“ in die rechte Szene werden.

Hinzu kommt, dass gerade in letzter Zeit die Zahl der jungen Menschen aus dem gewaltbereiten rechten Spektrum gestiegen ist und die verübten Straftaten schwerere Folgen hatten, als noch im vergangenen Jahr. Vermehrte Waffen- und Sprengstofffunde bei neonazistischen Gruppen verbunden mit der zunehmenden Bereitschaft, sie auch einzusetzen, veranlassten Heinz Fromm, den Präsidenten des Verfassungsschutzes, jüngst sogar von Ansätzen für einen rechten Terrorismus zu sprechen.

### Die gesamtgesellschaftliche Verantwortung

Gleichwohl wäre es nun völlig falsch, Rechtsextremismus als Jugendproblem zu begreifen. Rechtsextremismus kommt vielmehr aus der Mitte der Gesellschaft. Viele Menschen haben das Gefühl, dass sie in einer Zeit des raschen ökonomischen und sozialen Wandels nicht mehr mithalten können. Einmal Gelerntes verliert vor allem in der Arbeitswelt rasch an Bedeutung. Dies führt zu Verunsicherung und zum Verlust von Orientierung.

Wir wissen, dass immer dann, wenn das Selbstwertgefühl eines Menschen in Frage gestellt ist, wenn Angst vor persönlichen Misserfolgen, fehlende Perspektiven, Unsicherheit und Angst, zu den Verlierern zu gehören, das Lebensgefühl bestimmen, die Empfänglichkeit für scheinbar einfache Lösungen und autoritäre Strukturen besonders groß ist. Dies trifft auch Jugendliche, aber eben nicht allein und schon gar nicht nur benachteiligte Jugendliche.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Paul Spiegel konstatierte vor kurzem in unserer Gesellschaft eine „stillschweigende Zustimmungsbereitschaft“. Dazu gesellt sich eine seit mehreren Jahren beobachtbare „Kultur des Wegsehens“. „Die Zeit“ beschrieb dies vor über einem Jahr so: „Erst gewöhnt man sich an die Bomberjacken, dann akzeptiert man sie. Wenn Reporter nachfragen, antworten biedere Bürger: ‚Uns hat noch kein Rechter etwas getan.‘“

Daran sind Politik, Medien, Wirtschaft – kurz: die so genannten Eliten – nicht ganz unschuldig. Bekannte Stichworte sind: Die Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, ein (wenn auch schnell wieder zurückgezogenes) Hitlerplakat im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf, politische Meinungsäußerungen, wie „Wir brauchen weniger Ausländer die uns ausnützen, und mehr, die uns nützen;“ oder „die Grenze der Belastbarkeit durch Zuwanderung ist erreicht,“ und nicht zuletzt „Kinder statt Inder“.

Hier wird deutlich, wie wenig sensibel selbst überzeugte Demokraten häufig agieren, denn solche Aussagen sind durchaus geeignet, kollektive Feindbilder und Stimmungen zu schaffen.

### Jugend, Jugendarbeit und Rechtsextremismus

Es ist eine vielfache Erfahrung: Je intensiver eine öffentliche Debatte geführt wird, umso mehr drängt die Diskussion zu schnellen, sichtbaren Maßnahmen und umso schwerer haben es langfristig angelegte Konzepte. Selbstverständlich bleibt es richtig und wich-

tig, der demokratischen Überzeugung der großen Mehrheit symbolische Foren und symbolischen Ausdruck zu schaffen. Richtig ist auch, rechtsextremem und fremdenfeindlichem Gewalt und Volksverhetzung mit der ganzen Härte des Gesetzes zu begegnen. Aber es wäre grundfalsch, darüber die Bedeutung auf Dauer angelegter, präventiver Konzepte gering zu achten. Besonders in der Arbeit mit Jugendlichen gilt das Prinzip der Nachhaltigkeit. Erst dauerhaft angelegte und konsequent realisierte Präventionskonzepte vermitteln die demokratische und soziale Kompetenz, wichtige Schlüsselqualifikationen, um rassistische Einflüsse reflektieren und abwehren zu können.

Vor allem die Jugendarbeit ist hier nicht nur sehr kreativ, sondern sie arbeitet seit vielen Jahren – häufig von der Presseöffentlichkeit unbemerkt – kontinuierlich mit jungen Menschen. Aber sie kann genauso wenig wie Schule die gesellschaftlichen Probleme allein schultern geschweige denn, lösen.

Gerade bei Jugendlichen treten häufig Unsicherheiten geballt auf. Viele von ihnen wissen oft noch nicht einmal, ob sie überhaupt die Chance auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz erhalten. Deshalb gehört die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit nach wie vor zu den wichtigsten politischen Handlungsfeldern. Allerdings müssen wir uns auch darüber klar sein, dass dies allein Rechtsextremismus nicht verhindert. Dies zeigen insbesondere die Erfahrungen in den neuen Bundesländern. Viele der braunen Schläger gehen tagsüber einem Beruf nach.

*Weder in NRW noch in anderen Bundesländern ist überraschend und unvermittelt eine neue Welle rechtsextremer Gewalt hereingebrochen.*

Jugendliche brauchen darüber hinaus auch die Möglichkeit, in ihrem Umfeld frühzeitig Verantwortung zu übernehmen um es entsprechend mit gestalten zu können. Dies setzt voraus, dass sie Anerkennung finden, Selbstvertrauen besitzen und Hilfestellungen erhalten um ihre Chancen und Perspektiven nutzen zu können. In einer Zeit, in der die Elterngeneration Jugendlichen keine ausreichende Orientierung mehr geben kann, da die gesellschaftlichen Veränderungen die Menschen permanent vor neue Herausforderungen stellen, muss neben der Familie Jugendarbeit und Schule Unterstützung anbieten und organisieren. Dazu gehören ausreichende Betreuungsangebote vor allem für Kinder in sozial benachteiligten Gebieten, genauso wie Hilfestellungen für junge Menschen beim Übergang von der Schule in den Beruf oder aber Angebote, die Familien in schwieriger sozialer Lage stabilisieren.

Die jüngste Shell-Jugendstudie hat gezeigt, dass Vorbehalte gegenüber Ausländerinnen und Ausländern

bei den Jugendlichen am größten sind, die über wenige oder gar keine Kontakte zu ihnen verfügen. Dies zeigt, wie wichtig insbesondere die interkulturelle Jugendarbeit im Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ist. Denn ihr geht es darum, Zusammenleben zu organisieren, um Lebensweisen, Gewohnheiten und kulturelle Hintergründe anderer Nationalitäten zu erfahren und verarbeiten zu können.

Nicht zuletzt kommt es darauf an, die klare Mehrheit gegen rechts sichtbar zu machen. Junge Menschen brauchen Vorbilder und positive Beispiele, die das friedliche und gleichwertige Zusammenleben unterstützen und anerkennen. Dies gelingt besonders gut, wenn Jugendliche ihre Altersgenossen selbst versuchen zu überzeugen. In Nordrhein-Westfalen initiieren wir deshalb ein Bündnis „Jugend NRW gegen Intoleranz, Gewalt und Rechtsextremismus“. Darüber hinaus fördern wir eine landesweite Aktion mit dem Titel „Respect: Jugend gegen Gewalt“ oder Maßnah-

men der jungen Musikszene gegen Rechts.

#### Fazit

Die Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, fordert jeden von uns täglich neu. Zivilcourage, Toleranz und Anerkennung gegenüber anderen kann jeder von uns auf ganz unterschiedliche Weise zeigen. Wir müssen darüber hinaus dafür Sorge tragen, dass Jugendliche unabhängig von ihrer Nationalität ausreichende Zugangsmöglichkeit zu Arbeit und Bildung haben, und ihnen Mitgestaltungsmöglichkeiten bei öffentlichen Belangen bieten. Sie müssen sich zugehörig fühlen zur sozialen Gemeinschaft. Dies sagt sich leicht, ist aber harte Arbeit.

Ein friedliches Zusammenleben erfordert starke und selbstbewusste Persönlichkeiten. Unsere Demokratie ist dann stabil, wenn die Bereitschaft vorhanden ist, die Freiheit und Rechte des Einzelnen anzuerkennen und wenn nötig zu verteidigen. spw

*Ein friedliches Zusammenleben erfordert starke und selbstbewusste Persönlichkeiten.*

## Kolonialisierung statt Demokratisierung?

Dieser Sammelband von Prof. Fritz Vilmar bietet zum ersten Mal ein

- zusammenfassendes
- kritisches und vor allem
- zukunftsweisendes

Resümee der Vereinigungspolitik. In Kooperation mit prominenten Sachkennern.

Falls das Werk in Ihrer Buchhandlung nicht greifbar ist:

Bestellung per Fax: 030 - 56 70 19 - 49  
oder Telefon: 030 - 56 70 19 - 39

Detaillierte Informationen über weitere Bücher zur kritischen Analyse des Vereinigungsprozesses bei der trafo Verlagsbuchhandlung über obige Fax- oder Telefonnummer.



Fritz Vilmar (Hrsg.)  
**Zehn Jahre  
Vereinigungspolitik:  
Kritische Bilanz  
und humane  
Alternativen.**

286 S  
DM 34,80  
ISBN 3-89626 221-1  
trafo Verlag

In Spanien, so scheint es, laufen die Uhren anders. Während der Zeit konservativ-liberaler Regierungen in Europa trotzten die Iberer den Trend und verhalfen Felipe Gonzalez und seiner Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei PSOE dreimal hintereinander zu einer absoluten Mehrheit. Heute, wo in fast allen großen europäischen Ländern Sozialdemokraten das Sagen haben, befindet sich die PSOE nach ihrer katastrophalen Niederlage bei den Parlamentswahlen vom 12. März. in einer permanenten Krise.

Der Rücktritt des durch die ersten Vorwahlen in der Geschichte der PSOE, den sog. „primarias“ gekürten Hoffnungsträgers Borrell und die Übernahme der Macht durch den Aparat, symbolisiert durch die Spitzenkandidatur des in eben jenen Vorwahlen unterlegenen Generalsekretärs Joaquín Almunia, hatte nicht nur die eigene Basis tief verunsichert, sondern auch die Glaubwürdigkeit der Partei in der Öffentlichkeit untergraben. Entsprechend verheerend fiel das Ergebnis der Parlamentswahlen aus, bei denen es der Rechten in Spanien erstmals gelang, eine absolute Mehrheit zu erringen. Almunia trat noch in der Wahlnacht von all seinen Ämtern zurück. Der Parteivorstand folgte ihm kurz darauf. Die so führungslose Partei berief eine politische Kommission mit dem Ministerpräsidenten Andalusiens, Manuel Chavez zur Vorbereitung eines Parteikongresses und zur Führung der Geschäfte ein. Chavez, der in Andalusien die sozialistische Mehrheit verteidigen konnte, stand vor der Aufgabe, zwischen den unterschiedlichen, „Familien“ genannten Strömungen der Partei und den sich tagtäglich in der Presse selbst präsentierenden Kandidaten für das Amt des Generalsekretärs zu vermitteln und ein Verfahren zur Durchführung der Wahlen festzulegen.

#### Die neue KandidatInnen-Lage

Nachdem die formellen Hürden für eine Kandidatur erhöht werden konnten, zeichneten sich vier Kandidaturen für das verwaiste Amt des Generalsekretärs ab: Rosa Diez, Europaabgeordnete und ehem. baskische Ministerin, Matilde Fernandez die den „guerristas“ zugerechnet wurde, der Ministerpräsident von Kastilien La Mancha, José Bono, sowie der Leonenser Abgeordnete Rodriguez Zapatero.

Rosa Diez, die als erste ihre Kandidatur bekannt gab, konnte auf ihre

hohe persönliche Popularität an der Basis anknüpfen und forderte energisch einen neuen, volksnahen Politikstil ein. Dabei legte sie schon in ihrer ersten Pressekonferenz wert darauf, sich von dem Übervater Felipe Gonzalez emanzipiert zu haben, was unwillkürlich Zweifel an ihrer Unabhängigkeit schürte.

Matilde Fernandez stellte sich explizit als Kandidatin des nach dem ehemaligen zweiten Mann der PSOE, Alfonso Guerra als „guerristas“ titulierten linken Parteiflügels zur Wahl, während José Bono seine Erfolge in der traditionell konservativ geprägten Region Kastilien La Mancha als Beweis für seine Eignung als Spitzenkandidat ins Feld führte. Der bis dato weithin unbekanntere Zapatero, der für die Strömung „Neuer Weg“ die Überraschung des Wahlkampfes war, profilierte sich vor allem durch seine Jugendlichkeit.

Der Sieger der primarias vor zwei Jahren, der Katalane José Borrell, wurde von der Öffentlichkeit eine Zeitlang als Kandidat gehandelt, verzichtete aber auf eine abermalige Kandidatur.

#### Die Wahlen

Die Auseinandersetzungen im Vorfeld des Parteitagess rankten sich in erster Linie um die Frage des Wahlmodus. In der PSOE hatte es seit der Machtübernahme der jungen Garde um Felipe Gonzalez und Alfonso Guerra auf dem letzten Exilparteitag im französischen Soresnes 1976, keine derartigen Auseinandersetzungen mehr gegeben. Die Strömungen und politischen Familien, die die PSOE dominieren, konnten sich auf keinen Kompromiß verständigen. Insbesondere Diez und Fernandez, die nicht damit rechnen konnten, im ersten Wahlgang eine ausreichende Stimmenzahl zu erhalten, spekulierten auf eine „deal“ zwischen den Wahlgängen. Zu den Besonderheiten der PSOE Statuten gehört nämlich, das der gewählte Generalsekretär nach seiner Wahl dem Kongreß eine Liste für den Vorstand vorlegen muß, über die die Delegierten dann im Block abstimmen müssen. Bono, Befürworter nur eines Wahlganges, hatte daher schon bei der Vorstellung seiner Kandidatur zu Protokoll gegeben, er werde kein Generalsekretär, der in der Nacht vor den Wahlen in einem Hinterzimmer des Kongresses Kompromisse werde eingehen müssen.

Das vehemente Eintreten des Vorsitzenden der politischen Kommission, Manuel Chavez, für nur einen

# Wer ist Zapatero?

Der Kongreß der spanischen PSOE

Von Niels Annen

Wahlgang wurde so in der Öffentlichkeit allgemein als Votum für Bono interpretiert, zumal die andalusische Delegation mit etwa einem Drittel der Stimmen die mit Abstand größte regionale Gruppe auf dem Parteitag stellen. Zusammen mit dem Stimmenblock aus Kastilien La Mancha schien eine Mehrheit im ersten Wahlgang für Bono als durchaus wahrscheinlich.

Auf dem Kongreß in Madrid wurde zunächst das Verfahren kontrovers abgestimmt. Auch dies ein Novum für einen Parteitag der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens. Die Reihenfolge der Redner wurde per Los bestimmt.

So betrat Rosa Diez als erste das Podium. Ihre emotionale, aber weitestgehend inhaltsleere Rede wurde mit höflichen Applaus bedacht.

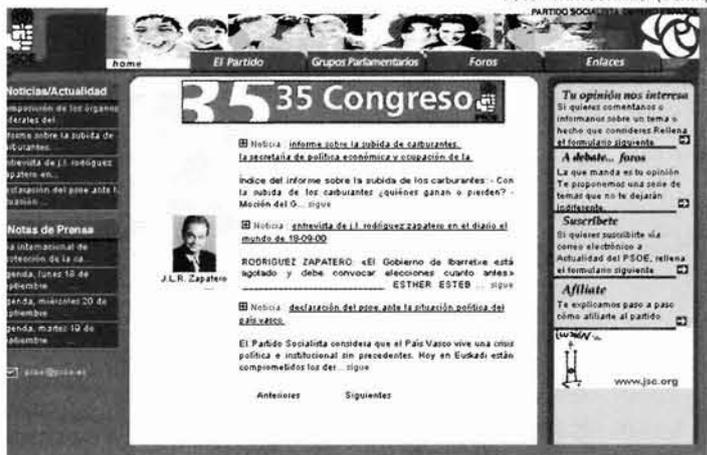
José Bono, in staatsmännischer Manier, verwies auf seine fünf absoluten Mehrheiten in seiner Heimatregion und legte den Schwerpunkt auf die kommende Auseinandersetzung mit der regierenden Volkspartei.

Die anschließende Rede von Matilde Fernandez rekurrierte auf traditionelle sozialistische Werte und geriet zur Abrechnung mit der PSOE Politik der letzten Jahre. Die ehemalige pragmatische Ministerin in der pragmatischen Regierung Felipe Gonzalez stellte, so schrieb es „El Pais“ den Pragmatismus an sich in Frage. Von diesem negativen Unterton hob sich der letzte Redner, Rodriguez Zapatero durch seinen Optimismus ab. Ohne auf politische Grundsatzfragen einzugehen verwies Zapatero auf die Stärken der PSOE, die neuen Herausforderungen durch die Informationstechnologien und die Notwendigkeit eines „sanften Wandels“. Dieser „cambio tranquilo“, zur Charakterisierung einer neuen Oppositionsstrategie ge-

*Der Rücktritt des Hoffnungsträgers Borrell hatte die eigene Basis tief verunsichert und die Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit untergraben.*

Niels Annen ist IUSY-Vize-Präsident und lebt in Hamburg

Foto: Christian Kiel (Berlin)



*Der „Neue Weg“ wie Zapatero seine Formation nennt, nimmt Anleihen beim „Dritten Weg“ ohne sich aber klar zu positionieren.*

dacht, wurde von den Delegierten wohl auch als Programm für die eigene Partei verstanden. Als am späten Abend die Ergebnisse durchsickerten, war die Überraschung perfekt. Mit vier Stimmen Vorsprung lag Zapatero vor Bono. Nachdem alle Versuche der Parteibarone sich auf einen Kandidaten zu verständigen gescheitert waren, hatten nun die Delegierten das Wort.

#### Wer ist Zapatero?

Der „neue Mann“, Zapatero stand nun vor der ersten Bewährungsprobe, eine Mehrheit für seine Liste für den

Parteivorstand zustande zu bringen. Das hervorragende Ergebnis von über 90% für die neue Exekutive, aber auch die Zusammensetzung des „Comisión ejecutiva“ zeigt, dass Zapateros Wahl kein Ergebnis eines Handels gewesen war: Keiner seiner Gegenkandidaten oder der traditionellen „Barone“ ist mehr in dem Gremien vertreten. Einzig der als Präsident zum Nachfolger des verstorbenen Ramon Rubial gewählte Manuel Chavez verkörpert den Übergang.

Wer aber ist Rodríguez Zapatero? Der spanische Historiker Santos Julia schrieb dazu, dass Zapatero, gewachsen aus der Parlamentsarbeit, den Sieg einer neuen Generation über die Parteioligarchie bedeutet. Die Nachwuchspolitiker der PSOE, und auch das ist bemerkenswert, stammen nicht aus der traditionsreichen Sozialistischen Jugend, sondern aus einem Netzwerk von nationalen und lokalen Abgeordneten, Bürgermeistern und Provinzpolitikern. Der „Neue Weg“ wie Zapatero seine Formation nennt, nimmt eine Reihe von Anleihen bei der „Neuen Mitte“ bzw. dem „Dritten Weg“ ohne sich aber klar zu positionieren. In dem politischen Dokument, das der Kongress ohne großen Enthusiasmus verabschiedet hat, sind keine

Hinweise auf traditionelle sozialistische Programmpunkte zu finden. Entscheidend scheint jedoch in der Tat die Frage zu sein, ob es dem neuen Generalsekretär gelingen kann, die Partei aus ihrer Agonie und ihrer quasi Feudalstruktur herauszuführen. Dabei sind von dem leoneser Überraschkandidaten keine Wunderdinge zu erwarten. Die regierende PP sitzt unangefochten im Madrider Moncloa Palast und verweist gelassen auf gute Wirtschaftsdaten und eine erfolgreiche Regierungsbilanz. Zur Rückeroberung der Macht bedarf es nicht nur einer programmatischen Debatte, sondern auch einer Modernisierung und Demokratisierung der Partei. Dazu gehört auch ein Abschied von Felipe Gonzalez aus der Tagespolitik. Für die Generation von Zapatero ist der historische Wahlsieg von 1982 mit weniger nostalgischen Gefühlen verbunden als für die abgetretene Partei- und Fraktionsführung, die überwiegend aus Ex-Ministern, Ex-Staatssekretären und Ex- Provinzgouverneuren der Regierung Gonzalez bestand.

Was Zapatero nun aber wirklich von den anderen Kandidaten unterscheidet, schreibt Felix de Azua, das wissen wir immer noch nicht. Man darf zurecht gespannt sein auf den „cambio tranquilo“.

spw

## Zur Patentierung von Genen

Von Wolfgang Wordarg

Zu den wesentlichen Merkmalen des biotechnischen Zeitalters gehört die Konkurrenz um genetische Information. Wer genetische Information besitzt, entscheidet über deren Verwendung und über die Verteilung der daraus zu erzielenden Erträge. Gegenwärtig werden die Regeln festgelegt, wie die Gesellschaft

mit diesem neuartigen, nicht nur wirtschaftlichen Machtfaktor Gen umgehen will. Eine Schlüsselrolle – so viel steht fest – wird dabei das Patentsystem spielen.

#### Rechtliche Hintergründe

Im Allgemeinen werden die patentrechtlichen Prinzipien solange als unproblematisch angesehen, wie sie sich auf nichtlebende Materie, etwa die Erfindung einer Maschine oder einer chemischen Substanz, erstrecken. Die Patentierung von Genen, isolierten Körperteilen oder –funktionen hat jedoch eine grundsätzliche Kontroverse ausgelöst. Im Zentrum steht dabei die Frage, ob die Kriterien der Patentierbarkeit umstandslos auf den pflanzlichen, tierischen oder gar menschlichen Bereich übertragen werden können. In der Bundesrepublik wird dies gegenwärtig heftig diskutiert. Anlass ist die EU-Richtlinie 98/44/EG „Rechtlicher Schutz biotechnologischer Erfindungen“, die von den Mitgliedstaaten formal bis spätestens 30. Juli 2000 umgesetzt hätte wer-

den müssen. Bisher hat jedoch – außer Finnland und Dänemark – noch kein EU-Land die Implementierung der Richtlinie in nationales Recht vollzogen, die niederländische Regierung entschloss sich bereits 1998 – mit Unterstützung Italiens – eine Nichtigkeitsklage beim Europäischen Gerichtshof zu erheben.

Die Richtlinie hat die europaweite Harmonisierung des Patentrechts zum Ziel und bestimmt in ihren Sachvorschriften, welches „biologische Material“ unter welchen Voraussetzungen wie patentrechtlich zu schützen ist. Die Terminologie gemahnt fatal an die Bezeichnung Menschenmaterial aus der Zeit der Weltkriege und entkleidet, zur bloßen Ware degradiert, die belebte Natur ihrer Würde. Die Begriffswahl ist damit Signal für die technizistische Ausrichtung der Richtlinie, die das klassische Patentrecht wie selbstverständlich auf organisches Leben anwendet – und dabei lediglich in der Präambel vorgibt, dessen Besonderheiten zu berücksichtigen.

*Dr. Wolfgang Wordarg, 1947, ist Mitglied im Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages und Sprecher der SPD in der Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“.*

**Erfindung oder Entdeckung?**

Bei der Patentierung biotechnologischer Erfindungen handelt es sich – auch wenn das häufig behauptet wird – keineswegs um eine ethisch neutrale Materie. Im Patentrecht drückt sich die Wertschätzung der Gesellschaft für bestimmte erfinderische Leistungen aus. Damit wird unweigerlich moralisch Position bezogen, was nicht zuletzt in den Verbotsgesetzen von Artikel 6 der Richtlinie zum Ausdruck kommt. Denn hier ist festgelegt, dass Erfindungen, deren gewerbliche Verwertung gegen die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten verstoßen würden, von der Patentierbarkeit ausgenommen sind.

Unter welchen Voraussetzungen gewährt die EU-Richtlinie Patentschutz auf Gene, Proteine, Organe und Lebewesen? Zunächst wird in Artikel 5 (1) der EU-Direktive ein wichtiger Grundsatz festgeschrieben: Der menschliche Körper sowie die bloße Entdeckung von Gensequenzen sind von der Patentierbarkeit ausgeschlossen. In Artikel 5 (2) heißt es jedoch: Sobald ein Bestandteil des menschlichen Körpers durch ein technisches Verfahren isoliert wurde, soll er – bei Nachweis der übrigen Patentierungsvoraussetzungen – patentfähig sein.

Durch diesen für den Laien paradox anmutenden Satz wird die Grenze zwischen Entdeckung und Erfindung verwischt. Denn im Klartext besagt Artikel 5 der Richtlinie: Bleibt ein Gen Bestandteil des menschlichen Körpers, dann ist seine Patentierung verboten. Stammt das gleiche Gen jedoch beispielsweise aus einer Blutprobe, ist es bereits „isoliert“ und mutiert so zu einer patentierbaren Erfindung.

Trotz der Sensibilität des Gegenstandes ist die Reichweite des Patentschutzes bei biotechnologischen Erfindungen kaum eingeschränkt. Denn die EU-Direktive gewährt – so wie in allen anderen Techniksektoren – zugleich Verfahrens- und Stoffschutz. Die Wirkung so genannter Stoffpatente beinhaltet, dass sämtliche – auch künftige – Verwendungsmöglichkeiten eines Gens oder eines Körperteils vom Patentschutz erfasst werden, selbst wenn sie vom Erfinder in der Patentanmeldung nicht beschrieben worden sind. Für ein neues Produkt mit einem anderen Zweck ist dann die Zustimmung des Patenthalters notwendig. Weil gerade bei Genen immer neue Zusammenhänge und Funktionen entdeckt werden, kann so ein sehr breites Forschungsfeld von der Marktstrategie einzelner

Unternehmen abhängig werden (strategische Patente).

**Das Beispiel CCR 5**

Das Gen für den Chemokinrezeptor CCR 5 ist das Ziel sehr interessanter Ansätze zur Bekämpfung von HIV. Die Sequenz von CCR 5 gehört jedoch zu einem Bündel von Genen, die die Firma Human Genome Sciences (HGS) 1993 zum Patent anmeldete – lange bevor man die Relevanz von CCR 5 für die Erforschung von HIV-Therapien erkannt hatte. 1997 meldeten Wissenschaftler der amerikanischen Gesundheitsbehörde NIH ein Patent auf eine konkrete CCR 5-Anwendung im Kampf gegen AIDS an und sahen sich dabei mit einem Schutzrecht konfrontiert, das in vollkommener Unwissenheit über die Zusammenhänge der patentierten Materie mit AIDS entstanden war. HGS kann also andere Firmen und Forschungseinrichtungen zum Erwerb von Abhängigkeitslizenzen zwingen, obwohl zum Zeitpunkt der Patentanmeldung nur ein vager Verdacht über die möglichen Funktionen des Chromosomenstücks bestand.

Niemand wird bestreiten, dass erfinderische Leistungen materiell entlohnt werden sollen. Aber Entdeckungen, also die bloße Isolierung natürlicher Substanzen oder die Beschreibung ihrer Funktion in ihrem natürli-

chen Umfeld, sollten für die Gesellschaft und für die scientific community weiterhin frei nutzbar bleiben. Die Entwicklung von Medikamenten und Diagnostika darf nicht dadurch taktisch behindert werden können, dass Firmen entgegen dem öffentlichen Interesse den Markt humangenetischer Interessen für sich abstecken. Derartige Unternehmensstrategien laufen dem Sinn des Patentrechts, Erfindungen zwar zu schützen, sie gleichzeitig aber auch der öffentlichen Nutzung zugänglich zu machen, im Übrigen völlig zuwider.

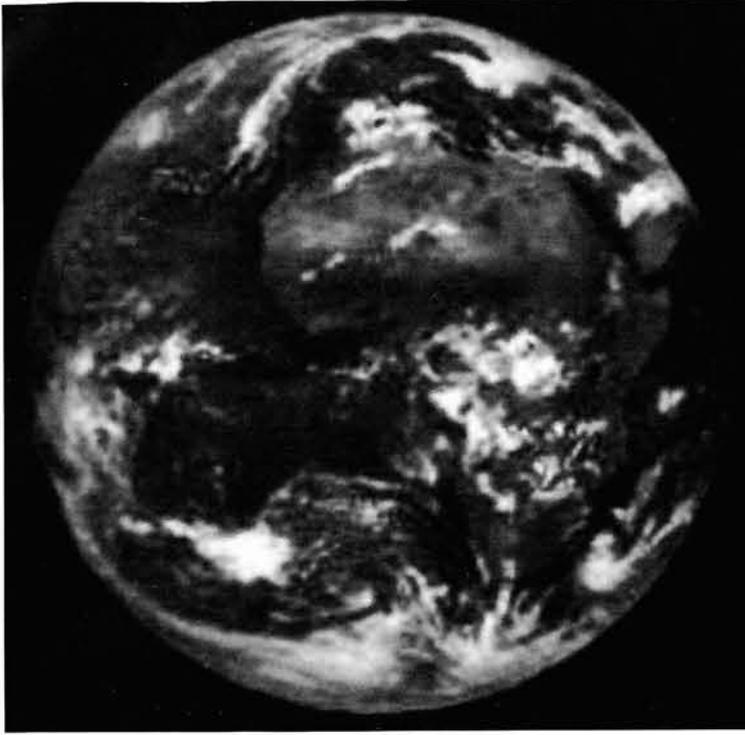
Dies wird zunehmend auch von den mit der Umsetzung der EU-Richtlinie befassten Ministerien erkannt. Insbesondere auf Druck des Gesundheits- und des Forschungsministeriums sollen die Regeln für Genpatente nun enger gefasst werden. Für die weitere Diskussion sollte eines klar sein: Prinzipiell zählt bei der Frage des Erlaubtseins von Patentierungen nicht nur der Nutzen des Anmelders, sondern der Nutzen der Gesellschaft als Ganzes. Diese Abwägung muss für jedes Technikgebiet immer wieder neu getroffen werden – und auf einem Gebiet, wo es um die belebte Natur und um den Menschen geht, sollte eine derart richtungsweisende Entscheidung nur unter Einbezug der breiten Öffentlichkeit gefällt werden. spw

*Trotz der Sensibilität des Gegenstandes ist die Reichweite des Patentschutzes bei biotechnologischen Erfindungen kaum eingeschränkt*



Foto: Christian Kiel (Berlin)





**T**rotz vieler Kritikpunkte gilt Deutschland beim Klimaschutz im internationalen Vergleich zu Recht als ein Vorreiterland. So hat das Engagement der alten wie der neuen Bundesregierung im Rahmen der internationalen Klimaschutzverhandlungen dazu beigetragen, dass zumindest noch die Hoffnung auf ein wirksames Klimaschutzregime besteht (vgl. Seht, 2000). Auch hat die Bundesrepublik innerhalb des sogenannten „burden-sharing“ den Löwenanteil (21 %) der von der Europäischen Union 1997 in Kyoto zugesagten Treibhausgas-Reduktion von –8 % übernommen (Basisjahr 1990; Budgetperiode 2008-2012; Gase: CO<sub>2</sub>, CH<sub>4</sub>, N<sub>2</sub>O, H-FKW, FKW, SF<sub>6</sub>). Zusätzlich gilt weiterhin das freiwillige nationale Ziel einer Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 25 % bis zum Jahr 2005 (Basisjahr ebenfalls 1990).

Eine solche Vorreiterrolle kann langfristig nur erfolgreich ausgefüllt werden, wenn den Worten Taten im Inland folgen und somit die eigene Glaubwürdigkeit gewahrt bleibt. Von 1990 bis 1999 sanken die energiebedingten Emissionen des wichtigsten Treibhausgases Kohlendioxid denn auch um rund 15 % (vgl. Ziesing, 2000). Auch wenn ein Großteil der Reduktionen auf die wirtschaftlichen Transformationsprozesse in Ostdeutschland zurückzuführen ist, ist dies durchaus beachtenswert, da gleichzeitig die Emissionen wichtiger anderer Industrieländer angestiegen

sind (vgl. Europäische Kommission, 1999: 3).

Prognosen ergaben jedoch, dass die bis zum vergangenen Jahr beschlossenen Maßnahmen nicht ausreichen würden, um im verbleibenden Zeitraum die Lücke zum 25% Ziel zu schließen. So kamen beispielsweise die Prognos AG und das Energiewirtschaftliche Institut der Universität Köln 1999 in einer Vorausschätzung zum Schluss, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Jahr 2005 nur um 14 % niedriger sein dürften als 1990 (vgl. Prognos AG und Energiewirtschaftliches Institut der Universität Köln, 1999). Schon auf dem Weltklimagipfel in Bonn im Oktober 1999 kündigte Kanzler Schröder daher für den Sommer 2000 ein neues Klimaschutzprogramm an.

#### Der Zwischenbericht

Mittlerweile hat das Bundesumweltministerium den Zwischenbericht zu diesem Programm vorgelegt, der am 26. Juli 2000 vom Bundeskabinett gebilligt wurde ([http://www.bmu.de/sachthemen/energie/imaco2\\_zwischen.htm](http://www.bmu.de/sachthemen/energie/imaco2_zwischen.htm)). Danach sollen bei den privaten Haushalten und im Gebäudereich zusätzlich 18 bis 25 Millionen Tonnen Kohlendioxid, in der Energiewirtschaft und Industrie 20 bis 25 Millionen Tonnen und im Verkehrsbereich 15 bis 20 Millionen Tonnen eingespart werden.

Als Umsetzungsmaßnahmen sind bereits u.a. der Ausbau der Kraft-Wär-

# Auf dem richtigen Weg?

Das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung

Von Hauke von Seht

me-Kopplung, die Verabschiedung einer Energiesparverordnung, verschiedene Aktivitäten im Verkehrsbereich, Maßnahmen zur energetischen Sanierung im Gebäudebestand und die Einrichtung einer Bundesagentur für den Klimaschutz vorgesehen. Letztere soll Informations- und Ausbildungsdefizite zum Klimaschutz in Wirtschaft und Gesellschaft abbauen. Weitere Maßnahmen im Rahmen des Klimaschutzprogramms sollen in diesen Wochen vereinbart werden.

#### Erfreuliche Ansätze

Positiv am Bericht ist neben dem bloßen Festhalten am 25 % Ziel insbesondere die Vorgabe konkreter Ziele für die Sektoren. Bekannt gewordene Widerstände aus anderen Ministerien konnten überwunden werden. Politisch gesehen wird der Klimaschutz damit weniger stark als bisher von Bemühungen des Umweltministeriums abhängen.

In diesem Zusammenhang ist auch zu würdigen, dass die Bundesregierung selber mit gutem Beispiel vorangehen will. Sie hat sich verpflichtet, die CO<sub>2</sub>-Emissionen ihres gesamten Geschäftsbereichs bis 2005 um 25 % und bis 2010 um 30 % zu reduzieren (Basisjahr 1990). Konkrete Angaben dazu, wie sie dies erreichen will fehlen allerdings im Zwischenbericht.

Auch aus beschäftigungspolitischer Sicht bietet der Zwischenbericht Perspektiven, denn der anvisierte Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und insbesondere die – gegenüber den bisherigen Planungen der Bundesregierung noch ausbaufähige – energetische Sanierung des Gebäudebestandes gelten in Fachkreisen seit langem als Hoffnungsträger für den Arbeits-

*Eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz kann langfristig nur erfolgreich ausgefüllt werden, wenn den Worten Taten folgen.*

*Dipl.-Ing. Hauke von Seht ist Mitarbeiter am Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse, FZK Technik und Umwelt in Karlsruhe*

Jetzt wieder da:

# Kommunal 2001

## Das kommunalpolitische Standardwerk

Mit über 720 Seiten setzt Kommunal 2001 erneut Maßstäbe. Das Standardwerk enthält alle wichtigen Anschriften, Namen und Telefonnummern für den kommunalpolitischen Alltag und darüber hinaus. Über 6.000 Einzeldaten informieren Sie über kommunale Spitzenverbände, Kommunalverfassungen, Kreise, Städte, Gewerkschaften, Europa, Medien, Umweltinitiativen, Verbände und Messengesellschaften. In gesonderten Kapiteln gibt Kommunal 2001 einen Überblick über kommunale Adressen in Österreich und der Schweiz. Alle Angaben in Kommunal 2001 sind bundesweit und parteiübergreifend zusammengestellt. Ein komplettes Namensregister erleichtert das schnelle Auffinden wichtiger Daten.

**Preis: 39,80 DM**

(inkl. MwSt.) zzgl. Porto  
und Verpackung

**ISBN-Nr.: 3-87579-080-4**

---

Jetzt bestellen:

**Deutsche Druck- und  
Verlagsgesellschaft mbH**

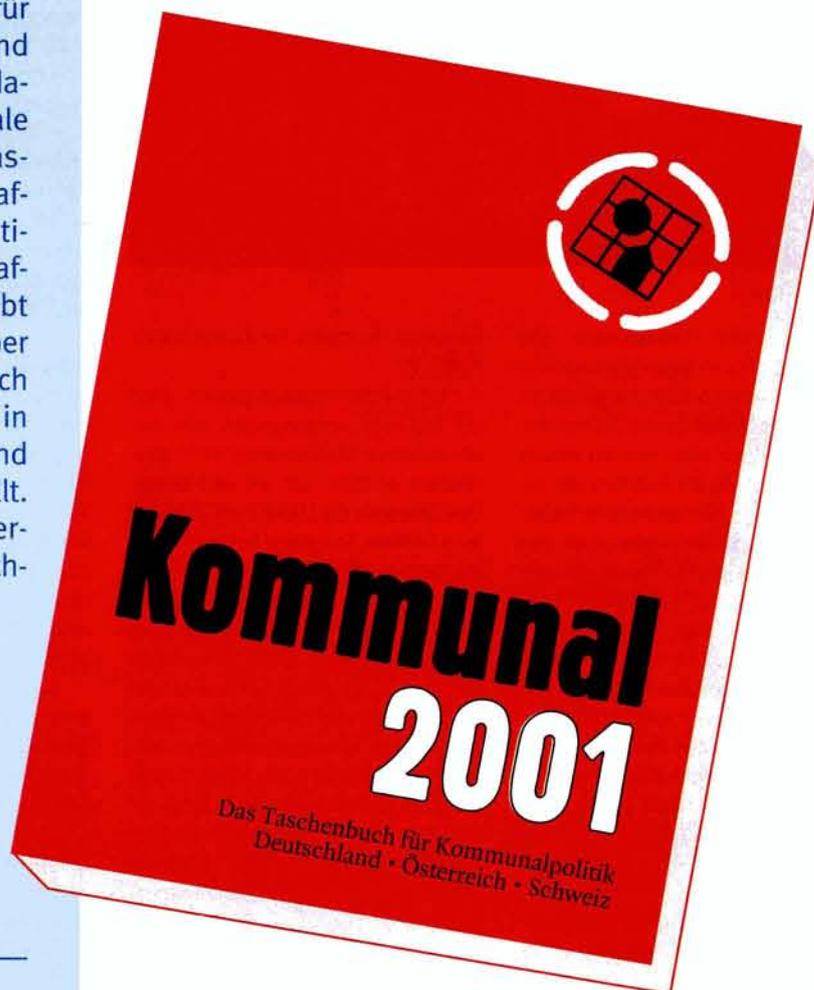
❖ **Stresemannstraße 30  
10963 Berlin**

❖ **Tel. (0 30) 2 55 94 - 1 30**

**Fax (0 30) 2 55 94 - 1 90**

❖ **E-Mail [vertrieb@vorwaerts.de](mailto:vertrieb@vorwaerts.de)**

---



markt. So kam z.B. eine am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (1999) erstellte Studie zum Ergebnis, dass ein darin skizziertes nationales Wärmeschutzprogramm für die Isolierung und Sanierung von Wohnungen nicht nur den gesamten deutschen CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis zum Jahr 2020 um 6,2 % senken kann (Vergleichsjahr 1998), sondern zudem rund 400.000 neue Arbeitsplätze schaffen würde.

Die Beschäftigungschancen werden erfreulicherweise auch von der neuen Bundesregierung anerkannt und als Argument für den Klimaschutz genutzt. So teilte das Bundesumweltministerium mit, dass von den im Zwischenbericht genannten neuen Klimaschutzmaßnahmen die Schaffung oder Sicherung von mindestens 250.000 Arbeitsplätze erwartet wird (Pressemitteilung des BMU 141/00 vom 26.07.2000). Eine solche offensive Behandlung der Beschäftigungschancen kann dazu beitragen, die verbreitete öffentliche Wahrnehmung des Klimaschutzes als bloße Opferhandlung umzukehren.

#### Mängel und Probleme im Kleinen

Bei einer etwas kritischeren Betrachtung des Zwischenberichts fällt aber bereits auf, daß die Ziele für den Verkehrssektor vergleichsweise gering ausfallen. Bereits in den vergangenen Jahren stiegen hier die Emissionen deutlich an, während z.B. in der Industrie Rückgänge zu verzeichnen waren (vgl. Ziesing, 2000). Offenbar fehlte nach den Fehlschlägen der vergangenen Jahre (Tempolimit; „5 Mark-Beschluss“; Autobahngebühren) der politische Mut hier konsequenter gegenzusteuern. Diese sektorenbezogene Gewichtung ist aus umweltpolitischer Sicht sehr zu bedauern, weil der Verkehr nicht nur das Klima schädigt, sondern zudem zur Bodenversiegelung und Zersiedelung der Landschaft sowie zu Lärm- und Abgasbelastungen beiträgt. Allerdings sollten auch ökonomisch-strategische Gründe hier zu einem Umdenken führen, denn die vergangenen Monate haben gezeigt, welche finanziellen Folgen ein hoher, klimaschädigender Kraftstoffbedarf für Wirtschaft und Haushalte haben kann, wenn die Weltmarktpreise ansteigen. Solche Preissteigerungen sind angesichts der räumlichen Konzentration der Ölvorräte und der Begrenztheit der Reserven auch für die

Zukunft zu erwarten (vgl. Seht 2000a: 66-67).

Ungeachtet der niedrigen Zielwerte läßt sich gerade am Beispiel des Verkehrssektors ein weiterer Kritikpunkt am Zwischenbericht illustrieren. Viele der vorgesehenen Maßnahmen, etwa eine „breit angelegte Informations- und Aufklärungskampagne zum Fahrverhalten“, sind wenig konkret und überzeugend. Das Ausmaß der korrespondierenden Treibhausgasreduktion bleibt im Unklaren. Nur mit sehr viel Wohlwollen kann man z.B. bei einer schlagwortartigen Vorhabensankündigungen wie „Integrierte Verkehrsplanung“ eine dringend nötige Förderung der klimaschonenden Alternativen zum Auto- und LKW-Verkehr erkennen. Der geplante Einsatz von Telematik-Technik kann unter Umständen sogar dazu führen, dass noch mehr Fahrzeuge auf die bestehenden Straßen drängen und damit mehr Emissionen statt erhoffter Reduzierungen durch einen geregelteren Verkehrsfluss verursachen.

Bei anderen Maßnahmen ist nicht nur die Wirkung, sondern bereits die bloße Realisierung nicht gesichert. So soll ein Teil der Emissionsreduktionen durch freiwillige Anstrengungen der Industrie erreicht werden, auf welche die Bundesregierung zumindest keinen unmittelbaren Einfluss hat. Ferner ist z.B. die Energiesparverordnung noch von der Zustimmung des Bundesrates abhängig und bei der Einführung einer unionsweiten emissionsbezogenen Luftverkehrsangabe müssen die europäischen Partner ins Boot geholt werden.

Aber auch in Bezug auf Vorhaben, die im direkten Einflussbereich von Regierungspolitik liegen ist es eine Binsenweisheit, dass offiziell geplante Maßnahmen nicht in jedem Fall umgesetzt werden (dies gilt insbesondere bei solchen die vor Wahlen angekündigt werden). Um die Maßnahmen des Klimaschutzkonzeptes der Bundesregierung vor einem ähnlichen Schicksal zu bewahren, wäre es hilfreich alle vorgesehenen Maßnahmen zumindest mit Zeitplänen für ihre Umsetzung und, dort wo dies nicht ohnehin klar ist, mit Zuständigkeiten zu versehen. Dies würde die Verbindlichkeit der Ankündigungen erhöhen und der kritischen (Fach-) Öffentlichkeit erlauben, die planmäßige Einführung der Maßnahmen genauer zu überwachen.

Hinsichtlich der Summe des Klimaschutzpotentials der konkret an-

## Das neue Heft:



**Halbzeitbilanz der Regierung Schröder/Fischer; Hans-Jürgen Urban: Rentenpolitik im »aktivierenden« Sozialstaat; Fritz Fiehler: Grüne Ordnung für gelbe Märkte; Joachim Bischoff/Hasko Hüning: Wo bleiben die Verlierer? Zu den Perspektiven der PDS; Mathias Brodkorb/Conny Proske/Marcus Unbenannt: Die rot-rote Koalition auf dem Prüfstand**

**Bernhard Müller: Antifa-Republik? Rechtsextremismus: Ursachen und Alternativen; Über Kapitalismus-analyse und Antisemitismus. Gespräch mit Moishe Postone; Klaus Bullan: Bildung für die Informationsgesellschaft; Robert Günthner: Zwei Welten prallen aufeinander?! Der DGB und die Jugendarbeit; Barbara Mühlich: Erich Fromm im Jahr 2000**

**Bodo Zeuner: Sozialdarwinismus oder erneuerte Solidarität? Die politische Zukunft der Gewerkschaften; Jay Mazur: Der neue Internationalismus der Gewerkschaften; Frank Werneke: UNI geht an den Start**

**Theodor Bergmann: Nachruf auf Erwin Lenz; Bernhard Sander: Frankreichs Rechte findet kein Konzept; Helma Chrenko: Das Forum von São Paulo**

**Supplement: Jörg Nielandt/Mathias Brodkorb, Ausbau der Zivilgesellschaft Non-Profit-Organisationen und Dritter Sektor**

Einzelheft: DM 12,-; Abo: DM 120,-  
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 HH  
Fax 040/280 505 68  
e-mail: artikel@sozialismus.de

gekündigten Vorhaben räumt selbst die Bundesregierung in ihrem Zwischenbericht ein, dass noch weitergehende Maßnahmen erforderlich sind und stellt entsprechende Initiativen in Aussicht. Deshalb sollte fairer Weise erst bei Vorliegen des gesamten Katalogs über dessen quantitative Angemessenheit zur Erreichung des Reduktionsziels geurteilt werden.

### Mängel und Probleme im Großen

Holt man weiter aus, so ist auch das 25 % Ziel an sich zu diskutieren. In den vergangenen Jahren haben zumindest die Anzeichen zugenommen, dass der Klimawandel bereits eingesetzt hat. So waren die wärmsten Jahre seit mehreren Jahrhunderten (Weltmitteltemperatur) allesamt in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts zu verzeichnen und die Frequenz und Schwere der Naturkatastrophen ist ebenfalls angestiegen (vgl. z.B. UNEP, 1999: 4).

Angesichts der in dieser Rasanz kaum vorhergesehenen Entwicklungen muss man überlegen, ob das vor Jahren für 2005 festgelegte Klimaschutzziel anspruchsvolleren Werten weichen sollte. In jedem Fall ist es dringend durch härtere Ziele für die Folgezeit zu ergänzen (dies wird prinzipiell auch von der Bundesregierung anerkannt). Das längerfristige Ziel im Rahmen des EU „burden-sharings“ ist hier nicht ausreichend. Anspruchsvolle mittel- und langfristige Ziele sind nicht nur wünschenswert als Orientierungspunkte und Prüfsteine für die Politik, sondern haben auch den Vorteil, dass sie Wirtschaft und Forschung Signale für die Entwicklung klimaschonender Verfahren und Technologien geben. Bei der Festlegung neuer Ziele wären aus Umweltsicht diesmal alle wichtigen Treibhausgase einzubeziehen, denn die Konzentration auf Kohlendioxid birgt zumindest die Gefahr, dass Erfolge beim Kohlendioxid durch Misserfolge bei anderen Gasen konterkariert werden.

Schließlich ist vor dem Hintergrund der jüngsten Klimaveränderungen oder -anomalien zu überlegen, ob das Klimaschutzprogramm nicht bereits von einer umfassenden Förderung für Adaptionmaßnahmen in sogenannten Entwicklungsländern begleitet werden müsste, d.h. von Maßnahmen zur Anpassung an den vermutlich nur noch im Ausmaß beeinflussbaren Klimawandel. Im Vergleich zu Industrieländern zeichnen die Länder des Südens für den weit-

aus geringeren Teil der historischen und auch der aktuellen Treibhausgasemissionen verantwortlich (vgl. Clausen und McNeilly, 1998; IEA, 1999: 45), werden aber voraussichtlich deutlich stärker vom Klimawandel und den damit einhergehenden Wetterextremen betroffen sein. Daher ist ein Engagement von Ländern wie Deutschland – über die normale Unterstützung im Rahmen der Entwicklungshilfe hinaus – schon alleine ein Gebot der Gerechtigkeit.

Die höhere Gefährdung der sogenannten Entwicklungsländer ist unter anderem auf die in der Regel hohe Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft, die Leichtbauweise vieler Gebäude und die geringen technisch-ökonomischen Reaktionsmöglichkeiten zurückzuführen. Welche Folgen unter solchen Bedingungen Naturkatastrophen haben können, hat beispielsweise Hurrikan „Mitch“ in Mittelamerika gezeigt. Entsprechend wären mögliche Adaptionmaßnahmen z.B. Projekte zur Umsiedlung aus besonders gefährdeten Gebieten, Investitionen in die Umstellung der Landwirtschaft auf widerstandsfähigere, klimatisch angepasste Pflanzen oder der Bau von Schutzräumen.

Zudem sollten umfangreiche Fördermittel für den Aufbau einer klima- und umweltschonenden Energieversorgung in den sogenannten Entwicklungsländern bereitgestellt werden. Eine Beschränkung des Klimaschutzes auf die Emissionssituation im Inland würde angesichts des Energiehungers der „Dritten Welt“ zu kurz greifen. Bei einer „Business-as-usual“-Entwicklung werden auf die Länder außerhalb der OECD schätzungsweise zwei Drittel des bis 2020 zusätzlich erwarteten Primärenergiebedarfs entfallen (vgl. Birol und Keppeler, 1999). Ohne Hilfe von Staaten wie Deutschland können die Treibhausgasemissionen des Südens daher bereits in zwei Jahrzehnten das Niveau der Industrieländer erreicht haben (vgl. Oberthür und Ott, 1999: 235).

Zu diesem Themenkomplex ist aber vorsorglich anzumerken, dass meines Erachtens ein falsches Signal wäre, wenn sich ein Hauptmittelpunkt wie die Bundesrepublik über solche Fördermaßnahmen im Rahmen des internationalen Emissionshandels unter dem Kyoto-Protokoll (speziell im Rahmen des sogenannten Clean Development Mechanism) von Reduktionsbemühungen im Inland freikaufen würde. Klimaschutz im Ausland sollte immer nur zusätzlich zu

konsequenten Reduktionsbemühungen im Deutschland erfolgen. Dies gilt nicht nur, weil angesichts der Dimensionen des Klimaproblems keine geeigneten Reduktionsmöglichkeiten ungenutzt bleiben sollten, seien sie im Inland oder im Ausland. Bemühungen hierzulande sind schon alleine notwendig, um eine Vorbildfunktion wahrzunehmen und Entwicklungspfade aufzuzeigen, auf denen dauerhaft zukunftsfähige Wohlstandsniveaus auch ohne ein hohes Maß an Treibhausgasemissionen erreicht werden können.

### Fazit

Insgesamt kann man den Zwischenbericht zum Klimaschutzprogramm vielleicht wie folgt bewerten: Der Weg ist richtig, aber die ‚Reisegeschwindigkeit‘, die Sicherheit der Zielerreichung und die (thematische) Breite des Weges und läßt noch vieles zu wünschen übrig. spw

### Literatur

- Birol, F.; Keppeler, J. H. (1999): IEA-Weltenergieprognose 1998, *Energiawirtschaftliche Tagesfragen* 49, Nr. 10, 651-657.
- Clausen, E.; McNeilly, L. (1998): Equity & Global climate change: The Complex Elements of Global Fairness, *Washington* (Pew Center on Global Climate Change).
- Europäische Kommission (1999): Preparing for implementation of the Kyoto Protocol, Commission Communication to the Council and the Parliament, COM (99) 230 final, Brüssel (Europäische Kommission).
- IEA (International Energy Agency) (1999): *Key World Energy Statistics* from the IEA, Paris (IEA).
- Oberthür, S.; Ott, H. (1999): *The Kyoto Protocol: International Climate Policy for the 21<sup>st</sup> Century*, Berlin (Springer).
- Prognos AG; *Energiawirtschaftliches Institut an der Universität Köln* (1999): Die längerfristige Entwicklung der Energiemärkte im Zeichen von Wettbewerb und Umwelt, *Kurzfassung einer Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie*, Basel (Prognos AG/Energiawirtschaftliches Institut an der Universität Köln).
- Seht, H. v. (2000): *Global Climate*, in Brunnee, J.; Hey, A. (Hrsg.): *Yearbook of International Environmental Law*, Oxford (Oxford University Press) (in Vorbereitung).
- Seht, H. v. (2000a): *Leadership on Climate Protection and the Self-interest – Primary and Secondary Effects of Domestic action*, *Environmental Policy and Law* 30, No. 1/2, 63-68.
- UNEP (United Nations Environment Programme) (1999): *Global Environment Outlook 2000: Overview GEO 2000*, Nairobi (UNEP).
- Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (1999): *Gebäudesanierung – Eine Chance für Klima und Arbeitsmarkt, Kurzfassung einer Studie im Auftrag der IG Bauern-Agrar-Umwelt und Greenpeace e.V.*, Wuppertal (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie).
- Ziesing, H.-J. (2000): *CO<sub>2</sub>-Emissionen im Jahre 1999: Rückgang nicht überschätzen*, *Wochenbericht des DIW*, Nr. 6.

*Offenbar fehlte nach den Fehlschlägen der vergangenen Jahre der politische Mut, beim Verkehr konsequenter gegenzusteuern.*

Haushaltsdebatten sind traditionsgemäß Generalabrechnungen der jeweiligen Opposition mit der jeweiligen Regierung. Eine Woche lang wird über die Etats sämtlicher Ressorts debattiert, und dies bietet an sich Raum, jeden Fehler der Regierung und jedes ungelöste Problem anzusprechen und, selbstverständlich, der Regierung und den sie tragenden Fraktionen Versagen auf der ganzen Linie vorzuwerfen.

Die erste Lesung des Haushaltsentwurfs für 2001 lässt die Bundesregierung daher in strahlendem Licht erscheinen. Von Versagen auf der ganzen Linie keine Spur. Nur ein einziger Punkt beschäftigte die Redner der (bürgerlichen) Opposition: Der Benzinpreis und die Öko-Steuer. Ganz gleich, ob es um den Haushalt des Kanzlers, des Finanzministers, der Familienministerin oder der Forschungsministerin – um nur einige zu nennen – ging, alle fanden einen Weg, die Benzinpreistreiber der Regierung anzuklagen. Dass ich bei den Einzelplänen Inneres und Justiz nichts davon gehört habe, liegt sicher nur daran, dass diese gegen Ende behandelt wurden und meine Aufmerksamkeit angesichts der immer gleichen Tiraden inzwischen völlig erlahmt war. Einen erbärmlicheren Auftritt der Opposition hat der Bundestag wohl kaum je erlebt; selbst der ADAC argumentiert differenzierter.

Es ist erfreulich, dass die Bundesregierung sich der massiven Kampagne nicht beugt und lediglich indirekte Erleichterungen für die gebeutelten Verbraucher anpeilt. Nicht nur die Koalitionsraison verlangt hier Durchhaltevermögen. Jedes Nachgeben gegenüber

dem Druck der Straße würde das auf langsame und stetige Steuererhöhungen angelegte Konzept insgesamt in Frage stellen und daher diejenigen verunsichern, die Investitionen zur Senkung ihres Energieverbrauchs, sei es ein neuer Kühlschrank, ein Drei-Liter-Auto oder gar eine nahverkehrstechnisch günstig gelegene Wohnung, in Aussicht genommen haben.

Allerdings rächt sich jetzt, dass SPD und Grüne ihre Positionen zur Öko-Steuer jahrelang im neoliberalen Windkanal optimiert haben. Die Fokussierung der Diskussion auf das Ziel, mit den Einnahmen die Lohnnebenkosten zu senken, hat es der Opposition schon bei der Einführung der Öko-Steuer leicht gemacht, den ökologischen Sinn der Abgabe in Zweifel zu ziehen. Wäre ein nicht nur symbolischer Teil für ökologische Zukunftsinvestitionen reserviert worden, könnte die Bundesregierung wenigstens darauf verweisen, dass mit den Einnahmen dafür gesorgt werde, zukünftig unabhängiger von den Kapriolen des Ölmarktes zu werden. So aber wird das Geld in ein System gepumpt, das, setzt die Bundesregierung ihre Pläne um, ohnehin jegliche ihm verbliebene Attraktivität einbüßen wird. Soll die Rentenkasse doch noch ein paar Jahre eher zum Teufel gehen, mag sich da mancher denken.

Für das eigentliche Problem, das der drastische Ölpreisanstieg mit sich bringt, hätte man sich gerade in der Haushaltsdebatte mehr Beachtung gewünscht. Beim gegenwärtigen Preisstand fließt, über die allgemeine Verschlechterung der *terms of trade* durch den niedrigen Euro-Kurs hinaus – plötzliche 1% des Bruttoinlands-

## Die Benzinpreis-Woche

Von Burkard Winsemann

produkts zusätzlich in die Ölstaaten ab und steht hier nicht mehr als Kaufkraft zur Verfügung. Ein solcher Aderlass ist eine ernsthaftere Bedrohung für den gegenwärtigen Konjunkturaufschwung als aktuelle Prognosen glauben machen wollen. Nicht, weil kleine Fuhrunternehmen am Ölpreis zugrunde gehen, sondern weil die Verbraucher die Mehrausgaben für Benzin und Heizöl an anderer Stelle zu kompensieren versuchen werden.

Es wäre deshalb angebracht, ein kleines Konjunkturprogramm auf Vorrat zu entwickeln, um gegebenenfalls zügig einen sinnvollen Nachtragshaushalt aufstellen zu können. Die Themen dafür liegen ja förmlich auf der Straße und werden durch die Verwendung der Zinsersparnisse in Folge der UMTS-Lizenzversteigerung auch nicht annähernd abgearbeitet. Für die konjunkturelle Steuerungsfähigkeit ist vor allem entscheidend, dass der Staat zu schnellen Reaktionen in der Lage ist. Investitionsplanungen, mit denen man erst beginnt, wenn die Konjunktur sichtbar einbricht, kann man sich in dieser Hinsicht gleich schenken.

spw

Burkard Winsemann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag und lebt in Berlin

# Moderner Kapitalismus – alte Gewerkschaft?

## 7. Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS

17. bis 18. November 2000, Gesamthochschule Kassel

**Mit:** Elmar Altvater, Andreas Bachmann, Micha Heilmann, Margret Mönig-Raane, Franz-Josef Möllenberg, Klaus Pickshaus, Helmut Schauer, Hans Jürgen Urban, Ewald Wehner – und vielen anderen

**Ort:** Gesamthochschule – Universität Kassel, Standort Holländischer Platz, Kurt-Wolter-Straße 3

**Anmeldung und Kongressbüro:** PDS-Regionalbüro Kassel, Sickingenstr. 10, 34117 Kassel  
Telefon & Fax: 0561-920 15 03, E-mail: regionalbuero@pds-nordhessen.de

**Teilnahmegebühr:** Erwerbstätige 20,- DM, Emäßigter Beitrag 10,- DM

**Veranstalter:** PDS Parteivorstand – AG Betrieb & Gewerkschaft, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin ■ PDS Bundestagsfraktion, Platz der Republik, 11011 Berlin





# Halbzeit in Berlin

Einleitung zum Heftschwerpunkt

Von Claudia Walther\*

**E**s gibt Tage, da sind wir plötzlich erleichtert oder sogar froh über die rot-grüne Regierung in Berlin. Tage, an denen sich der Kanzler und Kabinett vor die Kamera stellen und felsenfest sagen: „die Ökosteuer bleibt, daran führt kein Weg vorbei.“

Es gibt andere Tage, da würde man am liebsten im Erdboden versinken oder spontan dem nächsten erreichbaren Unterbezirksgeschäftsführer das eigene Parteibuch vor die Füße knallen. Tage, an denen der Innenminister posante: „das Boot ist voll“ oder die Nettolohnbindung der Rente vorläufig aufgehoben wurde.

Halbzeit in Berlin, Zeit für SPW, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Oben genannte Beispiele und auch die in diesem Schwerpunkt veröffentlichten Beiträge zeigen bereits, dass es nicht einfach ist zu entscheiden, ob das Glas mit roter und grüner Berliner Weiße nun halb leer oder halb voll ist. Die Sache ist äußerst ambivalent. Je nach Perspektive.

Es ist nicht einfach zu entscheiden, ob das Glas mit roter und grüner Berliner Weiße nun halb leer oder halb voll ist

Uns geht es mit diesem Schwerpunkt darum, uns jenseits der aktuellen tagespolitischen Streitpunkte zwischen Öko-Steuer und Rente einmal etwas seitlich zu stellen und in mittelfristigen Zeiträumen und Fragestellungen zu denken.

Uns interessiert:

1. Was bleibt insgesamt vom rot-grünen Projekt?
2. Wie ist die Politik der rot-grünen Bundesregierung, insbesondere ihrer sozialdemokratischen Führung zu bewerten? Aber auch: wie stehen die Grünen da?
3. Wie ist die Opposition einzuschätzen, die einerseits im eigenen Spendensumpf konzeptionslos versinkt, andererseits aber immer öfter die Macht der Straße in Form populistischer Kampagnen entdeckt?

4. Welche inhaltlichen Perspektiven kann „die Linke“ (besser gesagt, können die verschiedenen reformorientierten Kräfte im linken Spektrum) aufbauen

5. Welche Strategien sind zu entwickeln? Insbesondere: auf welche reformorientierten Kräfte können wir setzen?

Durchgehend hört man, liest man auch in den Artikeln dieses Heftschwerpunktes: viele Erwartungen, die an den Regierungswechsel geknüpft waren, sind enttäuscht worden. Aber: hatten wir nicht gerade das auch erwartet? Als beispielsweise Kanzlerkandidat Schröder mitten im Bundestagswahlkampf 1998 verlauten ließ „erst kommt die Nation und dann die Partei“? Hatten nicht beispielsweise die Jusos bereits vor der Wahl einen Politikwechsel, nicht nur einen Regierungswechsel angemahnt, gegenüber einem Kanzlerkandidaten, der „nicht alles anders, aber vieles besser“ machen wollte.

Das Dilemma des Rollenwechsels, vor dem die Grünen seit dem Regierungswechsel stehen, ist unseres Erachtens nach symptomatisch für „die Linken“, inklusive der Linken in der SPD. Offensichtlich müssen nicht nur die Grünen, sondern wir alle uns damit zurechtfinden, dass Parteiprogramme einerseits und Regierungsbeschlüsse andererseits zwei verschiedene Paar Schuhe sind. Zurechtfinden heißt jedoch nicht, sich damit abfinden. Sondern, die eigene Rolle neu zu definieren: reformpolitische Positionen weiterentwickeln und die eigene Regierung damit zu konfrontieren. Hierzu aber bedarf es gerade Strategien in Form von neuen Bündniskonstellationen, die über das reine Parteienspektrum hinausgehen. Die Gewerkschaften werden hier künftig eine Schlüsselstellung einnehmen. Interessant ist vor diesem Hintergrund aber auch, was sich außerparlamentarisch um die „Halbzeitkonferenz“, die in diesen Tagen stattfand, formiert. Ganz entscheidend ist darüberhinaus die Frage, wie sich innerparteilich die Kräfte bei SPD und Grünen neu formieren, beispielsweise beim Aufbau der neuen SPD-Linken „DL 21“. Und schließlich, wie sich die eigenen Fraktionen von Rot und Grün verhalten. Sind wir inzwischen auf dem Weg zu einer reinen „Kanzlerdemokratie“, in der Fraktion und Partei auf

*Claudia Walther, ist Geschäftsführerin eines euregionalen Jugend- und Freizeitwerkes, Mitglied im Vorstand von DL21 sowie der spw-Redaktion, sie lebt in Aachen*

Geschlossenheit als oberstes Politikziel eingetrimmt werden? In diesem Zusammenhang ist ein weiteres Mitglied des Forums DL 21 zu zitieren, stellvertretender Fraktionsvorsitzender Michael Müller, auch wenn er diesmal nicht zu den Autor/innen unsers Schwerpunkts gehört: Unter dem Motto „Mehr Demokratie wagen“ fordert er mehr Mitsprache des Parlaments und zieht einen Bogen zur Repolitisierung und Bürgerbeteiligung. „Heute geht es erneut um den Primat der Politik. (...) Die rot-grüne Koalition muss sich dieser Herausforderung stellen, bei der es um mehr geht als nur um die Modernisierung von Staat und Wirtschaft. Es geht um die Stärkung der Demokratie und ihrer Institutionen insgesamt und dabei nicht zuletzt um die Abwehr von Tendenzen der Entparlamentarisierung, wie sie sich leider auch beim Bündnis für Arbeit oder dem Atomausstieg gezeigt haben.“ (in: DIE ZEIT Nr. 37 vom 7.9.00, S. 20)

Mit den Artikeln in diesem Schwerpunkt haben wir versucht, das oben abgeführte Fragespektrum abzudecken.

In dem Roundtable Gespräch mit Annelie Buntenbach (die GRÜNEN) und Andrea Nahles (Forum DL 21, SPD), zu dem die PDS sich übrigens nicht in der Lage sah, eine/n Vertreter/in zu entsenden, geht es um die Zwischenbilanzierung der Politik von rot-grün. Annelie Buntenbach zeichnet die verschiedenen Stufen der Regierungspolitik nach, beide analysieren die Politikkonzepte der Bundesregierung und des Ansatzes der „neuen Mitte“. Aus Andrea Nahles Sicht werden die Abgeordneten zu „Hilfsherrn“ degradiert, ein Ausdruck, der die oben beschriebene Gefahr der Entmündigung der Fraktion drastisch aus dem Punkt bringt.

IG-Metall Vorstands-Mitglied Horst Schmitthenner stellt vor allem eine neue Regierungsstrategie im Umgang

mit den Gewerkschaften fest und fordert umgekehrt ein neues Verhältnis der Gewerkschaften im Umgang mit der Regierung. Auch die Gewerkschaften seien es gewohnt, „ihrer“ Regierung nicht zu widersprechen.

Arno Klönne beschäftigt sich in seinem Artikel mit der in allen Parteien schwindenden Bedeutung des Sozialstaatsthemas nach 1998. Er zeichnet das Entstehen des Parteienkonsenses über den „rheinischen Kapitalismus“ nach und kontrastiert dazu die ersten zwei Jahre rot-grüner Regierung als „Passage in ein anderes Politiksystem, in dem Politik (nach einer Formulierung von G. Schröder) als ‚Geleitschutz für die Wirtschaft‘ verstanden wird.“

Peter von Oertzen analysiert die rot-grüne Bundesregierung in Bezug auf die Erwartungen, die an ein rot-grünes Reformprojekt zu unterschiedlichen Zeitpunkten gestellt wurden und in Hinblick auf die Wähler/innenklientel, die von den Regierungsparteien angesprochen wird. Dieses bedeutet im Umkehrschluß, dass die Frage nach den Subjekten bzw. den reformorientierten Kräften für ihn die Schlüsselfrage ist, wenn es um einen neuen Schub links orientierter Politik gehen soll.

Und in der Tat: hier schließt sich u.E. wieder der Kreis: den Bogen von den Kräften einerseits hin zur Frage von Demokratisierung und Beteiligung zu ziehen, ist nicht besonders schwer: das Gefühl der Einflußlosigkeit, der Ohnmacht aufzubrechen, ist eine Herausforderung, der man sich gerade stellen muss, wenn es darum geht, reformorientierte potentielle Kräfte zu gewinnen.

spw

Das Gefühl der Ohnmacht aufzubrechen, ist eine Herausforderung, der man sich stellen muß, wenn reformorientierte Kräfte gewonnen werden sollen.

### Erste Bestandsaufnahme

spw: In diesen Tagen haben wir die Halbzeit dieser Legislatur und damit der ersten zwei Jahre Rot-Grün. Mit Rot-Grün haben wir eine ganze Menge Hoffnungen verknüpft. Ich erinnere mich noch an den Wahlabend als wir gebangt haben, kommt denn jetzt Rot – Grün? Nun frage ich Euch nach einer kurzen Bestandsaufnahme.

**Annelie Buntenbach:** Ich glaube, dass Rot-Grün nach handwerklichen Fehlern ganz gut gestartet ist, weil eine Reihe von Punkten, die während des Wahlkampfes versprochen worden waren, angegangen wurden. Damit meine ich nicht nur die bekannten Themen (Lohnfortzahlung im Krankheitsfall etc.), die im Wahlkampf eine Rolle gespielt haben, sondern auch die ersten Schritte zur Steuerentlastung gerade für untere und mittlere Einkommen. Im nachhinein muss ich sagen: Selbst beim Staatsangehörigenrecht, wo wir auch eine Menge Kritik am Endergebnis hatten, weil wir uns vielmehr hätten vorstellen können, auch da sind wir wichtige Schritte weitergekommen.

Dann gab es aber eine Umorientierung der Bundesregierung, die zeitlich zusammenfällt mit dem Rücktritt von Oskar Lafontaine, wo dann eine Orientierung klar auf die Wirtschaft hin verfolgt worden ist. Der Kernpunkt davon ist das Sparpaket gewesen, das heißt eine Haushaltspolitik, die nicht nur auf Haushaltskonsolidierungen abzielt, sondern auch eine Senkung der Staatsquote anstrebt. Es ist eine Haushaltspolitik gemacht worden, die auf die Sa-

nierung rein über die Ausgabenseite gesetzt hat und das eben zu Lasten sozial Schwächerer. Womit die Schere zwischen Arm und Reich durch so eine Politik weiter auseinandergerissen wird. Ein letzter Punkt, der nicht auf der sozialen Ebene liegt, aber trotzdem ganz wesentlich das Gesicht der Bundesrepublik verändert hat, ist natürlich die Entscheidung zur Beteiligung am Kosovo – Krieg gewesen. Eine falsche Entscheidung mit immensen langfristigen Auswirkungen für die gesellschaftliche Entwicklung, was die Akzeptanz von Militär angeht. Ich fürchte, dass wir das Spektrum, was von uns eine andere Politik, einen Politikwechsel erwartet hat, verprellt haben und deren Unterstützung im Moment in dieser Gesellschaft einfach

## Halbzeit für Rot-Grün

Ein Gespräch mit den Bundestagsabgeordneten Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen) und Andrea Nahles (SPD)

Das Gespräch führte Frank Schauff. Die Bearbeitung besorgten Claudia Walther und Frank Wilhelmy.

Annelie Buntenbach



nicht mehr haben. Die wählen jetzt nicht irgend etwas anderes, sondern gar nicht mehr. Einen Regierungswechsel ohne Politikwechsel sehe ich da eher als einen Beitrag zur Politikverdrossenheit, der auch unter Demokratiegesichtspunkten nicht akzeptabel ist.

**Andrea Nahles:** Die Punkte sind richtig, aber ich würde gerne einige strukturelle Veränderungen benennen, die damit eng verknüpft sind. Wir haben über lange Jahre in den 80ern und auch noch in den 90ern versucht, Kernelemente eines rot-grünen Projektes zu formulieren. Diese Leitpunkte sind natürlich auch im Laufe dieser Zeit modifiziert worden, aber es wurde immer noch versucht, einen Konsens innerhalb dieses Wählerklientels, auch einen Konsens innerhalb dieser beiden Parteien zu organisieren. Heute läuft es umgekehrt. Das bedeutet, dass wir heute kaum noch politische Leitbegriffe der rot-

grünen „Linken“ haben, die nicht gleichzeitig von allen gesellschaftlichen Gruppen schon von vornherein zustimmungsfähig wären. Zuerst wird ein Konsens mit der CDU oder im Bündnis für Arbeit organisiert, bevor man wirklich den Dialog mit dem eigenen Klientel sucht. Das sind strukturelle Schritte, die gemacht wurden. Und beim Kosovo-Konflikt erinnere ich an die Verweigerung von Auseinandersetzung – also das Ersticken einer Streitkultur, die sicherlich aus demokratischen Gründen notwendig gewesen wäre und vor allem aus politischen Gründen. Ich denke, dass das im Kern ein Rot-Grünes Projekt kaputt gemacht hat, weil dieses Projekt sich selber auf diese Weise aufgibt. Interessanterweise liegt die Zustimmung für die Regierungspolitik im FDP Lager bei 68 %. Sie ist aber auch bei den Grünen 68% und sie beträgt bei der SPD 80%

**Buntenbach:** Wieso haben wir die gleiche Prozentzahl wie die FDP?

#### Neue Politikformen sind erforderlich

**Nahles:** Das tut mir leid, das sind aber leider die Fakten. Was bedeutet das allerdings? Nur das ist auf der politischen Tagungsordnung, was eben so auch als Konsens-thema platziert werden kann. Daneben gibt es kaum noch Platz für andere Schwerpunkte. Man hat sozusagen eine Ausgrenzung der Themen oder Eingrenzung der Themen und die werden dann mit der vollen Power des gesamten

Medienapparates durchgezogen und innerhalb dessen bist du nur noch Hilfssheriff und kannst noch die eine oder andere Anmerkung machen. Verteilungspolitische Fragen wie die Vermögenssteuer u.s.w. werden weg gedrückt. Das haben wir erlebt: Wir haben es zwar auf dem Parteitag beschlossen, aber dann tauchte es nie wieder auf. Ich glaube, es hat sich ein neuer machtpolitischer

Kern herausgebildet, der sich ganz anders definiert. Nicht mehr als Bewegungslinke, als Projektlinke oder als von mir aus auch Regierungslinke, sondern im Prinzip ist eine neue Form, Politik zu organisieren, notwendig. Und das bei einer CDU, die selber keine Angebote für konsensfähige Politik mehr machen kann, weil sie moralisch erodiert und politisch kasperlemäßig an der Seite agiert. Insoweit ist das momentan auch der günstigste Punkt, um so etwas auch zu implementieren.

**Buntenbach:** Ich teile Deine Aussage, dass das Politikmodell sich geändert hat. Es gibt in dieser Logik anscheinend immer nur eine vernünftige Antwort, und das ist die, die im Konsens entwickelt wird mit den verschiedenen Experten, mit den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. Es geht dann um Sachzwang, wirtschaftliche Vernunft, die man umsetzt. Dieser Sachzwang lässt eben keine offene demokratische Auseinandersetzung mehr zu. Es scheint so, dass es Rot-Grün mit diesem Politikmodellwechsel gelungen ist, linke Ansätze, linke Alternativen zu marginalisieren, in einer Art und Weise wie das unter Kohl oder unter anderen Regierungskonstellationen überhaupt nicht denkbar ist.

**spw:** Was ist die Konsequenz, wie geht man als reformorientierte Linke damit um? Sowohl strategisch als auch inhaltlich?

**Nahles:** Aus meiner Sicht wäre eine wesentliche Antwort, nach vorne zu gehen und gesellschaftliche Großvorhaben wie zum Beispiel die europäische Frage von links ganz gezielt anzugehen ohne belastet zu sein mit der Frage: Ist das jetzt konsensfähig? Grundsätzliche Streitfragen auch als grundsätzliche Streitfragen zu markieren, Diskussionsangebote zu machen. Ich glaube, dass sich entlang dieser Fragestellungen sicherlich neue politische Gruppierungen bilden. Ganz deutlich z.B. bei der Entschuldungsinitiative, bei diesen ganzen WTO – Geschichten in Seattle oder Prag. Da bilden sich neue, teilweise sehr diffuse und gar nicht so in unsere Schemata passende Gruppen heraus, die Kritik artikulieren, die Widerstand organisieren. Da dürfen wir den Anschluss nicht verpassen. Das sind zwar erst einmal „Randerscheinungen“ aber das waren doch alle linken Themen auch einmal. Die ganze Atomkraftbewegung war zunächst einmal eine „Randerscheinung“. Ich glaube, man sollte die Eisbrecherfunktion, die das haben kann, nicht unterschätzen

**Buntenbach:** Das ist in der Tat ganz entscheidend. Es ist ganz wichtig, die verschiedenen Teile der Linken zusammenzubringen. Zum Beispiel zu solchen Diskussionen wie dem Halbzeitkongress, der jetzt stattfindet oder eben auch zu gemeinsamen Aktionen. Du hast eben gesagt, das kann sich an Themen kristallisieren, die eben nicht so im Regierungsalltag stehen. Damit wird der Freiraum sicher größer, aber die Kehrseite ist, dass die wunderbaren Konzeptentwürfe dann, wenn es praktisch wichtig wird, oft einfach vom Tisch gewischt werden. Diese Erfahrung haben die Leute in den letzten Jahren gemacht – sie haben viele Ideen für den Papierkorb diskutiert – und fragen uns jetzt: Warum soll ich mich um diese Themen kümmern, wenn klar ist, dass das, was du entwickelst in ein oder zwei Jahren überhaupt keine Rolle mehr spielt. Ich glaube, es funktioniert nur dann, wenn man die Themen nimmt, auf die die Regierungsentscheidungen oder eben die politische Entscheidungen sichtbar zulaufen, und sei es eben in ein oder zwei Jahren. Nimm zum Beispiel die Regulierung der Finanzmärkte auf der internationalen Ebene. Du hast eben WTO, Seattle angesprochen. Die Themen, an denen man seine Vernetzung und gegebene

„Ich fürchte, dass wir das Spektrum, was von uns eine andere Politik, einen Politikwechsel erwartet hat, verprellt haben.“ (Buntenbach)

nenfalls auch Kampagnen in die Gesellschaft hinein aufbauen kann, müssen auch wirklich entscheidungsrelevant auf der politischen Ebene sein

**Nahles:** Aber da bietet uns doch die Regierung eine wunderbare Lücke. Wenn ich z. B. Themen wie den Arbeitsmarktbereich anspreche: Arbeitsmarktpolitik bedeutet eben auch Lernen am Arbeitsplatz, bedeutet Frau und Beruf, bedeutet wie können wir eine Art Lebensphasenpolitik machen, die sozialpolitisch absichern u.s.w. Also das wäre so die Idee, wie man so ein Thema formulieren kann, wo man wirklich was anbietet, was die Bundesregierung zur Zeit kaum hinkriegt, ein Leitidee. Der zweite Punkt: Glaubwürdigkeit., Das spielt eine sehr große Rolle in dem Spektrum in dem wir uns bewegen. Das geht mir zum Beispiel bei der Umlagefinanzierung so. Das ist wirklich ein Riesenproblem und ich sehe auch mit Sorge, dass wir kaum noch Politiker haben, die wirklich so einen Nimbus der Glaubwürdigkeit mitbringen. Ich bin allerdings an dem Punkt in Bezug auch auf unseren Bundeskanzler und die Art, wie er Politik macht, sehr skeptisch, dass ist sehr schwierig, wenn man keine Ideen mehr formuliert, keine Projekte, wenn man die Botschaft nicht definieren kann für die nächsten Wahlen. Was bleibt dann?

**Buntenbach:** Das wird dann wie bei der Steuerreform mehr ein sportliches Ereignis und dafür wird er entweder gewählt oder nicht.

**Nahles:** Ja, genau.

### Das bürgerliche Lager

**spw:** Gehen wir mal zur Gegenseite über. Was passiert aus eurer Sicht gerade mit dem bürgerlich-konservativen und dem bürgerlich-liberalen Lager? Ist es so, dass die CDU sich gerade neu formiert und Schlagkraft gewinnen kann bis zu den nächsten Wahlen? Wie wirkt sich das aus auf die Strategie der Regierungsparteien? Also was ist das Szenario für das Jahr 2002 mit Blick auf das Gegenlager?

**Buntenbach:** Ich habe nicht den Eindruck dass mit der neuen CDU – Spitze die Partei jetzt Aufwind hat, sondern dass die CDU nicht nur durch die Spendenaffäre schlicht am Boden ist. Gleichzeitig ist sie mit einer erdrückenden Umarmungsstrategie konfrontiert. Beispiel Rente: Wenn der Kanzler in der Form auf Konsens setzt dem sich die CDU immer schlechter entziehen kann, weil die Regierung immer weiter auf sie zugeht, dann führt diese Umarmungsstrategie natürlich dazu, dass Schröders Strategie auch aufgehen kann, nämlich das in der sogenannten gesellschaftlichen Mitte die Regierung gut angesehen ist. Du hast eben die Zustimmungszahlen schon zitiert aus den verschiedenen Lagern und Schröder stellt sich als derjenige dar, der handelt und der diese sportlichen Ereignisse gewinnt, und der diese konsensfähigen Vorschläge macht, und dann auch durchaus Chancen hat, die nächste Wahl zu gewinnen. Nur ist das Potential was dann Rot-Grün wählen würde, ein ganz anderes als das was beim letzten Mal Rot-Grün gewählt hat. Beim letzten Mal kam die Unterstützung von denjenigen, die sich für den Regierungs- und Politikwechsel eingesetzt haben, Das sind Leute gewesen, die in Fragen von sozialer Gerechtigkeit, Friedenspolitik, Frauenpolitik, Integrationspolitik, Anti – Diskriminierungspolitik, wirkliche gesellschaftliche Veränderungen erwartet haben und die jetzt zum Teil keine andere Option wählen sondern eben gar nicht mehr.

Das heißt, Einbruch der Wahlbeteiligung auf der einen, und neues Potential für die Regierung auf der anderen Seite. Machtpolitisch, kann diese Rechnung durchaus aufgehen. Ich will aber nicht verschweigen, dass es dabei

natürlich auch einen Anteil des grünen Koalitionspartners gibt. Bei den Grünen hat auch ein Politikwechsel stattgefunden, der immens ist, jedenfalls was die Mehrheit in der Bundestagsfraktion angeht. Ich hätte es richtig gefunden, wenn nach dem Rücktritt von Lafontaine und dieser Politik der zweiten Chance, auf die Schröder zugesteuert ist, die Grünen den immer größer werdenden Platz links von Schröder für sich reklamiert hätten und ein sozial-ökologisches Projekt zu ihrer Sache gemacht hätte und versucht hätten ihr gesellschaftliches Profil zu verankern.

Dazu gab es bei den Grünen auch genügend Ansatzpunkte und gesellschaftlichen Bedarf alle Mal, und ich stehe persönlich für so ein Projekt ein und damit stehe ich bei den Grünen keineswegs allein. Die Entscheidung ist aber anders gefallen. Wir haben im Moment eine Strategie, die ganz eindeutig versucht in dem wirtschaftsliberalen Bereich für die Grünen zu Punkten und das zum ganz entscheidenden Teil des Profils zu machen. Diese Entscheidung finde ich zutiefst falsch und mit unserem Wahlprogramm hat das herzlich wenig zu tun, aber wie heißt es immer so schön, man soll nicht so am Papier hängen.

**Nahles:** Ich wollte die Frage nach dem die bürgerlichen Lager beantworten. Die Union hat trotz ein Handicap: Die eigene Führung ist nicht in der Lage, neue Linien aufzuzeigen für das konservative Lager, wie das noch ein Wolfgang Schäuble konnte. Da könnten wir uns drüber freuen und könnte sagen „prima“, dann werden wir das alles aufsammeln, aber ich bezweifle, dass das so eins in eins läuft. Ich glaube, dass sich da populistisches Potential auftut. Dass mache ich beispielsweise bei dem Thema Ost – Erweiterung fest. Je mehr die CDU/CSU bei innenpolitischen Themen versagt, je mehr sie in dem Konsensbrei aufgeht, muss sie sich, allein schon um eine Differenz herzustellen, bestimmte Felder ausgucken und da bietet sich die Außen- und Sicherheitspolitik an, weil die schlichtweg von Seiten der SPD nicht wirklich vorgegeben wird. Ich halte diesen Bereich für das Einfallstor des bürgerlichen Lagers. Das ist sehr bedenklich, zumal wir uns angewöhnt haben, wenn wir über das Ausland reden, nur noch über konkurrierende Standorte zu reden und daher immer ein negatives Szenario im Kopf haben und keine zukunftsweisende positive Strategien nach vorne definieren können. Da ist eine Rede auch noch keine Lösung, sondern da fehlt eine gesamte Strategie, und dies gilt für die gesamte Regierung

**Buntenbach:** Ich sehe auch ein großes Problem auf uns zukommen, was die Frage Asyl und Einwanderung angeht. Auch das ist ja ein Thema was sich leider für populistische Auseinandersetzungen hervorragend eignet. Leider hat gerade jemand wie Schily wieder Äußerungen getan, die Asyl- und allgemeine Einwanderungsfragen vermischen und die den „Das Boot ist voll“-Diskurs vorantreiben, um Zustimmung von rechts für die Regierung oder für die SPD zu organisieren. Leider entspricht das auch der praktischen Asyl- und Ausländerpolitik des Bundesinnenministeriums. Das ist natürlich eine Geschichte die voll denjenigen in die Karten spielt, die eben genau auf solche populistischen Themen setzten. Ich halte nämlich gar nichts davon, wenn man versucht rechtes Potential abzugraben indem man die Politik schon macht, die von rechts außen dann angefordert wird.

„Wir haben heute kaum noch politische Leitbegriffe, die nicht gleichzeitig von allen gesellschaftlichen Gruppen von vornherein zustimmungsfähig wären.“ (Nahles)

### Gewinner und Verlierer einer „offenen Gesellschaft“

**spw:** Aber ist das nicht eine auch strategisch sehr problematische Situation für die Linke innerhalb der Rot-Grünen Parteien, insofern dass die progressiven Positionen im Bereich der Einwanderungsdebatte am ehesten noch vertreten werden von Globalisierungsenthusiasten, die sagen wir brauchen diese Einwanderung, brauchen auch eine offene Gesellschaft. Britische Theoretiker der Dritten Weges vertreten die Position sehr offensiv, wir bräuchten eine offene Welt, um größtmögliche Wachstumsgewinne zu erreichen. Umgekehrt bleibt ideologisch für die Globalisierungsverlierer eigentlich im besten Fall so etwas wie das, was Peter Glotz als Beschleunigungsideologie negativ belegt hat. Es bleiben stark lokal bezogene Ansätze oder „Recht auf Faulheit“ bei den Leuten, die dann keine Arbeit mehr haben. Und dieses Spektrum geht bis hin zum nationalistischen Antikapitalismus á la NPD. Die Frage ist: was kann die Linke dann den Globalisierungsverlierern eigentlich noch anbieten und ist das ein Klientel, an die heranzukommen überhaupt eine Möglichkeit besteht und wenn ja mit welchen Konzepten und Projekten?

**Nahles:** Die Gefahr sehe ich auch, dass es – wenn ich für die SPD spreche – im Prinzip nie eine Mehrheit für eine wirklich offensive Integrationspolitik von Ausländern in der Form wie wir sie definieren würden, gegeben hat. Es gibt ein sozialdemokratisches Klientel, das aus ganz anderen Gründen der Sozialdemokratie verbunden ist. Wenn wir als Sozialdemokratie oder als Linke nur die Antwort geben, das müsst ihr jetzt einfach akzeptieren, dass da jetzt noch mehr kommen, die euch Konkurrenz machen – so werden die das empfinden – dann wird es schwierig. Integration muss ein Begriff werden, der sich nicht nur an die Leute

„Ich habe nicht den Eindruck dass die CDU mit der neuen Partei-Spitze jetzt Aufwind hat, sondern schlicht am Boden ist.“ (Buntenbach)

richtet, die von außen hinzukommen, sondern es muss vielmehr auch als innergesellschaftlicher Begriff stark gemacht werden. Ausgrenzung müssen wir eben nicht nur entlang der Frage von Grenzen nationaler Staaten diskutieren, sondern auch als die Reichums- und Armutsfrage in Deutschland.

Wenn wir auf der sozialen Seite schwächeln, wenn das Verteidigen eines ausgleichenden integrierenden Sozialstaates zum Flügelthema in der SPD wird, aber gleichzeitig Globalisierungsenthusiasten bestimmte Öffnungen organisieren, dann sind wir mit verantwortlich dafür, dass bestimmte Leute von uns nicht mehr eine gesamtgesellschaftliche Antwort erwarten, sondern anfällig für populistische Rechte werden. Ich will jetzt nur für die SPD sprechen, weil ich glaube die Klientel der Grünen war immer ein anderes.

Wir dürfen auch Stoiber auf keinen Fall die Kritik an Unzulänglichkeiten der europäischen Demokratie überlassen. Wir brauchen sinnvolle Strukturdebatten um vorwärts zu kommen, um neue Akzeptanzen für Europa zu organisieren, um überhaupt für internationale Politik eben eine Bresche schlagen zu können, auch kritische Auseinandersetzungen und das können wir nicht den Rechtspopulisten überlassen. Ich will jetzt keinen Linkspopulismus der schröderischen Provenienz., wie er das in Bezug auf Europa öfters gemacht hat als er noch Ministerpräsident war. Nein, aber ich will auch keine Tabus von Links in dieser Frage. Wenn wir das hinkriegen, Integration nach innen und außen, glaubwürdig sein und

eine kritische Auseinandersetzung mit Europa auf der Basis, wo das Ziel eines gemeinsamen Europas völlig unbestritten ist, dann könnten wir vieles von diesen Gefährdungen, die ich in unserer Klientel ausmache, wieder einfangen.

**Buntenbach:** Beim Punkt Asyl ist es in der Tat so, dass das grüne Klientel da anders gestrickt ist als eures. Sowohl was die Frage Einwanderung oder Zuwanderung insgesamt angeht, als auch was die Frage Asyl angeht. Für uns ist die Auseinandersetzung um den sogenannten Asylkompromiss und die Ablehnung davon immer ein ganz wesentlicher Teil grüner Politik und grünen Selbstverständnisses auch gewesen und ist es auch nach wie vor.

**Nahles:** Flügelübergreifend, übrigens.

**Buntenbach:** Ja, mit Unterschieden in den Konzepten, was gerade die Asylfrage angeht, aber im Grundsatz ja. Allerdings ist dann damit immer noch nicht die Frage geklärt und da glaube ich, werden die Flügel unterschiedliche Antworten geben, wie hoch man dieses Thema als Konfliktthema hängt.

Denn da ist wirklich ein Konfliktpunkt, ein Reibungspunkt der jetzt für diese Bundesregierung in den nächsten Monaten und Jahren wichtig wird. Die Altfallregelung ist da, aber indiskutabel, weil davon niemand profitiert. Härtefallregelungen haben wir noch nicht und ich weiß auch nicht, ob wir die bekommen. Schily ist auf dem Weg aus dieser ganzen Geschichte eher so etwas wie ein Gnadenrecht zu machen, wo irgendwelche Prominente von ihm berufen werden, um über Grundrechte zu entscheiden.

Da wird es von Seiten der Linken innerhalb der SPD zusammen mit den Grünen noch Initiativen geben müssen, die eine humanitäre Orientierung auch bei den Zuwanderungsfragen, bei den Asylfragen wirklich greifbar macht. Was für mich ganz entscheidend ist: Einwanderung findet statt und diese Einwanderung, braucht auch einen politischen Rahmen und das heißt eben auch Integrationspolitik, bedeutet eine andere Anti-Diskriminierungspolitik, weil wir nicht orientiert an „Nützlichkeitskriterien“ innerhalb der Gesellschaft, diejenigen die am Rande der Gesellschaft stehen noch weiter rausdrängen dürfen.

### Programmdebatten

**spw:** Es ist bei Euch sehr viel Abgrenzung zur Regierungspolitik, zu den Führungsebenen der Parteien sichtbar. Ich will daher noch mal auf die Situationen in den beiden Parteien eingehen. Mein Eindruck ist, dass sie ähnlich ist, weil wir einerseits eher rechts-pragmatische Führungspersonen haben, die nach außen für die Partei stehen und andererseits die Basis, die dagegen nicht aufbegehrt, ab und zu Mal murr, nicht besonders zufrieden ist aber sich auf keinen Fall zu einem reinen Wahlverein machen lassen will. Die in vielen Punkten unzufrieden ist, aber wenig Anknüpfungspunkte findet. Weder bei Leuten, die jetzt im Zentrum der Partei Programmatik jenseits des Tagespragmatismus vertreten, noch beim Linken Flügel. Wie stellt sich denn für euch die Rolle dieser beiden Parteien dar. Bleibt denn für die Partei noch ein Spielraum in dieser Situation als Regierungspartei oder tauchen sie solange ab bis man wieder in der Opposition ist und dann wieder vernünftige Diskussionen führen kann, um es mal zu zuspitzen.

**Buntenbach:** Bei den Grünen kannst du eindeutig sagen, dass die Möglichkeiten von Seiten der Partei, wirklich in die Entscheidungsprozesse einzugreifen, sehr gering

sind. Selbst wenn Verhandlungsergebnisse wie zum Beispiel bei der Frage Atomausstieg präsentiert werden, dann werden die zu einem Zeitpunkt präsentiert wo du zwar ja oder nein sagen kannst. Aber wenn du nein sagst, sagst du dann im Grunde nicht nur zu diesem Ergebnis Atomausstieg nein, sondern du wirst zu einem Zeitpunkt gefragt, wo deine gesamte Führungsscrew, die das verhandelt hat sich schon auf Wohl und Wehe damit verkoppelt hat, dass du dann immer über das gesamte abstimmt und das ist inzwischen auf grünen Parteitag auch offensichtlich. In dieser Situation wird es zwar auch Debatten geben aber es ist klar wie die Entscheidungen ausfallen.

Das ist die eine Sache. Die zweite Sache ist, dass sich das Gesicht der Partei, gerade bei den Grünen, durch die Kosovo-Entscheidung und durch den Bielefelder Parteitag geändert hat. Da gibt es eine Veränderung, die nicht nur mit einem Mitgliederwechsel, der also in NRW ungefähr 20% der Mitgliedschaft ausgemacht hat, in anderen Landesverbänden sieht es ähnlich aus, wo die einen raus gegangen sind und fasst die selbe Zahl von anderen aber neu dazu gekommen ist, die das neue Profil der Grünen angezogen hat. Damit hast du natürlich eine Veränderung der Partei und des Grundcharakters der Partei, die man nicht einfach ignorieren kann. Du kannst nicht einfach so tun als wäre die Partei, die den Wahlkampf '98 geführt hat oder die das Wahlprogramm geschrieben hat auch noch dieselbe wie die, die jetzt auf Parteitagen über das Regierungshandeln oder über andere Punkte entscheidet. Das wird auch dann nicht wieder so sein, im Unterschied zur SPD denke ich, wenn wir wieder in der Opposition sein sollten. Die Grünen haben nicht so eine lange Erfahrung damit in den Programm das eine zu beschreiben und das andere zu tun. Deswegen sind die Erfahrungen in den letzten Jahren für die Grünen schon einschneidender.

**Nahles:** Ein Indikator für die Frage, ob wir uns als Partei programmatisch noch mal zurückmelden, könnte ja die Grundsatzdebatte sein. Geht man davon aus, sieht es miserabel aus. Es gibt sowohl was die Nominierung angeht eher wenige Landesverbände, die hochkarätig besetzt haben, obwohl uns das natürlich freuen könnte, weil dadurch mehr Linke reingekommen sind. Mein Eindruck ist, dass sich die Partei jetzt einfach hängen lässt und führen lassen will und zwar, weil es keine hoffnungsvollen Aufforderungen gibt oder Angebote, dass sich ein darüber hinausgehendes Engagement lohnt.

Weder die Programmdebatte löst diese sinnhafte Aura aus, noch ist das insgesamt zur Zeit zu spüren. Der Bundesgeschäftsführer und der Generalsekretär geben einen Modernisierungskurs aus, den ich für richtig halte, der aber gleichzeitig nicht programmatisch irgendwo irgendwas abruf, verlangt oder fordert. Das bedeutet, dass die Partei vielleicht effektiver wird, aber nicht unbedingt präserter auf der Bundesebene und im Zusammenhang mit dem Regierungsallday.

Es wird kein Vakuum geben, aber die Frage ist: woraus speist sich die sozialdemokratische Bewegung, was sind ihre Leitziele, was sind die Leitfragen, was sind die Antworten. Das ist momentan nicht sehr dringend. Das wird auch über Jahre nicht so dringend sein. Das ist meine Behauptung und deswegen stimme ich eher der Prognose zu, dass wir in gewisser Weise auch eine Phase vor uns haben, wo ein Aufbau der nächsten Generation, auch ein programmatischer Aufbau erforderlich ist. Also eine Grundlagenarbeit, die vielleicht jetzt nicht im Mittel-

punkt steht, für die man auch nicht sehr viel Lob bekommt, aber die notwendig sein wird, weil sich nach Schröder sozialdemokratische Politik aufgebraucht hat.

**Buntenbach:** Die Grundsatzdebatte, die bei euch stattfindet, findet bei uns auch statt. Aber die steht im Moment weitgehend im Schatten des Regierungshandelns, das sich alltäglich über programmatische Entscheidungen hinweg setzt. Dass die Programmdebatte wirklich eine Sache wäre, wo sich die Leute mit Elan und Energie reinstürzen würden, das kann man so nicht sagen. Dagegen stehen auch praktische Erfahrungen: Was zum Beispiel in Bielefeld entschieden worden ist, bezogen auf den Kosovo – Krieg war einfach komplett im Widerspruch zum Programm und danach war ich erst einmal so drauf, dass ich dachte: Programme, das ist Opium für das Volk, nur nicht so lustig. Die Entscheidungen werden eh woanders getroffen und die Linke hat hier – jedenfalls bei den Grünen – immer viel zu viel Energie reingesteckt, die woanders dann fehlt. Aber die Diskussion um das Programm muss man natürlich führen. Inzwischen beteilige ich mich auch wieder daran. Sie kann natürlich auch ein Kristallisationspunkt sein, um die sich linke Positionen oder Inhalte wieder bilden.

**Nahles:** Das glaube ich nicht. Es gibt auch bei uns eine Reihe von Leuten, die mich auffordern, die neue Linke in der SPD, sprich das Forum DL 21 solle sich jetzt hauptsächlich um das Grundsatzprogramm kümmern. Wenn wir demnächst neue politische Inhalte in Form einer Plattform vorlegen, dann ist das natürlich auch eine Kommentierung und ein Beitrag für diese Grundsatzprogrammdebatte. Aber ich glaube nicht an einen Kristallisationspunkt für die Linke in Zusammenhang mit dem Grundsatzprogramm. Zur Zeit finden hier nur Show-Veranstaltungen und keine „Debatten“ statt. Ob wir das drehen können, wird man sehen.

**Buntenbach:** Das Grundsatzprogramm ist eher der Versuch, das Programm der politischen Realität entsprechend anzupassen. Ich habe erst gedacht sie machen den Kautsky, indem sie die Endforderung aufschreiben, wo wir hinwollen – also das Schöne für das Archiv – und dann die Tagesforderungen, wo dann von den Schönen nichts mehr drin vorkommt. Dann habe ich aber festgestellt, nein es soll wohl der Bernstein werden. Das heißt du passt das Programm an die Realitäten dessen an, was Du politisch wirklich meinst, in den nächsten Jahren umsetzen zu können. Aber das ist noch einmal ein Punkt, der auf Linker Seite bei den Grünen sicherlich einiges an Widerspruch auslöst.

**Nahles:** Also ich fürchte wir haben von Anfang an nie den Zweifel gehabt, dass wir den

„Glaubwürdigkeit spielt eine sehr große Rolle in dem Spektrum in dem wir uns bewegen.“ (Nahles)



Andrea Nahles

Bernstein nehmen, in der SPD. Zumindest wenn man unseren Rudi sieht.

### Innerlinke Diskursfähigkeit

**SPW:** Im Hinblick auf 2002: Seht ihr einen Sinn darin, auf Seiten der jeweiligen Parteilinken bei Rot und Grün diskursfähig mit bestimmten Teilen der PDS zu bleiben, oder ist das eine Sache, die inzwischen soweit aus der Tages- oder sonstigen Politik entschwinden ist, dass sie im Vergleich zur Situation 1998 eher an Relevanz verloren hat?

**Buntenbach:** Ich habe vorhin mal gesagt, dass eine Vernetzung der Linken aus verschiedenen Parteien, aus meiner Sicht nötig ist und auch derjenigen, die inzwischen oder im Moment in keiner Partei Mitglied sind, sondern sich in Initiativen engagieren oder vor Ort arbeiten oder in Gewerkschaften. Ich glaube, dass diese Vernetzung dringend nötig ist, wenn wir linke Positionen in verschiedenen gesellschaftlichen Fragen überhaupt in den Diskurs einbringen wollen. Das schließt für mich natürlich ein, dass an so einen Diskurs auch PDSlerInnen beteiligt sind.

Aber ich habe nicht den Eindruck, dass sich eine linke organisierte Alternative herausbildet, dass zum Beispiel die PDS die linke Option ist, wenn Rot-Grün es nicht gebacken bekommt. Das ist nicht die Antwort, weil auch die PDS sich auf Regierungsverantwortung trimmt und da an verschiedenen Stellen die selben Auseinandersetzungen sichtbar sind und sich entwickeln, wie in den Grünen oder in der SPD.

Deswegen gibt es für mich keine parteipolitische Alternative sondern es gibt die Notwendigkeit diese Vernetzung voran zu bringen und mit den linken Teilen aus den verschiedenen Parteien und eben aus den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zusammen zu versuchen, eine Politik zu machen, die auf Integration setzt, die ein egalitäres Gesellschaftsbild verfolgt.

**Nahles:** Das grundsätzliche Problem der PDS ist, dass sie ihr eigenes Projekt auch zur Zeit klärt und diesen Klärungsprozess können wir auch von außen nur bedingt beeinflussen, das ist jedenfalls mein Eindruck.

Da muss man sich genau anschauen, was für Kräfte sich in der PDS durchsetzen. Jedenfalls glaube ich, dass unbedingt eine strategische Erlösung kommen müsste im

„Mein Eindruck ist, dass sich die Partei jetzt hängen lässt und sich führen lassen will.“ (Nahles)

Hinblick auf eine engere Kooperation der ostdeutschen Sozialdemokratie und der PDS in Ostdeutschland. Diese strategische Erlösung kann nur von Gerhard Schröder eingeleitet werden. Würde die Parteilinke da vorpreschen, erreichen wir nur das Gegenteil. Wir können da Brücken bauen, weil wir auch über Jahre hinweg Kontakte haben, aber über diese Brücke gehen müssen andere in der SPD.

**Buntenbach:** Dieses Motto des Halb-Zeit-Kongresses ist es ja zu sagen, wir wollten nicht nur eine andere Regierung sondern auch eine andere Politik. Die Frage was du an gesellschaftlichen Spielräumen aufmachen kannst, mit denen du auch auf eine Regierungspolitik Druck machen kannst und musst durch die entsprechende gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Das wird, denke ich, dann letztlich der entscheidende Punkt sein wo wir versuchen können, Einfluß zu nehmen und gesellschaftliche Spielräume für Links wieder aufmachen können.

**spw:** Da muss ich noch mal nach Themen und Bündnispartnern fragen, weil euch vorhin außer WTO nicht besonders viel eingefallen ist.

**Nahles:** Wir müssen davon ausgehen, dass sich linke Potentiale, die was anders auf die Tagesordnung heben wollen, momentan erst herausbilden müssen. Ich habe das Gefühl, dass verständlicherweise der Regierungswechsel erst einmal eine Lähmung linksgerichteter Bewegungen, die sich vor dem Wahltag organisiert hatten, zur Folge hatte, ob das die Erfurter waren oder andere. Die sind jetzt erst einmal auseinander gegangen und brauchen sicherlich einfach eine Bearbeitungszeit um zu klären, was haben die jetzt eigentlich gemacht mit ihrer Regierungsverantwortung, was ist da eigentlich gelaufen und was nicht?

Zum zweiten scheinen mir die Gewerkschaften – als ein wichtiger Partner neben anderen – in den nächsten Jahren selber vor ganz vielen internen Veränderungen zu stehen. Ein Generationswechsel und die Frage, wie man Kampagnenfähigkeit organisieren kann sind nur zwei Beispiele. Wie man umgeht mit einer Regierung, die den Konsens nicht mehr begreift als ein Instrument, um zwei gegen eins zu spielen, sondern sich nur noch als Moderator von bestimmten Interessen versteht, ist ein weiterer Aspekt. Ich sehe außerdem einen riesigen Modernisierungsbedarf in den Gewerkschaften, was die Politikformen angeht. Kurzum, wichtige Bündnispartner, wie die Gewerkschaften sind selber nicht in der stärksten Position und auch nicht in der zugespitzten strategischen Situation, dass ich mir von denen bis 2002 einen knackigen Impuls für die Linke erwarte. Der entscheidende Knackpunkt wäre jetzt die Rente gewesen. Und das war's nicht.

Insoweit brauchen wir einerseits Bearbeitungszeit und Reflexionszeit in unserem Spektrum, damit sich da eine Sammlung neu bildet, aber zweitens können wir nicht mehr automatisch auf klassische Bündnispartner rekurrieren, die selber in schwierigen Formationsprozessen sind und drittens haben wir die Kommunikation zu neuen gesellschaftlichen Kräften, die sich da irgendwo tummeln noch nicht so ausgebaut, dass die sofort mit uns ins Boot steigen und in eine bestimmte Richtung rudern. Wir sind bündnispolitisch nicht in der besten Situation, gleichwohl dürfen wir mit unseren Anstrengungen, das zu organisieren, nicht nachlassen.

**Buntenbach:** Es mangelt uns nicht an Themen – das wäre ein Missverständnis. Ich könnte da auf spannende Bücher hinweisen, die sich mit Teilhabe-Gesellschaft und Zukunftsfähigkeit beschäftigen. Es gibt aber das Problem, dass ich im Moment nicht weiss, welches dieser Themen mobilisierungsfähig ist, in dem Sinne, dass sich darum auch wirklich gesellschaftlich etwas kristallisieren würde. Das kannst du nicht von oben, weil du dir das so klug ausgedacht hast, bestimmen, sondern du kannst nur versuchen von Seiten der Linken Angebote zu machen, sich in Diskussionen einzumischen und das was gesellschaftlich abläuft auch aufzugreifen und zu verstärken. Dafür brauchst du diese Vernetzung innerhalb der Linken, damit du überhaupt eine Möglichkeit hast, handlungsfähig und wahrnehmbar zu sein. Das ist kein besonders attraktives Programm in dem Sinne, na ja in zwei Jahren haben wir das mit der Weltrevolution endlich gebacken gekriegt. Trotzdem kann das ein Weg sein – und ich sehe jedenfalls im Moment keinen anderen – aus dieser Marginalisierung linker Politikoptionen wieder herauszukommen.

**spw:** Liebe Andrea, liebe Annelie, wir danken Euch für dieses Gespräch.

spw



# Zwei Jahre Rot-Grün – Politik braucht Einmischung<sup>1</sup>

Von Horst Schmitthenner\*

gen aus, die gar keine Arbeitslosenhilfe bekommen, weil sie nicht bedürftig im Sinne des Gesetzes sind.

Zur Rentenreform will ich nachher noch einiges sagen. Aber schon bei den genannten Punkten fragen sich natürlich viele, ob sich mit dem Regierungswechsel überhaupt irgend etwas geändert hat.

## Zum Politikkonzept der Regierung: Der dritte Weg

Meine These lautet: Was heutzutage unter dem Stichwort „Dritter Weg“ betrieben wird, unterscheidet sich in der Art und Weise schon qualitativ von der neoliberalen Politik der alten Bundesregierung. Damit will ich nicht gesagt haben, dass das, was hinten raus kommt, für die Betroffenen unbedingt besser ist. Aber es ist eine andere Art und Weise, und wir müssen uns bei einer Halbzeitkonferenz schon gesondert mit dem Konzept des „Dritten Weges“ auseinander setzen.

Dritte Wege hat es in der Geschichte ja schon einige gegeben. Das fing vielleicht an mit dem Austromarxismus und der KPO, die da sagten, wir wollen einen dritten Weg zwischen orthodoxem Kommunismus und der klassischen Sozialdemokratie gehen. Aber auch die SPD hat sich immer als Partei des dritten Weges begriffen, nämlich als Alternative zwischen orthodoxem Kommunismus einerseits und Kapitalismus andererseits, das heißt: Anerkennung des Kapitalismus aber dessen soziale Reformierung. Nun scheint sich ein neuer dritter Weg gebahnt zu haben: zwischen dem neoliberalen Weg und dem der klassischen SPD.

Gerhard Schröder hat seine spin-doctors, die diesen Faden aufnehmen und versuchen, entsprechende angelsächsische Konzepte für die Bundesrepublik Deutschland zu propagieren und gangbar zu machen. Ich denke, das Charakteristische am „Dritten Weg“, der hier eingeschlagen wird, lässt sich gut anhand der Entwicklungslinien des „Bündnisses für Arbeit“ darstellen.

## „Dritter Weg“ und „Bündnis für Arbeit“

Zwar ist auch die alte Bundesregierung erst einmal auf den Vorschlag der Gewerkschaften für ein „Bündnis für Arbeit“ eingegangen. Doch relativ schnell ging sie dazu über, Maßnahmen zu ergreifen, die dieses Bündnis auf je-

Nicht mehr die Unternehmer tragen das unternehmerische Risiko, sondern die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Viele von uns fragen sich, ob das, was von der neuen Bundesregierung betrieben wird, nicht lediglich die Fortführung der alten Politik mit neuen Mitteln darstellt. Wenn man sich die aktuellen Vorschläge zur Rentenreform anschaut oder auch das, was als Haushaltsbegleitgesetz vor einigen Monaten im Rahmen des sogenannten Sparpakets daherkam, dann ist diese Sichtweise verständlich.

Beim Sparpaket erinnere ich nur noch einmal an drei wichtige Punkte: die Streichung der originären Arbeitslosenhilfe, die Nicht-Dynamisierung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe entsprechend der Lohnentwicklung, sondern lediglich eine Anpassung an die Inflationsrate in den nächsten beiden Jahren, und der dritte, meines Erachtens ganz einschneidende Punkt, nämlich die Frage der Rentenbeiträge für Arbeitslosenhilfebezieher.

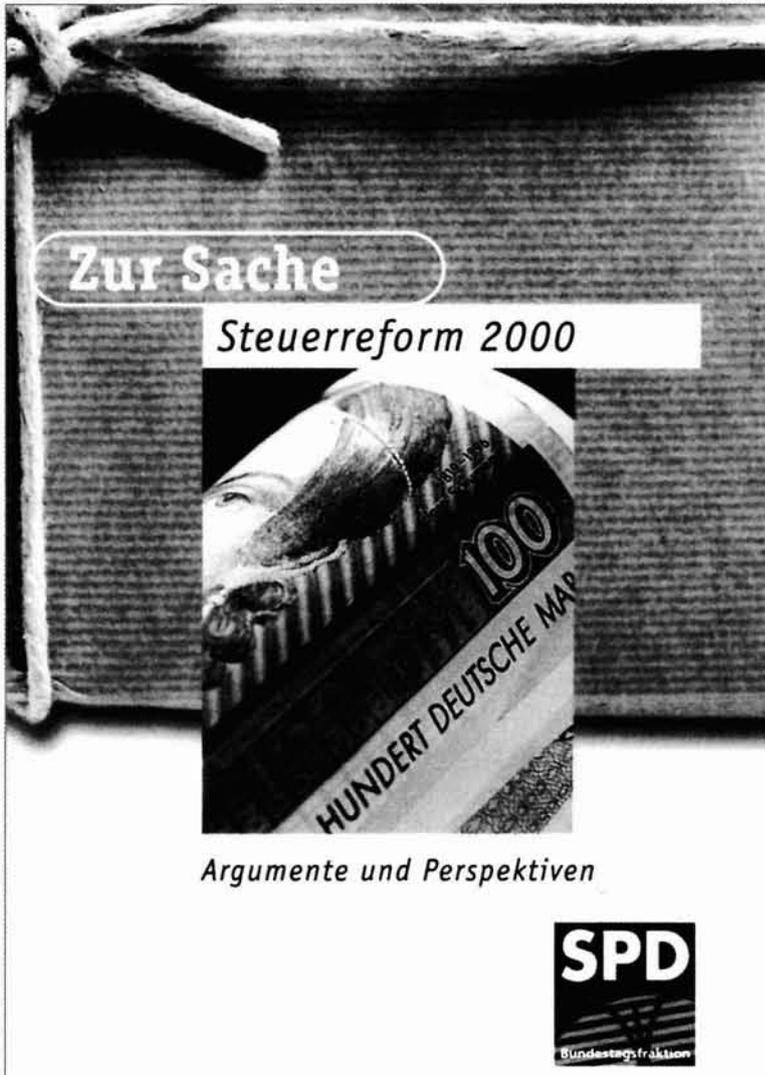
Früher wurden bei den betroffenen Kolleginnen und Kollegen auf Basis von 80 Prozent des ursprünglichen Einkommens Rentenbeiträge abgeführt. Entsprechend dieser Beiträge berechnete sich später ihre Rente. Heute ist es so, dass nur noch der ausgezahlte Betrag der Arbeitslosenhilfe für die Berechnung der Rentenbeiträge maßgebend ist.

Die Konsequenz dieser Änderung möchte ich an einem Beispiel verdeutlichen: Wer früher 5.000 DM/brutto verdiente, für den wurden während des Bezugs von Arbeitslosenhilfe Rentenbeiträge auf Basis von 4.000 DM abgeführt. Das entspricht knapp einem Rentenpunkt pro Jahr der Arbeitslosigkeit. Bei dem genannten ehemaligen Bruttoverdienst von 5000 DM erhält man eine Arbeitslosenhilfe (ohne Anrechnung von Einkommen) von rund 1.500 DM.

Nur diese 1.500 DM werden heute zur Grundlage der Rentenbeiträge genommen. Das entspricht nur knapp einem Drittel Rentenpunkt, statt eines Rentenpunktes für die Betroffenen, also 2/3 weniger Rente für den Zeitraum der Arbeitslosigkeit! Noch schlechter sieht es für diejeni-

\* Horst Schmitthenner ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Industriegewerkschaft Metall

Foto: Christian Kiel (Berlin)



## Steuerreform 2000

Argumente und Perspektiven



den Fall platzen lassen mussten. Meines Erachtens stand die neoliberale Einschätzung dahinter, die unterschiedlichen Gruppen in der Gesellschaft als Lobbygruppen anzusehen, die dem Gemeinwohl entgegen stehen.

Die neue Bundesregierung verfolgt hingegen ein korporatistisches Konzept, das darauf zielt, die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen einzubinden und als Bestandteil einer demokratischen

Es geht um so genannte „win-win“-Strategien, also Strategien, bei denen jeder Beteiligte profitiert.

Kultur zu begreifen. Damit verbunden ist das Bekenntnis der Bundesregierung, keine „Laissez-faire-Politik“ machen zu wollen, sondern Politik zu gestalten. Allerdings unter der

Prämisse, dass die „aktive politische Gestaltung“ nicht die „Gesetze des Weltmarktes“ unterlaufen dürfe.

Hier ordnet sich auch die rot-grüne Sozialstaatspolitik ein. Sie sagen „Ja“ zum Sozialstaat, aber diesen Sozialstaat sollen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbst bezahlen. Der Weltmarkt erlaube es einfach nicht mehr, dass sich die Arbeitgeber in der bisherigen Form an der Finanzierung beteiligen. So die Auffassung der Bundesregierung und ihrer wissenschaftlichen Vordenker.

Den sozialstaatlich geprägten Klassenkompromiss der Nachkriegsordnung bis in die 70er Jahre kann man mit der Formel „Vollbeschäftigung und Beteiligung der abhängig Beschäftigten an den Einkommenszuwächsen“

beschreiben. Die neue Formel heißt heute: Teilung des wirtschaftlichen Risikos. Nicht mehr die Unternehmer tragen das unternehmerische Risiko, sondern die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben es zu einem großen Teil mit zu tragen.

Da heißt es zum Beispiel: „Was gut für den Standort ist, ist letztlich gut für alle.“ Es läuft auf den Appell hinaus, eine nationale Wettbewerbsgemeinschaft zu bilden, die sich in einem Unterbietungswettbewerb gegen andere nationale Gemeinschaften durchsetzt.

Hier und da können sich auch positive Schnittstellen zu gewerkschaftlichen Forderungen ergeben. Es geht um so genannte „win-win“-Strategien, also Strategien, bei denen jeder Beteiligte profitiert, z.B. im Bereich der Bildungspolitik. Die Qualifizierungspolitik der neuen Bundesregierung unterscheidet sich von der alten in dem Sinne, dass die Notwendigkeit erkannt wird, mehr für die Bildung zu tun. Das bringt sowohl den ArbeitnehmerInnen etwas als auch dem Standort. Eine entscheidende Frage bleibt aber auch hier, wer eine ausgeweitete Bildungspolitik bezahlen soll und welchen Inhalt sie hat.

Gleichwohl bleibt das dominierende Element im „Bündnis für Arbeit“ die angesprochene Unterordnung der Politik unter die Erfordernisse der Wettbewerbsfähigkeit.

Wieso beteiligen sich Gewerkschaften an diesem „Bündnis für Arbeit“? Seit zwei Jahren sitzen wir nun schon in den Bündnisrunden. Wir erklären als IG Metall zwar immer tapfer, dass die Tarifpolitik im Bündnis keine Rolle zu spielen hat. Wenn man sich allerdings die Tarifiergebnisse anschaut, dann kann sehr wohl der Eindruck entstehen, dass es hier einen Zusammenhang gibt.

Insoweit stellt sich die Frage, warum lassen wir uns einbinden, und warum lassen sich andere einbinden?

Die Gründe, warum sich die Arbeitgeber einbinden lassen, sind meines Erachtens klar. Sie profitieren von dieser Strategie. Aber warum lassen wir uns, warum lassen sich IG Metall und Gewerkschaften insgesamt eigentlich einbinden? Ich denke, der erste Punkt, der auch vom Max-Planck-Institut und anderen in die Debatte gebracht wird, ist folgender Argumentationsstrang:

Der internationale Wettbewerb führt zwingend dazu, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keine angemessenen Tarifierhöhungen mehr erhalten können. Die Zielsetzung, Einkommensverbesserungen und eine Teilhabe der abhängig Beschäftigten am wachsenden gesellschaftlichen Reichtum durchzusetzen, kann demnach nicht mehr das Handlungsfeld der Gewerkschaften sein.

Aber dafür erhalten die Gewerkschaften von der Regierungsseite gewissermaßen eine institutionelle Bestandsgarantie: „Ihr dürft mitmachen im ‚Bündnis für Arbeit‘. Wir bieten euch mit dem ‚Bündnis für Arbeit‘ die Chance, euch in der Öffentlichkeit zu präsentieren und darzustellen, dass Gewerkschaften noch handlungsfähig sind.“

Meines Erachtens muss eine solche Strategie aber letztlich scheitern. Wir werden als Gewerkschaften nur solange gebraucht, wie wir stark sind. Stark sind wir jedoch nur bei hoher Mitgliederzahl und solange, wie wir auch in der Lage sind, für unsere Mitglieder – und mit unseren Mitgliedern – eine angemessene Tarifpolitik und eine angemessene Sozialstaatspolitik zu betreiben; oder kurz: Selbst wenn man diesen regierungs- und kapitalpartnerschaftlichen Kurs zur Kompromissfindung mitmacht, bekommt man nichts, wenn man nicht mobilisierungsfähig und damit machtpolitisch bedeutend in solche Konsensrunden geht.

Gleichwohl ist der Versuch der Einbindung der Gewerkschaften charakteristisch für rot-grüne Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Die konkreten Gesetze, die zwischenzeitlich verabschiedet wurden oder die in der Debatte sind, lassen sich meines Erachtens in diese Strategie einordnen. Zum Sparpaket habe ich bereits kurz etwas gesagt.

### Rot-grüne Rentenreform

Nun zu den aktuellen Rentenplänen als weiterem bedeutendem Beispiel für die Regierungspolitik nach diesem Muster. Ich denke, auch in diesem Politikfeld wird völlig offensichtlich, wie rot-grüne Sozialpolitik betrieben werden soll. Faktisch entwickeln sich die Rentenpläne, wie sie momentan vom Bundesarbeitsministerium und der SPD vertreten werden, noch eklatanter als die von Blüm ins Werk gesetzte Rentenreform. Vor der Bundestagswahl 1998 hatte die SPD diese blümsche Rentenreform noch als unsozial kritisiert und versprochen, sie auszusetzen und durch eine sozialere Reform zu ersetzen.

Die Reform von Blüm zielte darauf ab, das Rentenniveau eines so genannten Eckrentners, der 45 Jahre durchschnittliche Rentenversicherungsbeiträge bezahlt hat, von heute 70 Prozent auf nur noch 64 Prozent seines durchschnittlichen Nettolohnes abzusenken.

Wenn man bedenkt, wie wenig Menschen heute und in Zukunft überhaupt noch 45 Jahre durchgehend arbeiten, wird klar, dass der Eckrentner eine rein statistische Größe darstellt und in der Realität immer seltener vorkommt. Heute erreichen nicht einmal 50 Prozent der Männer und nur ein Bruchteil der Frauen überhaupt diese Eckrente.

Aber ich nehme den Eckrentner jetzt trotzdem als Beispiel, weil eine Niveausenkung natürlich alle Renten betrifft. Wie erwähnt, erhalten Eckrentner heute 70 Prozent ihres durchschnittlichen Einkommens und nach den aktuellen Vorschlägen von Walter Riester soll das Rentenniveau sogar auf unter 62 Prozent heruntergehen. Gleichzeitig sagt die Bundesregierung: „Davon kann natürlich kaum einer leben, und deshalb schlagen wir vor, mittelfristig 4 Prozent des Einkommens für eine private, zusätzliche Altersvorsorge anzuparen.“

Hier wiederholt sich das Muster, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Sozialstaat allein finanzieren sollen: Denn während die Beiträge zur gesetzlichen Rente von Arbeitnehmern und Arbeitgebern je zur Hälfte getragen werden, sollen die abhängig Beschäftigten die geplanten 4 Prozent für die private Altersvorsorge aus eigener Tasche zahlen.

Und dieses Modell, so es durchgesetzt wird, gilt auch für die anderen sozialen Sicherungssysteme. Zwar werden auch heute die von den Arbeitgebern zu zahlenden Rentenbeiträge letztlich von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erwirtschaftet. Aber es ist ein erheblicher Unterschied, ob sich die Arbeitgeber diesen Teil der Wertschöpfung als Profit in die Tasche stecken können oder ins Rentensystem einzahlen müssen.

Der geplante Systemwechsel hin zur privaten Altersvorsorge wird immer wieder damit begründet, dass ohne Reform die Sozialversicherungsbeiträge unerträglich ansteigen würden. Es gibt Prognosen des BMA, die ohne Rentenreform einen Rentenversicherungsbeitrag von 24 Prozent voraussagen.

Ich sage nur: 24 Prozent Rentenversicherungsbeitrag heiße 12 Prozent für die Arbeitgeber und 12 Prozent für die Arbeitnehmer.

Der Vorschlag von Walter Riester bedeutet jedoch, 11 Prozent für die Arbeitgeber und 15 Prozent für die Arbeitnehmer! Das heißt, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen mehr bezahlen als bisher und erhalten dafür aber ein niedrigeres gesetzliches Rentenniveau.

### Das ist Umverteilungspolitik von unten nach oben.

Zum Sparpaket habe ich etwas gesagt, zur Rentenreform habe ich etwas gesagt. Zum SGB III – dem Arbeitsförderungsrecht – sage ich nur soviel: Ich halte es noch nicht für ausgemacht, dass überhaupt eine SGB III-Reform kommen wird. Die Bundesregierung kündigt zwar immer an, eine SGB III-Reform vorlegen zu wollen. Allerdings wird dieses Reformvorhaben alle fünf Monate um sechs Monate verschoben.

Inhaltlich wird es beim SGB III insbesondere darum gehen, die Harmonisierung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu verhindern. Denn Harmonisierung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe heißt im Kern nichts anderes als die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe.

Darüber hinaus wird es sicherlich auch darum gehen, dass die bestehenden Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik nicht in repressive Elemente umschlagen. Es ist ja nichts dagegen zu sagen, dass Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Qualifizierungsmaßnahmen und Ähnliches erwerbslosen Kolleginnen und Kollegen angeboten werden. Diese Angebote sollten meines Erachtens sogar noch ausgebaut werden.

Die entscheidenden Fragen sind aber erstens, welche Qualität haben diese Maßnahmen inhaltlich; zweitens, wie werden sie bezahlt und drittens, was passiert, wenn die Betroffenen aus guten Gründen solche Maßnahmen ablehnen?

Das sind die eigentlichen Auseinandersetzungspunkte. Auch darauf werden wir sicherlich zu achten haben.

### Was tun?

Zum Schluß stellt sich natürlich immer die Frage, was können wir tun? Nach meinem Eindruck sind viele Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften, aber auch außerhalb der Gewerkschaften nach wie vor enttäuscht. Viele hatten gehofft, dass nach dem Regierungswechsel 1998 die Dinge nach vorne bewegt werden könnten. Jetzt herrscht der Eindruck vor, es entwickelt sich nach hinten und dieser Eindruck ist ja vielfach auch nicht falsch.

Ich meine, der erste wichtige Schritt ist, die Konzepte der neuen Bundesregierung zu diskutieren und unsere Einschätzungen auszutauschen – so wie wir es hier auf der Halbzeitkonferenz beginnen. Wo unterscheiden sich die neuen rot-grünen Konzepte von denen der alten Regierung? Wo sehen wir Gemeinsamkeiten?

Es ist wichtig, sich in gemeinsamen Debatten in dieser Frage Klarheit zu verschaffen. Mein Eindruck ist, viele von uns sind noch gar nicht so weit, und wir als IG Metall sind auch noch nicht so weit in der Frage, wie wir uns insgesamt positionieren sollten. Dies zeigt auch die aktuelle Rentenpolitik der IG Metall. Zwar bleiben wir nach wie vor bei den von uns inhaltlich formulierten Positionen. Aber wenn es dann ernst wird, dann scheuen wir immer noch Konflikte mit der Bundesregierung. Die Folgen sind meines Erachtens noch gar nicht absehbar. Die Enttäuschung vieler Kolleginnen und Kollegen ist groß: Erst formulieren wir inhaltliche

Gleichwohl ist der Versuch der Einbindung der Gewerkschaften charakteristisch für rot-grüne Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Positionen und kündigen Mobilisierung an, und wenn es dann ernst wird, tun wir uns aus Rücksicht auf die SPD schwer. Es entsteht der Eindruck, wir versuchten, über Kompromisse der Konfrontation auszuweichen.

Deswegen ist eine Veranstaltung wie diese ein guter Auftakt, um Probleme unserer Politik auszuwerten und daraus Konsequenzen zu ziehen.

Es bedarf vielleicht noch weiterer solcher Veranstaltungen und auch regionaler Veranstaltungen, bei denen diese Fragen insgesamt einen breiteren Kreis erreichen. Aus unserer Sicht ist es auf jeden Fall erforderlich, diese Debatte auch in den Gewerkschaften intensiv zu führen. Viele Kolleginnen und Kollegen haben die Einschätzung, dass sie eine bessere Bundesregierung als die jetzige in den nächsten zehn Jahre nicht bekommen werden. Ich glaube, dass sie mit dieser Einschätzung sogar Recht haben. Gleichwohl kann dies kein Grund sein, berechnete Kritik nicht vorzutragen und in der Gesellschaft für eine andere Politik zu mobilisieren.

Wir müssen als Gewerkschaften – wir als IG Metall fangen jetzt damit an – eine Zukunftsdebatte führen, in der wir auch die von uns heute erörterten Punkte diskutieren: Wie positionieren wir uns zum „Bündnis für Arbeit“, wie positionieren wir uns zur neuen Bundesregierung und zur SPD, und wie reagieren wir auf die Neubeurteilung des Verhältnisses der SPD zu uns von Seiten der SPD?

Wenn wir uns hier nicht zu größerer Klarheit durchringen und auch unsere eigene Politik auf die Gegebenheiten einstellen, dann wird die Mobilisierungskraft immer weiter abnehmen. Dies hätte erhebliche negative Konsequenzen für unsere Organisation und die Gewerkschaften im Allgemeinen. Deshalb müssen wir uns nun schnell an die Aufarbeitung der Kernfragen machen und Konsequenzen ziehen.

spw

<sup>1</sup> Rede zur Konferenz am 6. September 2000 im DGB-Haus Köln (SPW-Leser/innenforum Rheinland)

## Das bewusstlose Projekt

Die rot-grüne Katalyse des deutschen Parteiensystems

Von Arno Klönne

**A**ufbau und Stabilisierung der parlamentarischen Demokratie in Westdeutschland nach dem Untergang des „Dritten Reiches“ haben sich, bedenkt man die 1945 gegebenen historischen Voraussetzungen, erstaunlich erfolgreich vollzogen. Diese Erfolgsgeschichte des Politiksystems der Alt-Bundesrepublik war bestimmten konstruktiv wirkenden Faktoren zu verdanken, die sich in knapper Form so beschreiben lassen:

Zwar hatte für den Zusammenbruch des totalitären nationalsozialistischen Systems eine innerdeutsche Opposition oder gar revolutionäre

Bewegung keine Rolle gespielt (anders als beim Bruch mit dem deutschen Obrigkeitsstaat 1918), aber die Resultate des antidemokratischen Regimes waren 1945 so eindeutig desaströs, dass eine neue,

„westliche“, Staatsform bei der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung Kredit erhielt.

Dass ein Teil der Bevölkerung sich aus der Politik zurück zieht, kann für die politische Klasse etwas durchaus Beruhigendes haben

### Historische Eckpfeiler des Projekts BRD

Diesen konnte sie vor allem aus zwei Gründen nutzen und einlösen: Erstens verband sich mit dem neuen politischen System schon nach wenigen Jahren ein erstaunlicher wirtschaftlicher Erfolg mit angenehmen sozial-materiellen Effekten für die Masse der BürgerInnen; zweitens



Foto: Christian Kiel (Berlin)

entwickelte sich in der Alt-Bundesrepublik eine feste Struktur kollektiver sozialer Absicherung, die in ihrem sozial ausgleichenden Charakter gesellschaftlich einen Grundkonsens sicherte und im internationalen Vergleich ein besonders hohes sozialstaatliches Niveau bedeutete. Dieser „rheinische“, d. h. sozial-regulativ gebändigte Kapitalismus entsprach gewiss nicht weiter gehenden sozialistischen Vorstellungen aus der Tradition der Arbeiterbewegung, aber er knüpfte in seiner Praxis an wichtige Teile derselben an und wurde für die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften weitgehend identifikationsfähig.

Sozioökonomisch und ideologisch stellte der „historische Kompromiss“ in Sachen Kapitalismus und Sozialstaat den Boden bereit, auf dem der zweite Versuch einer parlamentarischen, von der Bevölkerung getragenen und akzeptierten Demokratie in der deutschen Geschichte gelang. Entscheidend dafür war eine informelle „Große Koalition“ zwischen den beiden großen Volksparteien, die – trotz zuweilen heftiger Kontroversen in anderen Politikfeldern – die Grundfragen sozialer Regulierung der kapitali-

Prof. Arno Klönne, lebt in Paderborn

stischen Dynamik betraf, was Konflikte über das Ausmaß und die Konkretion von Sozialstaatlichkeit keineswegs ausschloss.

Die damalige Systemkonkurrenz, d. h. die Konfrontation mit der anderen Sozialstaatlichkeit der staatssozialistischen Länder trug zweifellos dazu bei, dass in Westdeutschland ein ungehemmter Kapitalismus auch von weiten Teilen der Unternehmerschaft nicht für vorteilhaft gehalten wurde; zudem trug der hohe Grad von organisierter Kooperation zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Westdeutschland zur Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen der Bundesrepublik im sich aufbauenden Weltmarkt bei.

Welchen Druck dieser „historische Kompromiss“ ausübte, wird daran deutlich, dass auch die liberale Partei sich zuweilen zum Sozialstaat bekannte. Neoliberale Wirtschaftskonzepte traten in der Bundesrepublik, verglichen mit anderen westlichen Gesellschaften, verspätet und zunächst nur zaghaft auf.

Auf diese Weise erhielt zwischen den 50er und den 70er Jahren des inzwischen vergangenen Jahrhunderts die Parteiendemokratie eine ziemlich solide Grundlage. Die Bevölkerung gewöhnte sich an die Konkurrenz von zwei Großparteien und einer kleineren Partei, ausgetragen vor allem in außenpolitischen, in rechtspolitischen, auch in sozialpolitischen Fragen, zugleich aber im Antagonismus begrenzt durch die in einem breiten Spektrum vorhandene Übereinkunft, dass kollektive soziale Sicherung notwendig und soziale Polarisierung zu vermeiden sei. Die starke und institutionalisierte Einflussposition der Gewerkschaften bildete eine wichtige Stütze dieses Politiksystems. Ein bisschen mehr (die SPD) oder ein bisschen weniger (die Unionsparteien) waren die beiden großen politischen Lager auf die Berücksichtigung gewerkschaftlicher Konzepte gewohnheitsmäßig eingestellt.

### Die Veränderung der politischen Landschaft

Diese Konstellation wurde in den 80er Jahren brüchig. Dabei wirkten verschiedene Faktoren zusammen: In der Nachfolge der Studentenbewegung und mit dem Auftreten einer neuen „grünen“ Partei traten sogenannte „postmaterialistische“ Politikeinstellungen auf, forciert auch durch den Wechsel der Generationen. Unter der begrifflich eher dubiosen Marke „Postmaterialismus“ waren und sind höchst unterschiedliche politische Inhalte zu finden, die – wie inzwischen deutlich geworden ist – von dem Primat der Ökologie bis zur neoliberalen Abneigung gegenüber gewerkschaftlichen Positionen reichen. In der Entwicklung politischer Mentalitäten bringt dieser „Postmaterialismus“ zumeist ein Desinteresse an der „sozialen Frage“ mit sich, zu weiten Teilen auch die Vorstellung, der Staat solle sich aus der Regulierung des wirtschaftlich-sozialen Lebens tunlichst heraushalten.

Daneben hat sich – nicht nur in der FDP – ein mentaler Trend entwickelt, der Modernisierung als eine robuste wirtschaftliche Konkurrenz der Individuen versteht, als Trennung von herkömmlichen kollektiven Strukturen sozialer Sicherung, als Abschied vom Versorgungsstaat, im Interesse der „Leistungsträger“. Hier gibt es durchaus Berührungspunkte zum „Postmaterialismus“.

Im gleichen Zuge entwickelte sich ein „Sozialdarwinismus von unten“ auf der Verliererseite der Modernisierung, der naheliegenderweise auf zivilgesellschaftliche Umhüllung verzichtet und bei älteren Generationen eher resignative, bei der jüngeren aggressive Formen hat. Was die Parteiendemokratie angeht, ist hier die nachhaltige

Distanzierung typisch, während „Postmaterialisten“ und neoliberale „Leistungsträger“ dazu neigen, von Fall zu Fall und ohne langfristige Bindung für diese oder jene Partei zu optieren.

Selbstverständlich handelt es sich bei alledem nicht um frei schwebenden Mentalitätswandel, sondern um eine Entwicklung, die mit Veränderungen der Sozialstruktur zusammenhängt, mit dem Bedeutungsrückgang der alten Industrien, der Erosion des „Normalarbeitsverhältnisses“, der Individualisierung von Erfahrungen am Arbeitsplatz. Dass gewerkschaftliche Organisation für die nachrückenden Generationen an Stellenwert – subjektiv – verliert, ist im selben Kontext zu erklären.

Für kurze Zeit, am Ende der Regierungszeit von Helmut Kohl, schien es so, als würde sich noch einmal eine Politisierung der überkommenen Parteiendemokratie herausbilden, und zwar bestimmt durch die Frage nach dem Wegfall oder dem Erhalt der sozialstaatlichen Eigenschaften des deutschen Gesellschaftssystems. Die unionsgeführte Bundesregierung hatte dem Drängen der Unternehmerschaft, zugunsten der Gewinnmaximierung im internationalen Finanzmarkt agierender Aktiengesellschaften sozialstaatlichen „Ballast“ abzuwerfen, immer mehr nachgegeben. Die Opposition, angeführt von der SPD, schien demgegenüber eine Perspektive zu bieten, wie Modernisierungspolitik mit der grundsätzlichen Beibehaltung des „Rheinischen“ am deutschen Kapitalismus verbunden werden könne.

Exakt diese Erwartung brachte der Opposition den Erfolg über Helmut Kohl, wobei im sozialdemokratischen Wahlterrain zum Teil die Meinung weit verbreitet war, auch eine sozialdemokratisch geführte Große Koalition sei geeignet, das deutsche sozialstaatliche Modell reformerisch aufrecht zu erhalten und weiter zu führen. Dort, wo ein „rot-grünes Projekt“ erhofft wurde, lag darin die Idee einer Alternative zum Neoliberalismus.

### Die Abschaffung des „Politischen“

Die tatsächliche Entwicklung ist anders verlaufen. In der gegenwärtigen Parteienlandschaft ist die Thematik, die bei der letzten Bundestagswahl ausschlaggebend war, als Ort des gesellschaftlichen Konfliktes und Diskurses nicht mehr auffindbar. Sieht man von der PDS ab, die aus historischen Gründen wohl kaum die richtige Partei ist, Substanzerhaltung und Methodenreform des „rheinischen Kapitalismus“ als ihr Thema zu vertreten, so repräsentiert derzeit keine Parlamentspartei in der Bundesrepublik die Idee eines modernisierten Sozialstaates. In der SPD wie in den Unionsparteien und in geringerer Zahl auch bei den Grünen und in der FDP gibt es sozialpolitische Traditionalisten, die – zumeist auf dieses oder jenes Klientelumfeld bezogen – sozialstaatliche Reste retten möchten, woraus aber kein ordnungspolitischer Diskurs oder Entwurf hervor geht; mehrheitlich aber herrscht in der Praxis all dieser Parteien die immer mehr zur Doktrin werdende Meinung vor, die Eigendynamik der Kapitalverwertung, zumal die globalisierte, lasse eine sozial gestaltende Funktion der Politik strukturell nicht mehr zu, es komme also nur noch darauf an, durch einen günstigen Platz im internationalen wirtschaftlichen Wettbewerb sich Spielraum für materielle Konzessionen ans wählende Publikum zu verschaffen.

In dem Maße, in dem die Politik das „Rheinische“ am deutschen Kapitalismus fallen läßt, zerfällt auch die historische Parteiendemokratie.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Die Tatsache, dass ein Teil der Bevölkerung sich aus der aktiven oder passiven Teilnahme an der Politik zurück zieht und die Wahlbeteiligung im Gesamttrend zurück geht, kann da für die politische Klasse etwas durchaus Beruhigendes haben. Störungen des personalisierten und telekratisch geführten Spiels um Einfluss und Positionen sind so weniger zu befürchten; es sind ja meist die Unzufriedenen, die sich aus der Parteiendemokratie verabschieden.

Wie weit die Parteiführungen von dem Gedanken, Parteipolitik solle dem Problembewusstsein und der Willensbildung der BürgerInnen ernsthaften Ausdruck verschaffen, abgerückt sind, läßt sich für die Sozialdemokratie am Beispiel des Blair-Schröder-Programmpapiers erkennen. Dieses wurde ohne demokratische Legitimation und ohne Beteiligung der Basis der Partei rasch in die Welt gesetzt und zur epochemachenden Aussage hochgelobt – und es verschwand ebenso rasch wieder in der Versenkung, nachdem es sich beim Politmarketing als schwer verkäuflich erwies. Mit einem Prozess der Kommunikation über Probleme und Alternativen gesellschaftlicher Entwicklung zwischen Wahlbevölkerung, Parteimitgliedschaft und Parteivorständen wird offenbar gar nicht mehr gerechnet.

Als Kompensation dafür werden Möglichkeiten diffuser und kurzatmiger Stimmungsartikulation angeboten, etwa innerparteiliche Personen-„Plebiszite“. Diese neuen Methoden des Managements der Parteiendemokratie setzten sich in schnellem Tempo durch. Einerseits passen sie sich einem Zeitgeist an, der längerfristige Bindungen als zu belastend empfindet und flexible, marktförmige soziale Verkehrsformen vorzieht; andererseits geben sie dieser Tendenz eine neue Qualität, lassen sie über die private Sphäre hinauswachsen in den Raum gesellschaftlicher Orientierung.

Plausibel ist, dass die demokratische, über Parteien und Parlamente sich vollziehende Gestaltung einer sozialen Ordnung ein nachhaltiges Problembewusstsein bei BürgerInnen, einigermaßen konturierte Alternativen bei der Problemlösung und strapazierfähige Werthaltungen für die Realisierung von Zukunftsentwürfen voraus setzt.

Es geht dabei nicht um ein wirklichkeitsfremdes Idealbild von Demokratie, sondern um bescheidene funktionale Bedingungen. Eben diese verflüchtigen sich derzeit, ziemlich lautlos, so dass ihre Abwesenheit nicht zur massenmedialen Sensation wird. Die Anwesenheit von schwarzen Parteikassen hat es da leichter, öffentliche Aufmerksamkeit zu gewinnen.

Was von vielen aktiven Mitgliedern der SPD (gewiss nicht allein) und der Grünen als „rot-grünes Projekt“ gedacht war, als Entwurf für eine spezifische, soziale und ökologische Perspektive von „nachindustrieller Gesellschaft“, ist nun zu einer Passage in ein anderes Politiksy-

stem geworden, in dem ganz generell gesellschaftspolitische Projekte keine Bedeutung mehr für Parteien haben, vielmehr Politik (nach einer Formulierung von Gerhard Schröder) als „Geleitschutz für die Wirtschaft“ verstanden wird. Nahezu reibungslos vollzieht sich dieser Übergang, weil er eben nicht als „Putsch“ der wirtschaftspolitischen Standortkommandeure, auch nicht als „Verschwörung“ neoliberaler Politiker zustande kam, sondern als sozusagen bewusstloses Projekt der Abschaffung politischer Projekte.

### Vor dem Ende des „Rheinischen“?

Zur Reibungslosigkeit trägt auch bei, dass die rot-grüne Bundespolitik, nach anfänglichen Schwierigkeiten, inzwischen ihre Sache effizient betreibt und tüchtige Leute (einige jedenfalls) vorzuweisen hat, während die große Oppositionspartei immer noch nicht weiß, wie sie ohne Helmut Kohl auskommen soll.

Es hat seine Logik, dass die Umwandlung der Parteiendemokratie in einen Wirtschaftsstaat mit konkurrierenden Dienstleistungsagenturen nicht von einer CDU/CSU/FDP-Koalition, sondern von einem rot-grünen Regierungsbündnis vollendet werden konnte und die Sozialdemokratie bei diesem Vorgang dafür zu sorgen hat, dass nicht zuviel Grausamkeit gegenüber der Arbeitnehmerbevölkerung auftritt; an ärgerlichen Reibungsverlusten ist niemandem gelegen.

Nach der Gründung der Bundesrepublik hatte sich in Westdeutschland eine Parteiendemokratie etablieren können, die – bei allen Schwächen – ideengeschichtlich die deutsche Wende hin zu einem freiheitlichen Politikverständnis brachte. Die Westdeutschen lernten, die Konkurrenz zwischen den Parteien als einen Prozess zu verstehen, in dem ohne Vernichtungswillen gegenüber dem politischen Gegner Konflikte um die gesellschaftliche Gestaltung, um gesellschaftliche Weichenstellungen und Einflussgrößen ausgetragen wurden und Werthaltungen sich herausbildeten, die die Politik prägen konnten.

Es gibt keinen Grund, die nun untergehende Politikform zu glorifizieren, aber sie hatte einige Qualitäten, die wohl erst richtig sichtbar werden, wenn sie nicht mehr vorfindbar sind. Die heutige Konkurrenz der deutschen Parteien enthält nicht mehr jene Kontroversen um die Außenpolitik, die Deutschlandpolitik und die Wehrpolitik, die zwischen den 50er und 70er Jahren den politischen Diskurs bestimmten. In dieser Hinsicht erscheint das Terrain konfliktfrei; was freilich überhaupt nicht heißt, dass da keine Probleme bestünden.

Diese kommen jedoch in den Parlamentsparteien nicht zum Vorschein, jedenfalls nicht in ihrer realen Dramatik – auch nicht in der PDS.

Die altrepublikanische Parteiendemokratie lebte aber auch aus jener Verbindung vom Konsens und Konflikt in Sachen Sozialstaat, aus der das besondere westdeutsche Gesellschafts-„Modell“ hervor ging. Die Ausgestaltung der sozialen Ordnung durch die Politik, als eigener Auftrag und nicht als Dienstleistung für Unternehmen und Finanzmarkt definiert, bildete den Kern der Parteiendemokratie, auch der Interaktion zwischen dem politisch interessierten Teil der Bevölkerung und den Parteien.

In dem Maße, in dem die Politik auf die Souveränität des Sozialen gegenüber dem Ökonomischen verzichtet, also das „Rheinische“ am deutschen Kapitalismus fallen läßt, zerfällt auch die historische Parteiendemokratie. Gelegentliche Gedenkveranstaltungen der einen oder anderen Partei werden daran nichts ändern.

spw

**spw:** Du bist schon sehr lange im politischen Geschäft, welche Bedeutung hat für Dich das Projekt Rot-Grün aus historischer Perspektive, das ja als Reformprojekt angetreten war?

**Peter von Oertzen:** Ich muss dazu vorweg bemerken, dass das rot-grüne Projekt wie es sich jetzt nach den Wahlen von 1998 abgezeichnet hat, für mich mit dem ursprünglichen rot-grünen Projekt, wie ich es in den 80er und 90er Jahren noch selbst verfolgt habe, nur noch wenig zu tun hat. Für mich war früher das rot-grüne Projekt, als die Sozialdemokratie noch eine absolute Mehrheit der Wähler mobilisieren konnte, die denkbare politische Konstellation für eine ökologisch und sozialdemokratisch tiefgreifende Reformpolitik. Von dem jetzigen reinen Parteienbündnis zwischen der real existierenden Sozialdemokratie und den real existierenden Bündnis-Grünen habe ich mir dann so gut wie nichts mehr erwartet. Im Gegenteil bin ich eigentlich eher angenehm überrascht, dass schlimme Erwartungen über einen Neoliberalismus mit menschlichem Antlitz, die ich gegenüber Schröder und Joschka Fischer gehabt habe, sich in der krassen befürchteten Form, nicht erfüllt haben.

### Erwartungen aus historischer Perspektive

Wenn ich aber noch einmal historisch referiere, was mir damals noch vor den Wahlen 1994 als objektive Möglichkeit vorgeschwebt hat, aber auch 1990 mit Oskar Lafontaine als Spitzenkandidat, bevor die Vorbereitungen auf die Wahlen in der deutschen Vereinigung untergegangen sind, dann war es für mich die Vorstellung einer reformorientierten neuen Arbeitnehmerpolitik. Das Konzept, was jetzt als „neue Mitte“ übrig geblieben ist, war damals als das Eingehen auf die Bedürfnisse und die Möglichkeiten derer verstanden worden, was Prof. Michael Vester als neue Arbeitnehmermitte bezeichnet hat. Diese neue Arbeitnehmermitte steht nach Vester und mir im Erbe der alten Facharbeitertradition, d.h. es handelt sich um eine Kerngruppe der Arbeitnehmerschaft, die in der Lage wäre, objektiv eine führende Rolle in der ArbeitnehmerInnenbewegung einzunehmen. Dazu habe ich selbst übrigens in der SPW die gesellschaftlichen Grundlagen einer solchen Politik skizziert. Ich ging davon aus, dass es sich von der Wählerschaft bei den Bündnis-Grünen um eine Partei von spezifisch modernen Arbeitnehmerschichten handle. Dass die Grünen aber objektiv eine Arbeiterpartei waren, nicht aus eigener Sicht oder ihrer Kader, habe ich schon seit Anfang der 80er Jahre vertreten. Es ging dabei um ein Projekt mit prinzipiell antikapitalistischer Stossrichtung. Diese Erwartungen einer Politik mit antikapitalistischer Stossrichtung waren wahrscheinlich schon damals gemessen an der Wirklichkeit der real existierenden SPD und der real existierenden Grünen eine Illusion. Heute ist sie völlig unrealistisch. Ich habe also dem Projekt Rot-Grün in der Gestalt der Koalition von 1998 überhaupt nicht die geringsten Erwartungen entgegen gebracht, ich hatte aber noch Schlimmeres erwartet.

**spw:** Du hast ein Resümee ja schon gezogen: Neoliberalismus mit menschlichem Antlitz. Wie beurteilst du vor diesem Hintergrund die Praxis der Rot-Grünen Regierung, lässt sich ein Zwischenergebnis ziehen?

**Peter von Oertzen:** Ich will das 'mal an einigen der wichtigsten Projekte erörtern. Wenn ich jetzt sage, ich habe nicht mehr erwartet, sondern stelle allenfalls den Versuch fest, im gegebenen kapitalistischen Rahmen die Interessen einer Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung insbesondere von Kerngruppen der Arbeitnehmerschaft wirkungsvoller zu vertreten als in dem konservativem Projekt der Regierung Kohl, vor allem in seiner Ziel- und Perspektivlosigkeit in den letzten

# Die Mitte, die ich meine...

Zum rot-grünen Projekt und seiner Zukunft

*Interview mit Peter von Oertzen\**

Jahren, dann kann ich eine Reihe von nicht optimalen aber passablen Lösungen feststellen. Ich zähle sie nacheinander einmal auf:

### Von der Energiepolitik...

Der Atomausstieg ist so zustande gekommen, dass unter schwierigen Bedingungen eigentlich der Kompromiss mit der Energiewirtschaft unter den bestehenden Bedingungen einigermaßen gelungen ist. Man kann ihn für indiskutabel halten, Er war rein rechtlich und verfassungsrechtlich außerordentlich riskant und sehr komplex.

Zweifel habe ich gegenüber der allgemeinen Energiepolitik oder Energiewirtschaftspolitik. Man müsste meiner Meinung nach über das sogenannte 100.000 Dächer-Programm hinaus die Förderung alternativen Energien verstärken.

**spw:** Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist schon sehr weitreichend, das bestätigen auch die Verbände.

**Peter von Oertzen:** Das lasse ich mir gerne sagen, ich muss nur hinzufügen, dass auf dem Gebiet der Energiewirtschaft die Marktwirtschaft mit der Loslösung der Energiewirtschaftsunternehmen von den politischen Rahmenseetzungen der Vergangenheit völlig unsinnig ist. Die Marktwirtschaft ist dann sinnvoll, wenn sie durch die Produktion Konsumgüter für den Normalverbraucher zur Verfügung stellt, d. h. damit durch eine Mehrzahl von billig gewordenen Konsumgütern den materiellen Lebensstandard des Konsumenten steigert. Das ist für den Energieverbrauch eine völlig absurde Zielsetzung. Die gesellschaftliche und ökologische Zielsetzung bedeutet aus vielerlei Gründen, insgesamt den Energieverbrauch zu senken. Im Augenblick rechnet sich die Regierung aber als Verdienst an, dass die Energiepreise und die Strompreise insbesondere gesunken sind. Das fördert aber den Verbrauch und senkt ihn nicht und der Kampf um die Erhaltung der Stadtwerke als Hebel für eine mögliche gemeinwohlorientierte ökologische Wirtschaftspolitik schwindet. Man müsste mit äußerster Energie etwa die dezentralisierte Kraftwärmekoppelung forcieren. Ähnliches gilt auch für das ökologisch zentrale Problem der Verkehrspolitik, auch hier ist marktwirtschaftliche Konkurrenz im Einzelfall sinnvoll z. B. dass die Bahn angehalten wird kundenfreundlicher zu sein. Zu glauben, dass mit der Konkurrenz zwischen Bahn und Straße das optimale Ergebnis heraus kommen könnte, ist eine völlig idiotische Annahme. Es bedeutet, dass praktisch natürlich die Konkurrenz am Ergebnis gemessen wird. Die Bahn soll mit einem Plus abschließen, Gewinne er-

Der „linke“ Teil der grünen Wähler steht dem „linken“ Teil der SPD Wähler näher als jeder dem jeweiligen Mehrheitstrend ihrer eigenen Partei.

*\*Peter von Oertzen ist Mitherausgeber der spw, Professor für Soziologie, langjähriges Mitglied im SPD-Parteivorstand, Minister a.D., lebt in Hannover. Das Interview für spw führte Stefan Schostok*

zielen oder mindestens keine Verluste. Aus einer solchen Konkurrenz, die sich nach dem Grundsatz der Marktwirtschaft richtet, kann eine ökologisch orientierte soziale Verkehrspolitik nicht hervorgehen. Versuche, den Güterverkehr von der Strasse auf die Schiene zu verlegen, scheinen bisher misslungen, wenn sie denn überhaupt unternommen worden sind.

#### zur Steuerpolitik...

Die gegenwärtige Politik der Steuersenkung ist natürlich immer populär. Die grundlegende Forderung einer allgemeinen Vereinfachung des Modells ist nicht gelungen. Ich glaube es war auch gar nicht beabsichtigt. Man kann das als Vorbild betrachten, dass natürlich extrem kapitalfreundliche Steuerreformen auch ganz einfach sind, z.B. wie das amerikanische Modell, mit einer Einheitssteuer von 15- oder 20%. Das stellt für die Besserverdienenden und die Kapitalgesellschaften einen Erleichterung dar, verstärkt aber insgesamt nur die Ungerechtigkeit. Das Stopfen der Steuerschlupflöcher scheint mir im gewissen Umfang ganz erfolgreich betrieben worden zu sein. Es scheint mir einer der Gründe zu sein, dass in den letzten Jahren abgesehen von der beschleunigten Konjunkturentwicklung die Steuereinnahmen gestiegen sind. Außerdem bestehen mit der Steuerfahndung

Eine unabhängige demokratische Linke könnte sich nur entwickeln, wenn hinter ihr eine sich erneuernde kämpferische Gewerkschaftsbewegung entstünde.

gute Ansätze. Da sind auch die Länder aktiv, weil sie von den Steuereinnahmen profitieren. Ich bin schon dafür, dass der Abbau der Verschuldung beim augenblicklichen Schuldenstand der öffentlichen Hand eine Art Vorrang genießt – ich weiß zwar dass es ökonomische Ein-

wendungen geben wird. Wenn es in einer Verbindung mit einer Beeinträchtigung der Binnennachfrage steht, hat man sicher Recht, aber im Prinzip habe ich selbst immer noch als Politiker erlebt wie die Handlungsfähigkeit der Politik unter der zunehmenden Last der Zins- und Tilgungszahlungen erwidert wird.

#### Zur Sozialpolitik...

Und nun will ich auf zwei Schwerpunkte der Gesellschaftspolitik kommen, die erst im Anfang der Behandlung sind und die mir von zentraler Bedeutung zu sein scheinen: die Sozialpolitik und zum anderen die Novellierung des Betriebs-

verfassungsgesetzes, d. h. also die Umstrukturierung der unternehmerischen und teilweise auch der betrieblichen Mitbestimmung.

Zur Sozialpolitik vorweg, es ist im höchsten Grade bedenklich, dass diese Regierung, eigentlich mehr oder weniger kritiklos das Feld denjenigen gelassen hat, die auf der linken, auf der traditionalistischen Linken der Meinung sind, es soll im Grunde alles beim Alten bleiben. Das geht natürlich aus vielerlei Gründen nicht, aber die Behauptung der Sozialstaat sei nicht mehr bezahlbar mit Hinweis auf die Vereinigten Staaten von Amerika, die nie einen Sozialstaat in der Form wie wir gehabt haben, ist natürlich völlig unsinnig. Die Sozialquote ist trotz mancher neoliberaler Reform in Schweden z. B. immer noch sehr viel höher als bei uns und die Sozialleistungen sind umfassender.

#### Zur Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik...

Trotzdem sind auch unter Anlehnung kapitalistischer neoliberaler Maßstäbe die Volkswirtschaften dieser beiden Länder durchaus konkurrenzfähig. Wenn es gelänge, den Abbau der Arbeitslosigkeit zu befördern und Gerhard Schröder hat gesagt, seine Regierung werde am Ende der ersten Legislaturperiode an ihren Erfolgen beim Abbau der Arbeitslosigkeit gemessen werden, dann sinkt natürlich der Druck auf der finanziellen Seite des Sozialsystems. Er wird das Glück haben, dass die Konjunkturentwicklung, die kein Verdienst der Rot-Grünen Regierung ist, ihm diesen Erfolg beschert, ähnlich wie natürlich der Erfolg der Regierung Clinton auch der Erfolg von Entwicklungen war, die er klugerweise nicht behindert hat. Es ist völlig klar, dass wenn Beamte und Selbständige in die soziale Sicherung einbezogen werden, außerdem die Bemessungsgrenze erheblich erhöht würde, dann wird die Basis verbreitert. Es ändert natürlich nichts daran, wenn nur noch zwei in Lohn und Brotstehende Arbeitnehmer für einen Rentner zahlen müssen, wenn eine durch die demografische Entwicklung zunehmende Zahl von alten Menschen mit überproportionalen Kosten für Krankheit und Rehabilitation zu versorgen sind, die Verhältnisse schwieriger sind, als wenn ein Rentner auf zehn Arbeiter kommt und den meisten Arbeitern sowieso vor dem Antritt der Rente in den Ruhestand gehen müssen, dass die Qualität der damaligen Leistungen sowohl für die Rente als auch die Krankenversicherung natürlich heutigen Maßstäben nicht mehr entsprechen. Was nun die Rente anbetrifft hat der DGB aus dem ursprünglichen Riesterschen Konzept einige Giftzähne gezogen, aber keineswegs alle. Im übrigen beruht die gesamte Diskussion über die sogenannten Lohnnebenkosten meiner Meinung nach auf einer unsinnigen Unterstellung, dass die Lohnnebenkosten und ihre Höhe speziell in Deutschland die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Ökonomie in der europäischen Welt beeinträchtigt. Entscheidend sind die Lohnstückkosten, d. h. also wenn die hohen Sozialkosten durch hohe Produktivität wettgemacht wird und das ist in Deutschland der Fall, dann kann von einer Beeinträchtigung der Konkurrenzfähigkeit überhaupt keine Rede sein. Allenfalls ist das Problem der Lohnnebenkosten für kleine und mittlere Unternehmungen, Handwerksbetriebe, Einzelhandelsgesellschaften, die unter der mörderischen Konkurrenz der großen Handelsketten stehen, die also sowieso am Rande der Grenzkosten agieren, von Bedeutung. Wenn man die entlasten will, was ich aus sozialen und ökonomischen Gründen für sinnvoll halte, weil sie immer noch einen erheblichen Teil der Auszubildenden übernehmen und eine große gesonderte Leistung damit erbringen, dann soll man sie direkt über steuerliche Subventionen stärken, aber nicht an den sogenannten Lohnnebenkosten dre-

**VERSION 2000**

# INFO LINKS

DIE ARCHIV CD-ROM (1995 BIS DEZEMBER 1999)

**Recherchieren in den  
Texten von neun  
Publikationen  
(über 53.000 Artikel):**

**Infos unter: [www.infolinks.de](http://www.infolinks.de)**

|   |   |
|---|---|
| <p><b>ak – analyse &amp; kritik</b> (bis April 99)<br/><b>Geheim</b><br/><b>Bürgerrechte &amp; Polizei / CILIP</b><br/><b>Antifaschistische Nachrichten</b><br/><b>POONAL</b></p> | <p><b>Lateinamerika Nachrichten</b><br/><b>Links</b> (bis Februar 97)<br/><b>junge Welt</b> (ab 22.5.97)<br/><b>ila – Zeitung der Informationsstelle</b><br/><b>Lateinamerika</b> (ab 1996)</p> |
|---|---|

Systemvoraussetzungen: Windows ab 3.1, NT ab 3.51, min. 8 MB RAM, CD-Laufwerk

Preis: 49,- DM (29 DM Update – für alle, die die vorherige Version besitzen)  
Preis incl. MwSt., zzgl. 5 DM Porto / Verpackung).  
Bestellung per Vorkasse (54,- DM bzw. 34,- DM per Scheck/bar) bei:  
Info Pool Network, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin, Tel. 030/53 602222

hen. Wenn man die Lohnnebenkosten senkt, senkt man das Niveau der gesamten Sozialversicherung.

### Einige deutliche Worte zur Rentenreform

Und was nun die Rente anbetrifft, handelt es sich nur beim kompletten Riesterischen System um einen Taschenspielertrick, der fast an Volksbetrug grenzt. Das Niveau der gesetzlichen Rente soll auf nicht mehr als 64 Prozent gesenkt werden, nur ein Teil der Rentner und Rentnerinnen bekommt die gesetzliche Höchstrente auf Grund ihres beruflichen Werdeganges. Das was zu 67 oder 70 Prozent des letzten Verdienstes fehlt, also an der vollen Aufrechterhaltung des Lebensstandards, soll durch eine private Pflichtzusatzversicherung ausgeglichen werden. Dagegen protestieren die Gewerkschaften mit Recht. Wie ich das beim DGB und bei einem Teil der Gewerkschaften einschätze werden sie da in die Knie gehen. Ich fürchte, das wird voll und ganz den Arbeitnehmern zur Last gelegt, so dass es in Zukunft nicht mehr bei Rentenzahlungen von 22 Prozent des Bruttolohns in Zukunft 26 Prozent sein werden, wobei aber 11 % der Arbeitgeber zahlen wird und 15 % die Arbeitnehmer. Dagegen protestieren die Gewerkschaften mit Recht. Wie ich das beim DGB und bei einem Teil der Gewerkschaften einschätze werden sie da in die Knie gehen. Dazu kommt, dass diese staatlich garantierte Pflichtversicherung zusätzlich zur gesamten Rentenversicherung natürlich nur von den großen Versicherungskonzernen und ihren Tochtergesellschaften wahrgenommen werden kann. Das bedeutet für die Versicherungskonzerne bei den einströmenden Mengen, den Prämien von Hunderten und Aberhunderten von Milliarden eine Lizenz zum Gelddrucken und zwar speziell für die besonders großen und leistungsfähigen Konzerne. Die Kleinen, die sich vielleicht gerade noch als Ersatzkassen in der Krankenversicherung behaupten können, würden sich in der Rentenversicherung nicht behaupten können. D. h. wenn man dem überhaupt noch ein zweite Säule neben einer Basisversicherung in Form einer pflichtmäßigen Zusatzversicherung errichten wollte, dann müsste man meiner Meinung nach auch dieses System paritätisch in Form öffentlich und öffentlich kontrollierter Form einrichten und dann müssten die Arbeitgeber auch ihren Anteil leisten. Dann wären sie an dieser Lösung nicht mehr interessiert, das wäre ganz klar. Im übrigen berücksichtigt dieses Rentenmodell nicht, dass die Erwerbsbiographien für ein Rentenmodell, an dem am Ende gewissermaßen das Resümee des gesamten Berufslebens gezogen wird, dieses Endergebnis immer fragwürdiger werden lässt. Die Erwerbsbiographie von Frauen ist im Grunde immer brüchiger und in einigen Jahrzehnten wird nur noch ein kleinerer Teil der Rentner überhaupt nur die gesetzlich abgesegnete Rente von 64 % erreichen. Der Durchschnitt wird viel tiefer liegen. Er wird sich weiter von der Höchstrente entfernen, dann nähern sich die öffentlich gesetzlichen Rentenversicherungen dem Sozialhilfesatz. Das wird überhaupt nicht berücksichtigt. Die Familienkomponente, das wird demagogischerweise von der CDU insbesondere angemahnt und nicht die spezielle Situation der spezifischen Frauenerwerbsbiographien wird berücksichtigt. Dieses Rentenkonzept hinkt auf allen vier Beinen.

Zum Betriebsverfassungskonzept wird man im Augenblick noch nichts sagen können, weil im Moment noch keine Entwürfe vorliegen. Es liegt der Entwurf des DGB vor. Ich fürchte, dass er bei dieser Regierung nie Gesetz werden wird. Man muss abwarten, wie der Entwurf der Regierung aussehen wird.

Neues Problem sind die Betriebsformen, ich nenne nur als ein besonders krasses Beispiel die Leiharbeit, aber auch

andere kleine Unternehmungen, die durch Outsourcing entstehen und mit größeren Zusammenhängen, aber ihre eigenen Betriebsräte haben. Ich frage mich, worüber die überhaupt zu bestimmen haben. Angesichts dessen muss die Gründung von Betriebsräten überhaupt erleichtert werden. Dies führt merkwürdiger Weise bei besonders traditionellen und kämpferisch gesonnenen Gewerkschaftlern zu einem gewissen Missbehagen, weil sie fürchten, dass die Betriebsräte auf Teufel komm raus gegründet werden, ohne dass die Gewerkschaft selbst die treibende Kraft ist. Die Gewerkschaft würde erst kommen können, wenn der Betriebsrat existiert und versucht, die Betriebsräte an sich heranzuziehen.

### Sozialpartnerschaft heute

Auf der anderen Seite natürlich ist die Frage: wie steht es mit der klassischen Sozialpartnerschaft in der Gegenwart. Waffenstillstandsverträge, wenn man so will, sind unvermeidlich. Ohne die Möglichkeit Gegenmacht zu mobilisieren, kann aber auch die partnerschaftlichste Gewerkschaft nicht bestehen. Dann kommt sie unter den Schlitten, das ist also eine völlig falsche Alternative. Man müsste vom neuen Betriebsverfassungsgesetz erwarten, dass der gesetzliche Rahmen mindestens Gegenmachtstrategien möglich macht und sie nicht in ein Netz von Verpflichtungen zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit einbindet. Der Betriebsrat und die Gewerkschaft, die hinter dem Betriebsrat steht, muss die Möglichkeit haben, auch im Betrieb kämpferisch aufzutreten und sei es auch nur, um damit die Grundlage einer Partnerschaft auf der Basis einigermaßen gleicher Machtverhältnisse zu haben.

Es wird sich herausstellen, ob sowohl in der Rente als auch bei der Betriebsverfassung die neue Regierung doch halbwegs akzeptable Lösungen vorschlagen wird. Wenn ihr das nicht gelingt, dann wird sie auf die Dauer vielleicht angesichts der günstigen Konjunktur nicht heute und nicht morgen, aber vielleicht übermorgen und übers Jahr Schwierigkeiten mit den aktiven und kritischen Kräften in der Gewerkschaft bekommen.

### Die Grünen

**spw:** Deine Kritik bezog sich in den genannten Themenfeldern auf die gesamte Regierung. Meine Frage ist die nach der Rolle der Grünen. Du hast selber darüber geschrieben, die Grünen seien im doppelten, also im biographischen wie im politischen Sinne die Kinder der Sozialdemokratie, wie schätzt du sie heute ein?

**Peter von Oertzen** Das ist im Prinzip immer noch richtig, ich glaube aber das Verhältnis ist schon sehr komplex. Diese Feststellung betraf die grünen Wähler, nicht so sehr ihre im übrigen zahlenmäßig sehr geringen Kader, als Parteifunktionäre, Mandatsträger usw. Es gibt ja keine Partei, nicht einmal die F.D.P., in der das Verhältnis von Parteiaktiven und Wählerschaft so ungünstig ist, d. h. wo so viele Wähler auf so wenig aktive Parteifunktionäre und Parteiarbeiter treffen. In früheren Zeiten, als die Grünen sich noch als den politischen Arm der neuen sozialen Bewegung betrachteten hatten, war das uninteressant, aber die neuen sozialen Bewegungen zu Beginn und Mitte der 70er Jahre gibt es heute nicht mehr in dieser Form, und in soweit repräsentiert im Grunde der Parteikader der Grünen bis auf einige Ausnahmen im Grunde nur noch sich selbst. Die Grünen haben nicht wissen wollen, wer ihre Wähler eigentlich sind. Ein wenig herrschten auch ideologische Vorurteile: „Wir haben Ideale, wir brauchen keine Interessen“, was natürlich Unsinn ist, denn jede Partei muss Interessen vertreten und kann nicht nur die

Ideale der Idealisten an der Verwirklichung dieser Ideale vertreten. Die grünen Wähler sind Arbeitnehmerwähler, waren es und sind es zum Teil noch heute. Im übrigen ist unter den grünen Wählern der Anteil an Erwerbstätigen natürlich höher als bei jeder anderen Partei, vor allem deswegen, weil sie immer noch jünger im Durchschnitt sind und deshalb weniger Rentner zu ihren Wählern zählen. Es handelt sich bei den Arbeitnehmerwählern um jüngere modernere, mit einem höher qualifizierten Anteil in Angestelltenverhältnis, sowohl schulisch als auch fachlich höher qualifizierte Arbeitnehmer. Wenn man so will, repräsentieren die Arbeitnehmerwähler der Grünen den Arbeitnehmertypus der Zukunft, den von heute und morgen. Was die Herkunft anbetrifft und da beziehe ich mich auf die sehr komplexen detaillierten Untersuchungen unserer hannöverschen Untersuchungen von 1993, ergeben, dass ihrer Herkunft nach etwa ein Drittel aus bürgerlich liberalen Mittelschichten stammen: aus kleinbürgerlichen Arbeitnehmerschichten und zu einem Drittel auch aus einer echten politisch bewussten Arbeiter- und Arbeitnehmertradition. Ich habe festgestellt, dass die Gewerkschaftsmitgliedschaft unter den Eltern der grünen Wähler genauso hoch war wie die Gewerkschaftsmitgliedschaft unter den Wählern der sozialdemokratischen Wähler. Das ist außerordentlich interessant, wobei noch hinzukommt, dass natürlich die Elterngeneration der grünen Wähler eine ganze Generation im Durchschnitt jünger war als die Generation der sozialdemokratischen Wähler. Wir nehmen an, dass bei den Eltern der Grünen der gewerkschaftlich organisierte Anteil höher ist als bei den Sozialdemokraten. Ein weiteres Indiz ist die sogenannte Querpräferenz, d. h. die erste Präferenz grün, zweite Präferenz SPD und umgekehrt machen insgesamt 75 % bis 80 % der grünen Wähler aus. Insgesamt nur etwa 25 % bis 30 % der SPD-Wähler, aber 75 % bis 80 % der Grünen-Wähler. Bei den letzten Wahlen, die so sehr in die Geschichte eingegangen sind, haben wir beobachtet, dass offenbar ein Teil der zwischen Grünen und SPD stehenden Grünen-Wähler die Grünen wieder verlassen haben. Z. B. bei den hessischen Wahlen ist es eindeutig: da hat die SPD nicht verloren, aber die Grünen haben verloren und so ist damals die Mehrheit verloren gegangen. Außerdem ist bei den Grünen genau wie bei der Sozialdemokratie ein großer Teil der Wähler vor allem bei den verheerenden Kommunalwahlen in Nordrheinwestfalen im Frühsommer 1999 in die Wahlenthaltung gegangen. Bei der SPD sind die Wähler eher konservativ tendierende Wähler. Die überhaupt gewählt haben, sind vor allem die angestellten Schichten und kleinbürgerlichen Gruppierungen, die mal Johannes Rau gewählt haben, diesmal aber die CDU gewählt haben. Zugespitzt muss man sagen, der „linke“ Teil der grünen Wähler steht dem „linken“ Teil der SPD Wähler näher als jeder der beiden linken Wählerströmungen dem jeweiligen Mehrheitstrend ihrer eigenen Partei. Dieses Wechselwählerpotential, das dann zwischen Grünen und SPD hin und her schwankt, das wird natürlich weder qualitativ noch quantitativ in der augenblicklichen Konstellation berücksichtigt. Die SPD hat das nie zur Kenntnis genommen und die Grünen haben das erst recht mit ihrer pathologischen Abneigung gegen die empirische Sozialforschung nicht zur Kenntnis genommen.

#### Reformen mit wem? Die Frage der Kräfte

**spw:** Welche gesellschaftlichen Kräfte innerhalb und außerhalb der Parteienlandschaft siehst du, die noch einen progressiven gesellschaftspolitischen Schub bringen könnten?

**Peter von Oertzen:** Man muss davon ausgehen, dass wir doch eine verbreitete Stimmung und Haltung der Parteiver-

drossenheit haben. Im Kern handelt es sich meiner Überzeugung nach nicht um Zweifel an der Kompetenz der politischen Klasse, das ist natürlich klassenspezifisch zu differenzieren. Die Unterklasse neigt eher zu Resignation und Wahlenthaltung, die aktiven Arbeitnehmer zeigen zunehmende Desillusionierung für die Parteien, flüchten sich vor allem gegenüber der SPD teilweise auch in die Wahlenthaltung. Teilweise wählen sie resigniert ihre eigenen Parteien oder aber sie neigen zum rechten oder linken Populismus. Die Mittelschichten neigen zur Wahlenthaltung und einem rechten Populismus, wobei man sagen muss, man soll die Gefahr, dass Arbeiterschichten sich auch einen rechten Populismus zuwenden nicht gering einschätzen. Wir haben das bei den Wahlen zur NPD schon Ende der 60iger Jahre erlebt, wie z.B. die katastrophale Wahlniederlage der SPD in Baden-Württemberg von 1968, als sie von 36 % auf 28 % abstürzte und die NPD in den Landtag kam. Wir haben auch das Ergebnis im massenhaften Überlaufen von Arbeiterwählern in Frankreich zu Le Pen und in Österreich zu Haider. In diesem Zusammenhang wird manchmal gesagt, man braucht in dieser Situation einen neuen programmatischen Schub. Ich bin der Überzeugung, der bringt gar nichts, wenn nicht die Subjekte da sind, die mittels einer programmatischen Neuorientierung politischen Druck erzeugen. Zu glauben, dass bloße Ideen, auf Papier geschrieben, Menschen bewegen, ist ein Irrtum. Sie müssen Ausdruck von realexistierenden Kräften oder Bewegung sein. Die Gefahren sind ein rechter und ein linker Populismus. Es besteht natürlich die Chance mit starken außerparlamentarischen Bewegungen Reformdruck auf die Parteien zu entfalten, aber diese klare Programmatik gibt es ja nicht.

#### Neuformierung des Parteienspektrums?

Natürlich besteht die einzige Möglichkeit, dass sich neben den Grünen und der SPD eine neue Linkspartei entwickelt, wobei ich ausdrücklich hinzufügen muss, die PDS mit ihrem gegenwärtigen Zustand ist nicht in der Lage diese Funktion wirklich wahrzunehmen. Im übrigen bestehen bei einer solchen linken Partei natürlich zwei Gefahren. Zum einen, dass sich eine zweite SPD entwickelt ist völlig nutzlos. Das ist es, was die PDS Reformer immer übersehen, sie wollen gleichzeitig sozialdemokratisch sein und behaupten gleichzeitig, sie wären es nicht und wären linkssozialistisch. In Wirklichkeit sind sie aber nichts anderes als eine Ur-SPD und gemäßigte Ur-SPD in Kleinform. Außerdem besteht die Gefahr, dass eine solche Partei vom traditionalistischen linkssozialistischen Dogmatismus und den klassischen Ideologien übernommen wird. Wie das aussieht sieht man an der linken PDS. Das ist ziemlich schrecklich und völlig unfruchtbar. Insoweit beurteile ich es als für die durchgreifende Erneuerung des politischen Parteiensystems im vereinigten Deutschland nicht sehr positiv, im Gegenteil sehe ich eher, dass Verfalls- und Auflösungserscheinungen zunehmen werden und dann populistische Strömungen sich das zu Nutze machen.

#### Perspektive eines rot-grünen Projektes

**spw:** Wenn man nun die Regierung betrachtet: Die letzte Frage nach den Perspektiven. Welchen Weg muss die rot-grüne Koalition einschlagen?

**Peter von Oertzen:** Eine Perspektive für ein Rot-Grünes Projekt, das nur in der bloßen Addition zweier Parteien besteht, hat überhaupt keine Perspektive, nicht die geringste. Es müssen sich die kritischen und modernen (modern ist nicht zu verstehen als Anpassung an den Neoliberalismus, unabhängig von den Apparaten der Parteien) konstituieren. Die Mitglieder einer solchen Kraft könnten gleichzeitig Mit-

glieder von Parteien sein, das will ich nicht ausschließen. Wenn es so etwas wie eine unabhängige demokratische Linke gäbe oder wenn sie sich konstituieren könnte, hätte sie eine Chance, auf die Parteien Einfluss auszuüben.

**Schlüsselfrage Gewerkschaften**

Das Schlüsselproblem ist in meiner Sicht, die Frage ob es gelingt, die Gewerkschaften so zu erneuern, dass sie eine entscheidende Kraft für die Linke werden könnten. Die kritischen Kräfte in den Gewerkschaften streben dort hin, aber sie sind im Moment noch sehr schwach und es besteht eher die Chance, dass die Gewerkschaften sich hin zu einer sozialpolitischen Pressuregroup entwickeln, aber nicht zu einem politischen Verband mit gesellschaftlichen Zielen. Die Hauptschwäche der Gewerkschaften im gegenwärtigen Zustand sind, dass sie in die klassischen Formen gewerkschaftlicher Auseinandersetzung der Tarifpolitik und der Betriebsvertretung verfallen. Aber es muss gesehen werden, dass viele Lösungen, für Arbeitnehmer und auch für Gewerkschaften im politischen Raum gelöst werden können. D. h. die Gewerkschaft muss dort als ein gleichrangiger und ernst zu nehmender Diskussionspartner und auch Kampfpartner auftreten. Die Gewerkschaft muss raus aus der bloßen Tarifaufeinandersetzung, sie muss raus aus den Betrieben, in denen sie natürlich weiter aktiv sein muss, in die Fläche, d. h. in die Gesellschaft. Sie muss z. B. Anlaufstellen, Organisationsstellen, Kristallisationspunkte für gesellschaftspolitische Organisationen entwickeln, so wie es ganz am Anfang der gewerkschaftlichen Bewegung noch die Arbeitersekretariate waren, die ja auch mit Nichtorganisierten gewerkschaftlich arbeitete, weil es sie noch gar nicht genug gab und wie sie sich jetzt in besonders schwierigen Gebieten in den USA wieder entwickelt. In den USA hat ja die Gewerkschaft in begrenztem Umfang nach einem schrecklichen Jahrzehnt dauernden Zerfallsprozesses auf Antrieb zehn Prozent Mitgliedschaft bei der Arbeitnehmerschaft erreicht und in einigen Branchen in den letzten Jahren eine gewisse Erholung gezeigt.

**Neue Bündniskonstellationen und Bewegungsformationen?**

Dort sind solche gesellschaftspolitischen Tätigkeiten der Gewerkschaften, Bündnisse mit ökologischen Bewegungen, Bündnisse mit der Frauenbewegung, Bündnisse mit der Interessenvertretung der ethnischen Minderheiten u.s.w. klassischer Beifall, das Bündnis gegen die WHO in Seattle vielleicht erste Anzeichen für eine Ausdehnung des Arbeitsfeldes der Gewerkschaften. Unter gänzlich anderen Bedingungen wäre so etwas auch in Europa und sogar in Deutschland, das immer noch die relativ stärksten Gewerkschaften innerhalb der großen kapitalistischen Länder England, Frankreich, Italien und Deutschland hat, möglich. Und ich glaube, die deutschen Gewerkschaften sind noch aktionsfähiger als die spanischen, soweit ich unterrichtet bin. Das bedeutet, dass die Gewerkschaften aufhören müssen, ausschließlich nur für ihre Mitglieder da zu sein. Sie müssen sich für Nichtorganisierte öffnen. In Beratung, in Hilfestellung, in Aussprache. Vor allem aber natürlich für die Gruppen, die in Gewerkschaften unterrepräsentiert sind, wie Frauen oder die jüngeren Generationen. Sie müssen sich für die neuen Berufe öffnen. So ist zur Zeit nur eine Gewerkschaft, mit deren gewerkschaftspolitischen Kurs ich sonst oft nicht übereinstimme: Die IG Bergbau, Chemie, Energie. Die sind im Umgang mit den qualifizierten Angestelltenberufen sehr clever und ich glaube nicht gänzlich erfolglos. Das könnte sich manche andere Gewerkschaft, die stolz auf ihre linke Tradition ist schon eine Scheibe abschneiden, nicht unbedingt in der politischen Richtung, aber in der Art und

Weise, so ein schwieriges organisationspolitisches Thema überhaupt zum Gegenstand der eigenen Arbeit und zu einem Hauptgegenstand der eigenen Arbeit zu machen. Ich wollte nur sagen, wenn es eine wie ich vorhin formuliert habe, eine unabhängige demokratische Linke geben sollte, so könnte sie sich nur entwickeln, wenn hinter oder neben ihr auch eine sich erneuernde kämpferische Gewerkschaftsbewegung entstünde. Denn auf welche soziale Basis sollte sie sich stützen, wenn nicht auf eine neue moderne Gewerkschaftsbewegung. So müssen irgendwann die neuen Selbständigen eine eigene Interessenorganisation bilden. Und dieser Interessenorganisation müssen die Gewerkschaften kollegial und gewissermaßen brüderlich, schwesterlich gegenüberstehen und sie nicht als Konkurrenten schlecht machen.

Die Gewerkschaften müssen aufhören, ausschließlich für ihre Mitglieder da zu sein. Sie müssen sich für Nichtorganisierte öffnen.

Es wird Zeit, dass die Gewerkschaften damit anfangen, sich vor Ort und in der Fläche in die Kommunalpolitik hineinzuhängen, denn die SPD hat immer weniger Kontakte zu ihren Wählerschichten und den Arbeitnehmerschichten.

Dass die Gewerkschaften ein Büro auf der EXPO hatten und einen eigenen Tag der Gewerkschaften erfolgreich durchgeführt haben, scheint zu bedeuten, dass sie das begriffen haben. Das wäre nicht möglich, wenn die Gewerkschaften dort mit einer dogmatischen, hartleibigen Haltung „Wir wissen alles besser“ erscheinen würden. Natürlich ist so eine innere Erneuerung der Gewerkschaft Sache der Gewerkschaft selbst. Wer versuchen will die Gewerkschaften in irgendein politisches Schlepptau zu nehmen, richtet nur Schaden an und wird im übrigen scheitern. Gewerkschaften werden nur dann politisch, frei und im Einklang mit sich selbst, ihrer Mitgliedschaft und mit ihren internen Diskussionen sein können, wenn sie absolut glaubwürdig sagen können, dass sie das im eigenen Interesse tun und nicht einer politischen Partei zuliebe. Jede vernünftige Gewerkschaft hat das so betrachtet. Es hat immer Zeiten gegeben, in denen die Sozialdemokratie geglaubt hat, sie könne die Gewerkschaft als ihre natürlich Gefolgschaft betrachten, die zu springen hat, wenn sie mit dem Finger schnippst. Das ist ein Irrtum und muss endlich aufhören, das funktioniert nicht mehr und das weiß im Grunde auch jeder.

spw: Lieber Peter, vielen Dank für dieses Gespräch. spw

ISW

institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

**analysen  
fakten & argumente**

ARMEE  
FÜR ALLE FÄLLE

Der Umbau der Bundeswehr zu Interventionsarmee



ISW REPORT NR. 44  
Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München

**Der Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee**

Bundeswehrdebatte: Viel Streit und wenig Differenzen; Weizsäcker-Papier und Scharpings "Eckpfeiler"; Das Bündnis mit der Rüstungsindustrie; EU-Militarisierung; Von der nationalen Konsolidierung zur "Europäisierung der Rüstungsindustrie"

**In Zusammenarbeit mit IMI e.V. – Informationsstelle Militarisierung –**

isw-report 44, August 2000  
DM 5,- + Versand

ISW REPORT NR. 8  
Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München

Aktien-Rausch

Cash – Crash – Börsenfieber



Aktien und Börse; Shareholder-Kapitalismus; Börsenfieber; Shareholder-Society

grafikdienst 8, Sept. 2000 – 40 Seiten – 10,- DM + Versand

**Gesamtprogramm anfordern, Bestellungen**

isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.  
Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München  
fon: 089-130041, fax 168 94 15, email: isw\_muenchen@t-online.de

# Einmischung für eine andere Politik

von Ralf Krämer\*

**D**rei Aktionen bzw. Veranstaltungen fanden am 22./23.09. in Berlin statt, daneben gab es in Gorbien noch eine Demonstration gegen die Atomkonsumpolitik mit über 5000 TeilnehmerInnen. Die größte Aktion war die der Gewerkschaftsjugend auf mehreren Plätzen, dann Kundgebung am Schlossplatz und eine schöne laute Demonstration (es waren Trillerpfeifen verteilt worden und es gab Musikwagen) hinauf auf den Prenzlauer Berg, wo an und in der Max-Schmeling-Halle das abschließende Aktionsfestival mit Live-Musik stattfand. An diesen Aktionen, zu denen unter dem Motto „Her mit dem schönen Leben!“ IG-Metall-Jugend, Postgewerkschaftsjugend, junge HBV und IG Medien-Jugend (also die eher linken Gewerkschaftsjugendorganisationen) aufgerufen hatten, nahmen ca. 15.000 junge GewerkschafterInnen teil, forderten Umlagefinanzierung und die Umverteilung von Reichtum und Arbeit und Kampf den Neonazis, und hatten ihren Spaß dabei.

An den Aktionen vor Ministerien, zu denen das Aktionsbündnis „Aufstehen für eine andere Politik“ und diverse Ver-

bände und Initiativen aufgerufen hatten, nahmen jeweils 100 - 200 Leute teil, an der anschließenden Kundgebung vor dem Roten Rathaus ca. 2000. Auch bei der gelungenen Aktion der Gewerkschaftsjugend war festzustellen, dass über die dort Organisierten hinaus nur

wenige andere Jugendliche dabei waren. Insbesondere war von Jusos und Falken kaum etwas zu sehen, aus dem politischen Bereich waren vor allem diverse Sekten präsent. Dies ist kein Vorwurf an letztere oder an die Gewerkschaftsjugend, das Problem besteht m.E. in der Partei- und Verbandsfixierung, um nicht zu sagen Entpolitisierung der Fehlenden.

## Breit getragene HalbZeit-Bilanz

In der Humboldt-Universität fand Freitag abend bis Samstag nachmittag eine Konferenz „HalbZeit - Politik braucht Einmischung!“ statt, an der insgesamt ca. 350 Personen teilnahmen. Das Besondere an dieser Konferenz war die Breite des TrägerInnenkreises, von Umweltschutzorganisationen wie BUND oder BBU über Organisationen der Friedensbewegung und der Internationalen Solidaritätsbewegung, der Menschenrechtsbewegung, Gewerkschaftsjugendorganisationen, Erwerbslosengruppen bis zu politischen Verbänden von Jusos und Grün-Alternativem Jugendbündnis bis zur PDS-nahen [solid].

Die Konferenz war ein Ausfluss eines schon 1998 begonnen Prozesses der Verständigung und Vernetzung. Die Konferenz war dennoch eher enttäuschend. Bei den 350 TeilnehmerInnen gab es große Fluktuation, so dass zur gleichen Zeit maximal die Hälfte davon anwesend waren, einige der Trägerorganisationen waren real nicht vertreten. Mehrere ReferentInnen hatten kurzfristig abgesagt, die gehaltenen Referate nahmen kaum auf die Vorarbeiten und auf die an-

deren Beiträge Bezug und es gab zu wenige Diskussionsmöglichkeiten.

Positiv ist die große Verständigungsbereitschaft im inhaltlichen Fragen zu sehen, die von mehreren Seiten formuliert wurde und die auch in der gemeinsamen Abschlusserklärung zum Ausdruck kam. In dieser wird eine düstere Zwischenbilanz von Rot-Grün gezogen, ihre bisherige Politik heftig kritisiert und ein umfangreicher Katalog inhaltlicher Alternativen eingefordert. Als Bedingung für die Durchsetzung einer solchen anderen Politik wird die Notwendigkeit einer starken außerparlamentarischen Bewegung hervorgehoben, verbunden mit dem Aufruf an alle, insbesondere aber an die Gewerkschaften, Kirchen und Sozialverbände, aktiver zu werden und stärkeren Druck zu entwickeln. In diesem Sinne sollen die gemeinsamen Bemühungen zur Verständigung und Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit und Aktion fortgesetzt werden.

## Keine linke Politik ohne Druck

Es bleibt jedoch die Frage, wie unter den gegebenen Bedingungen die bisher fehlende machtvolle außerparlamentarische Bewegung entwickelt werden und wie sie sich äußern kann.

Um Massen mobilisieren zu können, brauchen außerparlamentarische Bewegungen klare Forderungen und Adressaten in zugespitzten Auseinandersetzungen. Diese fehlen zur Zeit weitgehend. Die u.a. mit der Konferenz in Berlin angestrebte Bündelung der verschiedenen fachlich oder richtungspolitisch engagierten Gruppierungen leidet unter diesem Mangel, unter der mangelnden Mobilisierungsfähigkeit der Einzelgruppierungen, und unter dem Fehlen einer übergreifenden politischen Perspektive, wie sie sich 1998 noch in dem Slogan „Kohl muss weg!“ ausdrückte. Jetzt ist er weg, aber die bisherige Entwicklung unter Rot-Grün hat nicht zu einem Aufschwung von Bewegung, sondern zur Frustration vieler ehemals Aktiver geführt.

Ein Kurswechsel der Regierungspolitik nach links erscheint unrealistisch, solange insbesondere die Gewerkschaften sich dermaßen einbinden lassen. Eine Unterstützung der Regierungspolitik gegen Druck von rechts, wie es einige vielleicht erhoffen, ist erst recht unrealistisch - dafür bietet diese Politik Linken und Leuten aus Bewegungen keine Grundlagen.

Der weitgehende Konsens, der in zentralen Fragen von CSU bis SPD herrscht, ist inhaltlich in Frage zu stellen, eigene Argumentations- und Orientierungsfähigkeit in der öffentlichen Auseinandersetzung sind zu entwickeln. Auch neue Kommunikationsstrukturen auf Basis verbreiteter Nutzung des Internets entwickeln sich gerade erst dahin, dass sie künftig das Rückgrat der Information und Mobilisierung bilden können. Auch eigenständige Aktionsformen wie das Überschwemmen von Websites durch koordinierte eMail-Aktionen etwa können sich hier entwickeln.

Auch in Zukunft werden Massenaktionen auf der Strasse eine zentrale Rolle für die Entwicklung außerparlamentarischen Drucks spielen. Sie setzen jedoch Bewegung vor Ort, ein gelungenes Aufbrechen herrschender Konsense und Verankerung linker Alternativvorstellungen sowie kulturelle Ausstrahlung in wichtigen Milieus voraus.

Strategisch muss es dann darum gehen, auch auf potentiell fortschrittliche Großorganisationen einzuwirken und hier PartnerInnen zu gewinnen. Insbesondere müssen sich die Gewerkschaften aus ihrer Einbindung und Unterordnung unter die Regierungspolitik lösen und zu einer eigenständigen und konfliktbereiten Politik übergehen. Das Gleiche gilt für die übriggebliebenen Linken bei SPD und Grünen. spw

\* Ralf Krämer, Dortmund, Sozialwissenschaftler



# Die Linke in den USA – Aufbruch ins neue Jahrtausend?

Von Edgar Göll

Erfolge darstellen werden. Das Potential ist jedenfalls vorhanden.

## Die „Socialist Scholars Conference“

Die Ohnmacht der Linken in den USA könnte wohl in keiner anderen Stadt der USA so deutlich und handgreiflich werden wie in der urbanen Maschine und Megalopolis New York mit ihrem vorwärtstreibenden Gershwinschen Swing und Rhythmus. In einer solchen infantilen Fun – „Kultur“ (Spaßkultur) systemkritische Diskurse anzubringen, gegen die instant satisfaction (umgehende Befriedigung) tief-schürfende Analysen zu Gehör zu bringen, gegen die Obsessionen einer Hyperkonsumgesellschaft spätimperialen Charakters und seiner „Plastic People“ (Frank Zappa) humane Alternativen attraktiv zu präsentieren und in den Bereich des Erreichbaren zu stellen: das erscheint gerade in New York City äußerst unwahrscheinlich.

Für Beobachter aus dem europäischen Kontinent klingt es unglaublich, aber im vergangenen März trafen sich mehr als 1.800 US-BürgerInnen zur diesjährigen – der achtzehnten – „Socialist Scholars Conference“ (Konferenz sozialistischer Aktivisten und Intellektueller) in New York City. Diese wurde hauptsächlich unterstützt durch die Democratic Socialists of America (einem kleinen Flügel der demokratischen Partei), das Brecht Forum New York, eine Fakultät der City University of New York, mehreren linken Publikationen und dem örtlichen Büro der britischen Labour Party. Früher hatte sich die Friedrich-Ebert-Stiftung und indirekt auch die SPD beteiligt – diesmal war dies nicht der Fall. Immerhin gingen von etwa 250

Dr. Edgar Göll, Sozialwissenschaftler und Zukunftsforscher, lebt in Berlin

Das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ verfügt allem Anschein nach über beste Voraussetzungen für weitere politische Stabilität. Das Rezept der alten Römer funktioniert reibungslos: Brot und Spiele. Einerseits herrschen langandauerndes ökonomisches Wachstum und unangefochtener Weltführungsanspruch („Brot und ...“) vor. In fast allen üblichen Wirtschaftsdaten (Wachstum, Schaffung neuer Arbeitsplätze, offizielle Erwerbslosenquote, Investitionsraten und Konsumsteigerung, New Economy) liegen die USA weit vor den anderen kapitalistischen Konkurrenten und sowohl in sicherheitspolitischen als auch ökonomischen Weltfragen dominieren sie weiterhin die grundsätzliche Richtung. Und andererseits gedeiht in den USA der Zuckerguss von Klatsch und personalisierter Tragik bzw. Komik (... Spiele“): die Massenproduktion in Hollywood und anderswo läuft auf Hochtouren und ist Exportschlager, in den Medien wird ausführlich über das Sexleben des Präsidenten, den Flugzeugabsturz eines Kennedy-Enkels und den Fall des sechsjährigen kubanischen Jungen Elian berichtet.

## Die „Battle of Seattle“

Im Dezember 1999 flimmerten dann plötzlich ungewohnte Bilder und Filmsequenzen in die Wohnzimmer-tuben: die eindrucksvollen vielfältigen und wirkungsvollen Aktionen zur Be-z bzw. Verhinderung der großen Tagung der Welthandelsorganisation WTO in Seattle. Sie haben bei vielen Linken und Progressiven in den USA (und Globus-weit) die Erinnerung an eigene Potentiale spüren und Hoffnungen aufkeimen lassen hinsichtlich

neuer politischer Offensiven und Handlungsmöglichkeiten durch Linke. Wegen der relativen Bekanntheit dieser Ereignisse seien hier nur einige Hintergrundaspekte erwähnt. Kennzeichnet waren die Aktivitäten in Seattle durch eine höchst intensive und dichte Vorbereitung, die über ein Jahr vor dem Treffen begann. Diese erfolgte wiederum sehr professionell, strategisch klug durchdacht und taktisch zielgerichtet geplant und ausgeführt. Von zentraler Bedeutung war der Aufbau von Koalitionen zwischen einem sehr breiten Spektrum an Gruppen, Organisationen und Akteuren. Hier ist insbesondere die – wenn auch beschränkte – Kooperation zwischen Umweltgruppen und Gewerkschaftsgruppen zu erwähnen. Eine derartige Kooperation gab es in Ansätzen bereits bei den Auseinandersetzungen in den 90er Jahren gegen das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA), davor aber das letzte Mal in größerem Ausmaß während der ersten Jahre des New Deal in den 30er Jahren. Taktisch wichtig war zudem, dass in vielen Aktionen und Parolen konkrete Ängste größerer Bevölkerungskreise und ZuschauerInnen zum Ausdruck gekommen sind und daher nachvollziehbar und zustimmungsfähig waren. Hierdurch wurden massenhaft existierende Befindlichkeiten und Ängste von einer Minderheit artikuliert. Monate später zeigten die kritischen Aktivitäten gegen die Jahrestagungen von IWF und Weltbank in Washington, dass damit tatsächlich öffentliche Aufmerksamkeit erzielt werden kann. Noch lässt sich nicht absehen, ob diese Bündnisse tragfähig sind und weiterhin ein Fundament für Mobilisierungen und

*Die Ohnmacht der Linken ist nirgendwo so handgreiflich wie in der Megalopolis New York*

BürgerInnen Spenden ein, darunter Persönlichkeiten wie Benjamin Barber, Norman Birnbaum, Noam Chomsky, Peter Marcuse und Frances Fox Piven. Neben Geld und Unterstützern mangelt es insbesondere an der Aufmerksamkeit von breiteren Segmenten der Medien und der Öffentlichkeit. Nicht zuletzt in diesen Schwierigkeiten liegen übrigens Parallelen mit den Hürden, welche die OrganisatorInnen der „VolksUni“ in Berlin bei ihren Wiederbelebungsversuchen zu überwinden haben (im Oktober soll wieder eine VolksUni veranstaltet werden).

Die meisten der Konferenzteilnehmer waren wohl über 50 Jahre alt, Altsozialisten und Alt-68-er allem Anschein nach, immer noch lebendig und interessiert gebliebene Augen unter dem grauen Haupthaar. Daneben kamen aber auch etliche junge hochmotivierte Menschen, StudentInnen und AktivistInnen unterschiedlicher Provenienz, eine bunte Mischung aus verschiedenen Bewegungen (Anti-WTO, Friedens- und Antikriegsgruppen, Bürgerrechtsbewegung, Anti-Polizeiterror), Organisationen (Studentenvertretungen, Demokratische Sozialisten, Einzelgewerkschaften, Sozialistische Organisationen, linke Zeitschriften), Initiativen (Umweltschützer, Abrüstungsbefürworter) und Splitterparteien (Kommunistische Partei, Trotzlisten, revolutionäre Kommunisten). Die Atmosphäre auf der Konferenz war sehr offen und tolerant. Wie so häufig waren politische Organisationen ethnischer Gruppen oder der Bereich der „identity politics“ sehr schwach repräsentiert (Wochen später demonstrierten hingegen mehrere hunderttausend Homosexuelle für ihre Gleichberechtigung im Lande!). Ein weiteres allgemeines Defizit linker Politik in den USA besteht darin, dass außenpolitische Probleme – mit der Ausnahme Seattle! – weitgehend vernachlässigt bzw. nicht öffentlichkeitswirksam verfolgt werden (wie Raketenabwehrsystem NMD, Frage der „Schurkenstaaten“, US-Schulden bei den VN, Klimawandel und Rio-Nachfolgekonferenzen, NAFTA etc.).

Das Motto der Konferenz „Bündnisse schaffen für das neue Jahrhundert“ bleibt weiterhin eine strategische Aufgabe, denn zwar wurden während der Konferenz einzeln Brücken zwischen diversen Gruppen und Milieus geschlagen, doch es war eine zu große Aufgabe,

die vielen einzelnen Themen, die im Laufe der über 110 Einzelveranstaltungen diskutiert wurden, miteinander zu verknüpfen. Sie blieben meist unverbunden nebeneinander, übergreifende und strategisch tiefgehende Vorträge oder Debatten wurden kaum angeboten. Allerdings spürte mensch in zahlreichen Diskussionen einen Hauch von „The Battle of Seattle“ – das zentrale Ereignis, das auch ausführlich diskutiert wurde.

Ein weiterer Schwerpunkt der Veranstaltungen waren ökonomische Themen. Im Vaterland des „Fordismus“ entwickelt sich der Kapitalismus in neuen Formen und Facetten. In schlechter alter (aber effektiver) Werbemanier ganz simpel als „New Economy“ bezeichnet – als gäbe es keine strukturelle, linke Alternative zum Existierenden – und in alle Länder um den Globus exportiert: scheinbar krisenloses Wachstum, Primat der High-Tech-Industrien und der Marktkräfte, neue Finanz- und Allianzstrategien, Börsen- und Computerspiele. Der als unerschütterlich präsentierte US-Wirtschaftsboom gilt derzeit als Vorbild vieler Politiker und Manager anderer Länder, manövriert Linke hinsichtlich der Diskurse in eine ergraute Ecke von Fortschrittsverweigerern.

Weitere Themen waren beispielsweise die aktuell gestiegene Polizeigewalt gegen ethnische Minderheiten in den USA, die drohende Exekutierung der Todesstrafe gegen Mumia Abu Jamal, Rassismus in diversen Variationen, die soziale Polarisierung, die extrem defizitäre Sozialpolitik, der NATO-US-Krieg gegen die Republik Jugoslawien und US-Interventionismus generell, Chinapolitik, Geschlechterfrage, Ökologie und Umweltschutz. Die diesjährigen Wahlen (Präsident, Kongress, Gouverneure, Länderregierungen etc.) spielten so gut wie keine Rolle in den Debatten. Es scheint, als seien nach acht Jahren Clinton und seinem potentiellen Amtsnachfolger Al Gore sämtliche Illusionen gegenüber „New Democrats“ und einem Third Way absolut ausgeräumt. Vielleicht deutet sich daher der Drang nach stärkerer linker Kooperation an. Neben derartigen Veranstaltungen mit aktuellen Bezügen gab es auch grundsätzliche, theoretische Diskussionen über Marxismus, Hegel, Mao, Erich Fromm, sozialistische Strategien und Dritte Wege. In den Medien war davon selbstverständlich nichts zu hören oder zu sehen.

### Weitere Facetten linker Aktivitäten

Durchaus erfolgreich war die Großkundgebung „Million Men March“ im Mai dieses Jahres. Fast eine Million Homosexuelle demonstrierten in der Bundeshauptstadt Washington, D.C. für ihre Gleichberechtigung im Lande und gegen Diskriminierung von Schwulen und Lesben. Zu den Forderungen gehörten: gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare, Schutz vor Gewaltakten gegen sie, Zulassung in Organisationen wie Pfadfinder. Zahlreiche prominente Homosexuelle nahmen an der Kundgebung teil, darunter die Rocksängerin Melissa Etheridge sowie der ehemalige Tennistar Martina Navratilova. Präsident Clinton begrüßte die DemonstrantInnen per Videobotschaft und wies darauf hin, dass in seiner Regierung mehr bekannte Homosexuelle – etwa 150 – in hohe Ämter berufen worden seien als in jede vorherige.

Im Bereich ökologischer Politik sind – wiederum abgesehen von lokalen und regionalen Fällen – derzeit keine besonders herausragenden Themen in der Diskussion oder gar Kampagnen auf dem Weg. Lediglich das Problem der Zersiedelung insbesondere im Bereich von Städten („Urban Sprawl“) tritt ins Bewusstsein von Politik und Bevölkerung. Obwohl es in vielerlei Hinsicht gerade in den USA notwendig wäre, das ökologische Bewusstsein und vor allem das dementsprechende Handeln zu forcieren, mangelt es gerade in diesem Politikfeld an umfassenden Kampagnen und Aktivitäten. Zu verstreut sind die Akteure, die sich vor Ort an solchen Problemen engagieren; auf lokaler und regionaler Ebene tut sich hier Einiges. Von Seiten der Bundesregierung erfolgt in dieser Hinsicht auch eher „symbolische Politik“ und nur wenige Ansätze dürften wirkliche Effekte für eine Verbesserung des schlechten Status Quo besitzen. So hatte Clinton – vermutlich unter Hilfe von Vizepräsident AL Gore einen Presidential Council on Sustainable Development (Beirat des Präsidenten für nachhaltige Entwicklung) ins Leben gerufen und fünf Jahre am Thema Agenda 21 und dessen Umsetzung in den USA arbeiten lassen. Von dessen Tätigkeit wissen nur wenige Insider etwas und nur wenige ausgewählte Städte sind einbezogen worden in dessen Aktivitäten. Auch gibt es in den USA keine kommunalen Bewegungen für eine Lokale Agenda 21; unter anderem

*Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, wenn die Linke in den USA erwartungsvoll nach Westeuropa blickt*

# „Ein scharfer Blick nach rechts- außen – das ist Verfassungsschutz im besten Sinne.“

Peter Pragal, Berliner Zeitung

A 13861

## blick nach rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten | 17. Jahrgang, Nr. 17, 24. August 2000

**Einblicke**

### Links nach rechts

Von Juri Maier

Die ganze Republik scheint derzeit fieberhaft den Rechtsextremismus im Internet zu suchen. So war in der „Süddeutschen Zeitung“ zu lesen, dass rechtsextreme Agitation indirekt auch über die Linkliste des BNR-Angebots auffindbar ist.

Dass man Internet-Angebote über Ketten von Links finden kann, war dem „blick nach rechts“ bekannt. Neu ist, dass Dritte die Internet-Adresse „www.nazi.de“ reserviert und auf die Linkseite des BNR umgeleitet haben. Da die Eingabe einer Internet-Adresse keine ungewöhnliche Suchstrategie ist, haben wir überprüft, ob der BNR so zum reinen Zwischenstopp auf der Suche nach rechter Propaganda würde. In diesem Zusammenhang wurde ein fraglicher weiterführender Link zeitweise deaktiviert.

Daraufhin erhielt der BNR die Aufmerksamkeit des Internet-Magazins „Telepolis“. Der BNR wurde als erstes Opfer einer republikweiten Säuberungshysterie identifiziert. In einem anderen Artikel wurde der Vorgang sogar als „Zensur“ beschrieben.

Um alle Seiten zu beruhigen: Der BNR hat seine Auffassung nicht geändert. Auf den eigenen Seiten setzt der BNR prinzipiell keine Links auf rechte Websites. Sollten uns andere Informationsangebote interessant erscheinen, werden sie unabhängig davon, ob sie nun Links auf ihre Quellen für angemessen halten oder nicht, in die Linkliste aufgenommen. Klar ist, dass sich rechtsextreme Propaganda im Internet nicht verstecken lässt. Es ist aber auch nicht Aufgabe des BNR, den Zugriff darauf zu erleichtern.

Die Debatte um rechte Websites ist nur ein Schaukampf. Die einen haben in der Suche nach rechten Websites offenbar eine zeitgemäße Alibihandlung entdeckt, anderen geht es letztlich um die Verteidigung der Meinungsfreiheit. Wem es um den Ursprung von rechter Gewalt und Rassenhass geht, der muss woanders suchen.

Juri Maier ist Geschäftsführer der Internetagentur „Wegwerk“

**Trotz Verbot nicht tot**  
Die Kameradschaft „Hamburger Sturm“ wurde von der Innenbehörde zwar aufgelöst. Die Szene ist aber weiterhin aktiv. Seite 2

**Web-Welt der Neonazis**  
Auf den braunen Seiten im Internet man sich mit „Sieg Heil“ oder eigenen Namen die „88“

**Eine „Neur“**  
Bekanntnisse der sind als reiner wert. Die zis führt zu

**Ansd**  
Im Raum massiv e gemacht

**Föde**  
Den „neu“ dient die it bild.

**Meldung**

blick nach rechts  
Herausgeber: Institut für Information und Dokumentations e.V.  
Für den Vorstand: Helmut Löffelhof  
Redaktion: Gabriele Handlinger

„blick nach rechts“ erscheint alle 14 Tage. Die Jahrgänge 1996 - 99 sind jetzt auch auf CD-ROM zur professionellen Suche nach Namen, Organisationen und Zusammenhängen erhältlich. Für ein neues Jahresabo gibt es diese CD-ROM gratis (Bild unten).

„blick nach rechts“ –  
Das wachsame Auge  
auf die rechte Szene.



„Krisenzeit, Ausländerfeindlichkeit – neue Konstellationen im rechten Spektrum: Der Blick nach rechts ist unerlässlich.“ Michael Stiller, Süddeutsche Zeitung

„Wer sich über den Rechtsextremismus, die Entwicklung seiner Organisation und Verbindungen informieren möchte, kommt am „blick nach rechts“ nicht vorbei. Kurz, prägnant

und übersichtlich vermittelt der Informationsdienst das Wichtigste aus der Neonazi-Szene.“ Prof. Dr. Christoph Butterwege

„Wer den Rechtsextremismus im Auge haben will, muß einen Blick nach rechts werfen.“ Matthias Arning, Frankfurter Rundschau

„Hervorragende Hintergrundinformation für unser politisches Magazin.“ Olaf Buhl, ZDF,

Kennzeichen D „Gerade in dieser Zeit ist es wichtig, daß es „blick nach rechts“ gibt. Sie leisten mit Ihren Hinweisen auf rechtsextreme Aktivitäten einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung über die Untaten von Rechtsextremisten und decken die Hintergründe auf.“ Ignatz Bubis, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland

**blick nach rechts** kostet im Jahresabonnement 125 Mark plus Porto. Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und -verbände sowie gemeinnützige Vereine zahlen nur 64 Mark plus Porto. **blick nach rechts** gibt es auch im **Halbjahres-Test-Abo\*** zum Vorzugspreis von 32 Mark plus Porto. **Anruf genügt: 030/25594-130, Fax 030/25594-190, internet <http://www.bnr.de>**

\* Nach Ablauf der halbjährlichen Bezugszeit wandelt sich dieses Abo automatisch in ein Jahresabo, wenn nicht spätestens sechs Wochen vorher schriftlich gekündigt wird.

liegt dies daran – so wurde von hoher Stelle erläutert – weil es von außerhalb der USA, von der UN kommt, und mensch lasse sich nicht gerne etwas aufdrücken... Zu diesem Themenbereich dürfte sich auch in den nächsten Jahren auf der Linken in den USA nicht viel bewegen – zu viele Gewohnheiten müssten überwunden, zu viele Einzelthemen miteinander verknüpft, zu viele unterschiedliche Akteure miteinander vernetzt werden.

Mehrere Ereignisse in den USA deuten auf eine grundlegende Veränderung der künftigen Politik gegenüber Kuba hin. Sowohl die Rückführung des kubanischen Flüchtlingsjungen Elian als auch die erfolgreiche Verabschiedung von Gesetzesvorlagen im Kongress zur teilweisen Aufhebung des vierzig Jahre andauernden Embargos gegen Kuba sind dafür die deutlichsten Symptome. Mit unterstützt und ermöglicht – neben anderen, wichtigeren Faktoren (Veränderungen der exilkubanischen Szene in Florida, Implosion der UdSSR etc.) – hat diesen dezente Wandel der Druck aus der Gesellschaft gegen die offizielle Kuba-Politik. Seit Jahren sind von einer verschwindenden Minderheit von US-Bürgern aufsehenerregende Aktionen zivilen Ungehorsams

durchgeführt worden, wie z.B. die bereits acht Mal durchgeführten jährlichen „Friendshipment-Caravans“ der Pastors for Peace, die jeweils mit über einhundert Fahrzeugen Hilfsgüter aus den USA – gesetzeswidrig – nach Kuba brachten bzw. bringen. Dazu zählen aber auch immer mehr US-Unternehmen, denen wegen des Embargos die Profitchancen auf Kuba entgehen (Umwegeschäfte via Drittländer werden von der Regierung allerdings toleriert!), während ausländische Firmen mit Kuba zunehmend ins Geschäft kommen. Vor diesem Hintergrund kam es im vergangenen Juli zu den beiden überraschend deutlichen Entscheidungen im Kongress: im Repräsentantenhaus stimmten 301 gegen 116, im Senat 79 gegen 13 Abgeordnete für eine Lockerung des US-Embargos gegen Kuba. Bisher kamen derartige Bemühungen auf maximal 80 Befürworter. Bereits vor drei Jahren hatte der republikanische Repräsentant George Nethercutt den zugrundeliegenden Gesetzentwurf im Kongress eingebracht, um Interessen seines Heimatstaates Washington direkt zu fördern: Erhöhung der Exporte der darbenheimischen Landwirtschaft. Bevor die beiden Gesetzesvorlagen in Kraft treten können, müssen sie allerdings durch beide Kongresskammern zu einem Kompromiss umgearbeitet und vom Präsidenten unterzeichnet werden. Clinton hat diesbezüglich nur in einer Hinsicht Kritik geübt: die Texte könnten wegen der vielen spezifischen Klauseln seine exekutive Handlungsfreiheit einschränken. Trotz der sachten Änderungen halten sich die USA für alle Eventualitäten gerüstet. So verfügt die US-Administration über diverse Alternativpläne („contingency plans“) für den künftigen Umgang gegenüber Kuba mit einem breiten Arsenal an Aktionsvorschlägen bis hin zum Einsatz von Militär. Auch die künftige Administration dürfte wohl das primäre Ziel aller bisherigen US-Administrationen wie auch Clintons fortführen: den oppositionellen und Exil-Kubanern beim Kampf gegen das Castro-System helfen und, so Newsweek, „Kapitalismus und Materialismus wie einen Krankheitserreger hineinkriechen zu lassen“.

### Perspektiven

Auf einen „methodischen Aspekt“ linker Politik in den USA sei hier hingewiesen. Wie schon in den

sechziger Jahren kristallisiert sich heraus, dass die Nutzung neuer Techniken in den USA Vorbild sein kann für uns hier. Was damals Sit-ins und vielfältige andere gewaltfreie und fantasievolle soziale Techniken waren, ist heute u.a. die ideenreiche und teilweise äußerst attraktive Nutzung des Internets. Die zum Teil erreichte Professionalität erklärt sich vor allem aus dem Lernen und Imitieren von kommerziellen Internetanbietern im politischen Bereich (Berater, think tanks etc.). Hier könnten und sollten Nutzungsansätze bei uns sich Anregungen holen. Damit könnten die traditionellen Vorgehensweisen sinnvoll ergänzt werden und außerdem der transnationalen Kommunikation und Vernetzung entgegen kommen.

Vor diesem etwas düsteren Hintergrund verwundert es nicht, wenn linke Intellektuelle und AktivistInnen in den USA (darunter sogar Richard Sennett) erwartungsvoll nach Westeuropa blicken und sich von hier entscheidende Impulse und Einflussnahmen auf ihre konservative Regierung erhoffen. Und tatsächlich könnte und muss die EU noch stärker als bisher Vorreiter sein bzw. dazu gemacht werden von der europäischen Linken für eine soziale, ökologische und humane Entwicklung, wie sie in vielen linken Programmen oder auch ähnlich in der Agenda 21 (in einer progressiven Interpretation) formuliert ist.

Trotz der Unterschiede zu Rahmenbedingungen, Binnenstrukturen, Ideologien und Erfahrungen kommen doch zahlreiche Debatten, Haltungen, Strategien und Verhaltensweisen „bekannt“ vor. Viele Kämpfe innerhalb eines spät- oder postfordistischen System sind in den USA und Westeuropa grundsätzlich ähnlich – bei aller national spezifischen Form. Gerade vor dem Hintergrund relativ vergleichbarer Grundstrukturen in den USA und Westeuropa und sowohl ähnlicher Probleme und Herausforderungen als auch ähnlicher Zielvorstellungen ist es hohe Zeit, dass sich ein breites Spektrum Linker beider transatlantischer Länder bzw. Großregionen enger zusammenschließen, sich austauscht und die hegemonialen Strukturen gemeinsam bekämpft und überwindet – bevor es zu spät ist. Vereinzelt vage Ansätze dazu gibt es immer wieder. Eine Bündelung und Verstärkung steht allerdings aus. **spw**

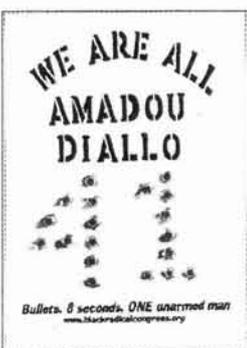
## Black Radical Congress

Towards a Black Liberation Agenda for the 21st Century

|  |  |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li> Welcome Message</li> <li> Program Agenda/Description of City</li> <li> Sponsors Page</li> <li> Downloadable Presentation Slides</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li> Public Statement</li> <li> Press Links</li> <li> BPPC Entry (National News/Info)</li> <li> Archive of Old National Web Site</li> </ul> |
|--|--|

### UPCOMING EVENT

|                  |  |
|------------------|--|
| <b>What</b>      | Black Radical Congress<br>National Council Meeting   |
| <b>Where</b>     | Bay Area, CA, USA  |
| <b>When</b>      | Saturday, October 7, 2000 through Sunday, October 8, 2000<br>(Coordinating Committee Meeting: Friday, October 6, 2000) |
| <b>More Info</b> | <a href="mailto:info-blackradicalcongress@gmail.com">info-blackradicalcongress@gmail.com</a>                           |



The Black Book Project  
2000-2004  
PO Box 9999  
Oakland, CA 94602-0999  
Phone: (415) 758-2579  
Fax: (415) 758-2579  
Email: [info@blackbookproject.com](mailto:info@blackbookproject.com)

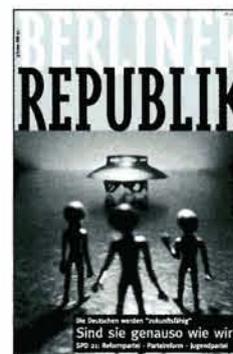
# Zum neuen Kampf muss Neues wachsen



**E**s geht um neue Politik – undogmatisch, pragmatisch, progressiv. Wir suchen nach den besseren Argumenten jenseits anachronistischer Denkschablonen, nach einer neuen Linie, nach einem neuen Ton verbindlicher Politik. Jetzt regieren die staatstragenden Yesterday Heroes der 68er. Aber dahinter wird eine neue Generation sichtbar, die von Berlin aus wirksam wird. Die *Berliner Republik*, herausgegeben von dreizehn jüngeren SPD-Bundestagsabgeordneten, wird für diese politische Generation ein Platz der Selbstverständigung sein. Weil jede Zeit ihre eigenen Antworten braucht.

#### Die Berliner Republik jetzt für 8 DM testen!

Probeexemplar bei: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Stresemannstraße 30, 10963 Berlin, Tel. (0 30) 2 55 94 - 1 30, Fax (0 30) 2 55 94 - 1 90, E-Mail [vertrieb@vorwaerts.de](mailto:vertrieb@vorwaerts.de)



Herausgeber: Dr. Hans-Peter Bartels (verantwortlich i.S.d.P.), Kurt Bodewig, Sebastian Edathy, Kerstin Griese, Hubertus Heil, Christian Lange, Birgit Roth, Dr. Carola Reimann, Michael Roth, Carsten Schneider, Karsten Schönfeld, Rolf Stöckel, Ute Vogt

# Ein Israel?

Zur Lage der israelischen Arbeitspartei

Von Inken Wiese

Als Anfang der 90er Jahre in Israel die Direktwahl des Ministerpräsidenten beschlossen wurde, orientierte man sich – wie in so vielen Bereichen – am Beispiel der USA. Nicht mehr der Spitzenkandidat der stärksten Partei sollte in Zukunft mit der Regierungsbildung beauftragt werden. Denn zu häufig hatte der Ministerpräsident aufgrund der mangelnden Koalitionsdisziplin vieler Abgeordneter das Verhalten der eigenen Koalitionspartner ebenso fürchten müssen wie das der Opposition. Misstrauensanträge, wie sie in der israelischen Politik an der Tagesordnung sind, sollten nicht länger die politische Arbeit lähmen können, nur weil die Regierung nicht auf ihre eigene Mehrheit vertrauen konnte. Von einem Direktmandat hingegen versprach man sich eine größere Unabhängigkeit des Regierungschefs. Die Ergebnisse der Wahlen von 1996, als der Ministerpräsident erstmalig direkt gewählt wurde, und von 1999 haben das Regieren jedoch in keiner Hinsicht leichter oder effektiver gemacht. Man hatte nämlich nicht daran gedacht, die übrigen Institutionen der parlamentarischen Demokratie Israels dieser strukturellen Reform anzupassen. Durch die Zweiteilung der Wahlstimme kam es in Folge zu einer weiteren Zersplitterung der Parteienlandschaft, was die Koalitionsbildung zusätzlich erschwerte. So endete die Amtszeit Benjamin Netanjahus von der *Likud-Partei* vorzeitig, weil die Knesset – das israelische Parlament – seiner Regierung das Vertrauen entzog. Und auch der als Hoffnungsträger gefeierte Ehud Barak, Vorsitzender der Arbeitspartei, brauchte kein Jahr, um nun nur noch eine Minderheitsregierung anzuführen. Sollte es ihm in absehba-

rer Zeit nicht gelingen, eine neue parlamentarische Mehrheit hinter sich zu vereinen, werden Neuwahlen unvermeidlich sein. Ganz nach dem Prinzip „trial and error“ wird daher derzeit erwogen, die Direktwahl des Ministerpräsidenten wieder abzuschaffen.

## Abschied von der Politik

Die Zahl der Parteien, die zu Knesset-Wahlen antraten, war stets hoch gewesen, und da die Hürde für ein Mandat lediglich bei einem, später bei anderthalb Prozent der Wählerstimmen lag, glückte auch vielen kleineren Parteien der Einzug ins Parlament. Im allgemeinen aber entschied sich die Mehrheit der israelischen Wahlberechtigten für eine der beiden großen Volksparteien. Nun unterstützt man diese durch das Direktmandat jedoch automatisch, da die kleineren Parteien entweder keine eigenen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten aufstellen oder sie – wie 1999 – noch vor der Wahl zurückzogen. So sind die Wählerinnen und Wähler jetzt in der Lage, mit ihrer Zweitstimme speziellen Interessen und Ansichten Ausdruck zu verleihen. Viele der bei den vergangenen beiden Wahlen konkurrierenden Parteien konnten sich daher auf ein spezifisches Thema im Wahlkampf konzentrieren, ohne dass der Mangel eines umfassenden Wahlprogramms ihre Erfolgchancen schmälert hätte. In der 15. Knesset, die 1999 gewählt wurde, gab es anfangs 15 Fraktionen, von denen einige allerdings als Wahlbündnisse aus zwei und mehr Parteien angetreten waren und mittlerweile auseinandergebrochen sind. Ganz ohne Wahlen hat sich also die Zahl der Fraktionen in der Zwischenzeit auf 17 erhöht.

Durch diese Parteienvielfalt erhielt die Heterogenität und zunehmende Individualisierung der israelischen Gesellschaft einen politischen Ausdruck. So finden sich in der Knesset zwei Parteien, die vor allem die Interessen der russischen Einwanderinnen und Einwanderer vertreten, wie auch drei arabische Wahlbündnisse, darunter eine islamische Partei. Neben den etablierten jüdisch-orthodoxen Parteien *Shass*, *Agudat Jisrael* und *Mafdal*, die zusammen ein Viertel aller Abgeordneten stellen, hat es allerdings auch die offen anti-religiöse und säkulare Partei *Shinui* (Veränderung) aus dem Stand auf sechs von 120 Knesset-Mandaten gebracht. Likud und Arbeitspartei wiederum verloren 1999 gegenüber den Wahlen von 1996 jeweils sieben Mandate, d. h. ca. sechs

Prozent. Es mangelt jedoch auch nicht an Vorwürfen, dass einige dieser zahlreichen neuen Parteien weniger die Anliegen ihrer Wähler repräsentieren; vielmehr würden sie den Machterhaltungstrieb ihrer Gründer und (oftmals einzigen) Abgeordneten befriedigen und deren Privatinteressen fördern. In der Tat führen einige Parteien ihre Entstehungsgeschichte auf enttäuschte politische Ambitionen ihrer Gründer in deren ursprünglichen Parteien zurück.<sup>1</sup> Natan Sznajder, bisiger Kritiker der israelischen Verhältnisse, spricht daher auch von einer „Verabschiedung der Abgeordneten aus der Politik“.<sup>2</sup>

Doch auch die israelische Bevölkerung hat sich im Laufe der Jahrzehnte von der Politik verabschiedet. Die politische Partizipation in Parteien läßt stetig nach, damit einher geht eine wachsende Entfremdung von der Politik. Dies stellt eine Gefahr für die junge Demokratie Israels dar und gipfelte 1995 in der Ermordung des Ministerpräsidenten. Zudem ist durch das Aufbrechen der ethnischen und religiösen Konflikte Israels die innergesellschaftliche Solidarität gesunken. Die Identifikation mit dem politischen System wird weiterhin durch die begrenzten Partizipationschancen in den stark hierarchisch und zentralistisch organisierten Parteien erschwert. Die überwiegende Mehrheit der israelischen Bürgerinnen und Bürger hat daher den Eindruck, kaum politischen Einfluss nehmen zu können, und empfindet ihren Staatsbürgerstatus als rein passiv.<sup>3</sup> Die Skandale, in die einige führende israelische Politiker in den vergangenen Jahren verwickelt waren und die von Korruption bis Vergewaltigung reichten, schwächen zudem den Respekt der Bevölkerung vor ihren gewählten politischen Vertreterinnen und Vertretern. Besonders stark ausgeprägt sind die Ressentiments gegen das politische System unter Jugendlichen. So ergab eine 1998 von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebene Studie unter Israelis zwischen 15 und 24 Jahren, dass dem Beruf des Politikers sogar noch weniger Achtung gezollt werden sollte als dies momentan noch der Fall ist. Auch das Vertrauen von Jugendlichen in die Knesset und die Parteien stellte sich als gering heraus: Während 83.3% auf das Militär vertrauen und immerhin 64.8% auf das Rechtssystem, befindet sich die Knesset mit 41.2% auf dem fünften und die politischen Parteien mit 33.4% auf dem letzten Platz.<sup>4</sup>

Inken Wiese, 25, studiert in Berlin Islamwissenschaft. Sie ist Koordinatorin des Willy Brandt-Zentrums Jerusalem e.V., eines gemeinsamen Begegnungsprojekts der Jusos mit der israelischen Labour-Jugend und der palästinensischen Fatah-Jugend.

### Die Mitverantwortung der Arbeitspartei

Auch wenn Ehud Barak und die Arbeitspartei von diesen politischen Zuständen derzeit stark betroffen sind, so haben sie doch die Entwicklung dahin mitzuverantworten. Denn es waren nicht zuletzt die Monopolstellung der Arbeitspartei in vielen staatlichen und gesellschaftlichen Bereichen (zum Beispiel im Gesundheitswesen) und die daraus resultierenden Abhängigkeitsverhältnisse, welche die israelische Politik bis in die 90er Jahre prägten.

Die Bedeutung der israelischen Arbeitspartei rührt vor allem von den dichten gesellschaftlichen Netzwerken her, die sie bereits vor der Staatsgründung geschaffen hatte. Denn die *Mapai* (Partei der Arbeiter Eretz Israels, wie sie damals noch hieß) verstand sich zwar als Partei der Arbeiterklasse, doch gab es im *Jeschuw* (der jüdischen Gemeinschaft in Palästina vor 1948) weder eine ausgeprägte Klassengesellschaft noch eine Arbeiterklasse im eigentlichen Sinn. Im Gegenteil, zunächst waren die Nation und der Staat zu errichten, in der die zukünftige Arbeiterklasse den ihr zustehenden Platz erhalten würde. Die *Mapai* konnte entscheidende Teile der Bevölkerung mobilisieren, weil sie das dominierende Element in den vorstaatlichen militärischen Verteidigungseinheiten und in der Histadrut war. Die Histadrut ist bis heute eine allgemeine Gewerkschaft, damals waren auch soziale Versorgungseinrichtungen wie die Krankenkasse und ein allgemeines Schulwesen an sie angeschlossen.

Der prägende Einfluss der Arbeitspartei auf Gesellschaft und Politik blieb auch nach der Staatsgründung Israels erhalten, denn nach der Staatsgründung wurde sie die führende Partei im neu gegründeten Parlament. Allerdings wurden ihre Strukturen zunehmend als undurchdringbar und hierarchisch wahrgenommen. So wurde beispielsweise die Besetzung aller parteilichen und politischen Ämter durch ein (nicht-gewähltes!) Nominierungskomitee bestimmt, wodurch sich ein Patronage-System entwickelte, das die Partei in den Augen der Bevölkerung zur Vertreterin bestimmter Bevölkerungsgruppen werden ließ. Dazu zählten insbesondere aschkenasische, d.h. europäischstämmige Juden oder Vertreter der Bürokratie, während sich die schnell wachsende Gruppe orientalischer Juden (*Misrachim*) immer weniger in ih-

ren Interessen durch die Arbeitspartei repräsentiert fühlte.<sup>5</sup> Dies und nicht zuletzt die Schuld, die der Parteiführung an den im Jom-Kippur-Krieg von 1973 erlittenen Verlusten gegeben wurde, führten schließlich 1977 zum Sturz der Arbeitspartei. Die Partei war zum schwerfälligen Apparat verkommen, dem die Bevölkerung ihr Vertrauen entzog.

Erst 1992 setzten sich die Forderungen nach partei-interner Demokratisierung in Form von sogenannten *primaries* durch. Seither werden die Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlen zur Knesset in einer Abstimmung von allen Parteimitgliedern bestimmt. Dies veränderte jedoch zunächst nichts an der Parteiführung, denn um den Spitzenplatz konkurrierten damals keine jüngeren Politiker oder gar Politikerinnen, sondern die beiden über 70-jährigen Parteiveteranen Schimon Peres und Jizchak Rabin. Positiv haben sich die *primaries* auf die Meinungsvielfalt innerhalb der Partei ausgewirkt, was auch auf die Rolle der Medien im israelischen Alltag zurückgeführt werden kann. Denn um sich durch die Medien vor einer breiteren Öffentlichkeit profilieren zu können, müssen die Abgeordneten durch provokative Meinungen auffallen. Dadurch wird jedoch bisweilen die Parteidisziplin unterminiert. Dem internen Demokratisierungsprozess waren die *primaries* hingegen nur begrenzt förderlich, da sich in der derzeitigen Form vor allem diejenigen Bewerberinnen und Bewerber durchsetzen, die sich einen aufwendigen Wahlkampf leisten können. Dies trifft kaum auf die junge Generation zu, so dass der jüngste Knesset-Abgeordnete der Arbeitspartei derzeit 39 Jahre alt ist.

Ein weiterer Faktor, der in Israel von politischer Partizipation abschreckt, insbesondere in den Reihen der Arbeitspartei, ist die andauernde Kooptierung von Generälen nach der Beendigung ihrer militärischen Karriere in hohe, wenn nicht die höchsten Parteiämter. Wie seinerzeit schon Jitzhak Rabin, wurden Ehud Barak, ehemaliger Generalstabschef der israelischen Armee, oder auch Matan Vilnai, ehemaliger stellvertretender Generalstabschef und heute Minister für Wissenschaft, Kultur und Sport, binnen eines Jahres nach ihrem Ausscheiden aus der Armee Ministerposten angeboten. Ihnen schlägt doppelter Unmut aus der Partei entgegen: Sie sind nicht vertraut mit den Strukturen der Partei und zeigen häu-

fig geringes Interesse, sich in diese zu integrieren; zusätzlich wird ihnen vorgeworfen, auf Kosten des Parteienwachstums bevorzugt Freunde und Untergebene aus ihren Tagen beim Militär zu befördern.

### Vor einer doppelten Herausforderung

Zwar bemüht sich die Arbeitspartei in den vergangenen Jahren um ein neues Gesicht, doch der alte Ruf hält sich zäh. Sie ist zudem geschwächt durch Machtkämpfe zwischen der Fraktion und der Partei und durch eine schwere finanzielle Krise. So wollte der neue Parteivorsitzende Ehud Barak weitere Modernisierungsvorhaben anstoßen. Zugleich hat er jedoch durch seinen Wahlkampf und Strafzahlungen von über fünf Millionen DM (für staatliche Gelder, die an fiktive gemeinnützige Vereine geflossen sind!) den Schuldenberg der Partei derart vergrößert, dass die Partei und Unterorganisationen wie die Jugendorganisation „Young Labour“ momentan auf fast allen Ebenen handlungsunfähig sind. Ein Großteil des Parteivermögens, vor allem Immobilien und Grundstücke, müssen abgestoßen werden; sogar die Parteizentrale in der Tel Aviver Allenby-Straße steht zum Verkauf. Einige Stimmen vermuten jedoch auch, dass es zur Strategie Baraks gehört, die Partei, mit der ihn bis vor wenigen Jahren nichts verband, zugrunde zu richten, um auf ihren Trümmern eine gänzlich neue Partei entstehen zu lassen. Die stetig sinkenden Mitgliedszahlen von derzeit noch 89.000 dürften in die-



*Ausgerechnet in der kritischen Phase des Friedensprozesses hat ein Prozess der Selbsterneuerung in der Partei eingesetzt.*





sem Fall für Barak geringer Anlass zur Sorge sein.

Ausgerechnet in dieser kritischen Phase des Friedensprozesses sowie der wachsenden innerisraelischen Spannungen hat also ein Prozess der Selbsterneuerung in der Partei eingesetzt. Doch ebenso unklar wie das Schicksal der Partei selbst ist auch ihr innenpolitischer Kurs: Zunächst hatte Barak – unter vehementem Protest eines Großteils seiner Partei und seiner Wähler – versucht, das religiöse Lager

in die Regierungspolitik zu integrieren und dem Motto seines Wahlbündnisses „Israel Achat“ (Ein Israel) gerecht zu werden. Nach wiederholten Enttäuschungen durch seine Koalitionspartner hat er nun jedoch zu einer „säkularen Revolution“ aufgerufen: Machtdomänen des religiösen Establishments wie das Religionsministerium werden abgeschafft, und Israel soll nach 52 Jahren endlich eine Verfassung erhalten. Letztere war bisher sowohl an den ungeklärten Landesgrenzen gescheitert, als auch am Protest der Orthodoxen, für die nicht ein säkulares Dokument, sondern die Bibel die Prinzipien eines jüdischen Staates festlegt. Ob Barak und die Arbeitspartei für diese Projekte eine Mehrheit in der Knesset finden oder ob es ein weiteres Mal Neuwahlen geben wird, ist derzeit nicht abzusehen.

Wegen der Ungewissheit des Abstimmungsverhaltens der enttäuschten israelischen Wählerinnen und Wähler wagt derzeit aber kaum ein israelischer Politiker konkrete Aussagen bezüglich der offenen innen- und außenpoliti-

schen Fragen zu treffen. Im Ausland, das auf abschließende Lösungen im Friedensprozess drängt, wirbt man mit dem Hinweis auf die „constituency“, die eigene Wählerschaft, um Verständnis. Diese dürfe man nicht mit weitgehenden Vorschlägen zu Jerusalem oder der Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge überfordern, wenn man den bereits schwachen Rückhalt im Volk und die Wiederwahl nicht gefährden wolle. Doch obwohl – oder gerade weil – die israelische Führung dieses Problem mit ihren palästinensischen Partnern teilt, scheint hier eine Lösung weniger denn je in Sicht.

spw

<sup>1</sup> Peretz, Don/ Doron, Gideon: The Government and Politics in Israel, 3. Aufl., Boulder, 1997, S.93.

<sup>2</sup> Sznajder, Natan: Einsam an der Spitze, in: Süddeutsche Zeitung vom 12. Juli 2000, S.16.

<sup>3</sup> Yishai, Yael: Land of Paradoxes. Interest Politics in Israel, Albany, 1991, S. 31 ff.

<sup>4</sup> The FES Israeli Youth Study, No.1, Tel Aviv, 1998, S.14, 22.

<sup>5</sup> Arian, Asher/ Talmud, Ilan, „Electoral Politics and Economic Control in Israel“ in: Piven, Frances Fox (Hrsg.), Labour Parties in Post-industrial Societies, New York, 1992, S.169-189, 181 ff.

## Terminankündigung

Forum der spw

09. Dezember 2000 10.00 – 18.00 Uhr:

# „Umbau statt Abbau“ – Beiträge für eine moderne Sozialpolitik

Hannover, Pavillon Lister Meile 4 (gleich beim Hbf)

Begrüßung: Thomas Westphal  
Impulsreferate: Prof. Dr. Günter Voß, TU Chemnitz, Hans-Jürgen Urban, IG-Metall

### Arbeitsgruppen

- Wandel der Arbeit und Zukunft des Sozialstaats  
Ltg. Ulf-Birger Franz/ Benjamin Mikfeld  
mit Axel Gerntke (IGM), Detlev von Larcher, MdB; Thomas Sauer, MdB, Wolfgang Baasch, MdL, Birgit Zoerner u.a.
- Wirtschaftsdemokratie, Mitbestimmung und Betriebsverfassung  
Ltg. Jürgen Ulber, u.a. mit Olaf Scholz, MdB
- Gesundheitspolitik der Zukunft  
Ltg. Horst Peter, u.a. mit René Röspel, MdB
- Zukunft des Generationenausgleichs  
Ltg. Felix Welti, u.a. mit Andrea Nahles, MdB

### Abschlussplenum

mit Thomas Oppermann (nds. Wissenschaftsminister), Andrea Nahles (MdB, DL 21), Benjamin Mikfeld (Juso-Bundesvorsitzender)

### Mitveranstalter:

Juso-Bundesverband, Juso-Landesverband Niedersachsen, HKS 13 - Zukunftsforum für die Sozialdemokratie, ProMS Hannover

**Anmeldung** und nähere **Informationen** beim Juso-LV Niedersachsen, Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover Stichwort „Forum Sozialstaat“ und bei ulf-birger.franz@hks13.de; Informationen im Internet unter [www.hks13.de](http://www.hks13.de).

Am Sonntag, 10. Dezember, finden in Hannover die Jahreshauptversammlung des Vereins zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung e.V. und die Gesellschafterversammlung der spw Verlag/ Redaktion GmbH statt.

In der letzten spw hat Fiete Sass einen sehr interessanten -Aufsatz zum Thema „Human Capital“ veröffentlicht, der hoffentlich den Ausgangspunkt einer breiteren Debatte zur Positionsbestimmung von SozialistInnen zur Informationsökonomie bilden wird. Ich will ausgehend von Fietes Text einige theoretische und strategische Bemerkungen machen, die nicht unbedingt im Gegensatz zu Fietes Ausführungen stehen, aber andere Akzente setzen und einige neue Aspekte einbringen.

### Vom „Wert“ des „Human Capital“

Fiete Sass weist darauf hin, dass Human Capital nicht Kapital im eigentlichen Sinne ist, weil es an freie Personen gebunden ist. Niemand, selbst diese Personen nicht, kann es (also sich) verkaufen und dieses „Kapital“ damit realisieren. Der „Wert“ des Human Capital ist also sowieso eine fiktive Größe, aber es handelt sich auch gar nicht um einen Wert im werttheoretischen Sinne, der irgendwie durch seine Reproduktionskosten, letztlich die dazu gesellschaftlich notwendige Arbeit, bestimmt wäre, sondern um einen fiktiven Preis, der quantitativ bestimmt ist „aus den (abgezinsten) späteren Erträgen, hier Einkommen“ (Sass: 40). Ein Mensch mit einem Jahresbruttoeinkommen von 100.000 DM könnte so bei einem Zinssatz von 5% den fiktiven Wert seines Human Capital als  $100.000/0,05 = 2$  Mio. DM bestimmen. Es handelt sich sozusagen um den „Shareholder Value“ der Arbeitskraft, wobei unter bürgerlichen Verhältnissen die Person selbst ihr eigener und einziger Shareholder ist. Ohne das Wort „Human Capital“ zu verwenden, beschreibt schon Marx dieses Phänomen genau, nicht ohne hinzuzufügen: „Die Verrücktheit der kapitalistischen Vorstellungsweise erreicht hier ihre Spitze“ (MEW 25: 483). Der so ermittelte fiktive Wert hängt ab von erwarteten realisierbaren Erträgen bzw. Einkommen einerseits, dem allgemeinen Zinsniveau andererseits, kann also je nach ökonomischer Lage und ihrer Einschätzung heftig schwanken. Kaufen kann man sich dafür wie gesagt sowieso nichts.

Tatsächlich kaufen und verkaufen kann man Kapital in anderen Formen, dessen Preis auf gleiche Weise durch die Kapitalisierung erwarteter Erträge bestimmt wird. Die gilt zum Einen für (von Marx so genanntes) fiktives Kapital in seinen verschiedenen Formen, nämlich Wertpapiere aller Art, insbesondere auch Aktien, die nur Eigentumstitel an Anteilen und Profiten eines Kapitals sind, das real z.B. in Form von Gebäu-

den, Maschinerie oder auch Geld ganz woanders angewendet wird (vgl. MEW 25: 483ff.). Der Markt- bzw. Kurswert dieses fiktiven Kapitals kann ein Mehrfaches des realen Kapitalwerts betragen, erst recht, wenn die Kurse auch noch spekulativ überhöht sind, wie im gegenwärtigen Casino-Kapitalismus. Zum Zweiten bestimmt sich so der Bodenpreis im Kapitalismus, nämlich aus der Kapitalisierung der Grundrente (vgl. etwa MEW 25: 636f.), der nach Marx dritten grundlegenden Einkommensform im Kapitalismus neben Profit und Arbeitslohn (MEW 25: 822).

### Wertschöpfung oder Ausbeutung?

Welchen sozialökonomischen Charakter haben nun die Erträge bzw. Einkommen, die der quantitativen Bestimmung des Human Capital zugrundeliegen? Zum einen sind es Löhne, so gesehen kann jede einigermaßen „beschäftigungsfähige“ Arbeitskraft als Human Capital betrachtet werden. Das spannende Thema, um das es auch bei Sass geht, sind allerdings die weit über üblichen Löhnen auch qualifizierter Beschäftigter liegenden Einkommen, die von besonders begehrten „Knowledge Workern“ insbesondere in aufstrebenden Bereichen der „New Economy“ erzielt werden. Diese sind offenbar nicht, wie es Löhne in marxistischer Sicht allgemein sind, durch den Wert der Arbeitskraft bestimmt, also ihren Reproduktionskosten auf dem historisch erreichten und gesellschaftlich im Rahmen der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit durchgesetzten Niveau (incl. aller Abgaben, Altersvorsorge und den normalen Annehmlichkeiten des Lebens). Sondern sie liegen deutlich darüber, auch unter Berücksichtigung des Qualifizierungsaufwands, werden keineswegs von allen qualifizierten Erwerbstätigen erreicht.

Dies ist allerdings keinerlei Erklärung, sondern ein klassischer Zirkelschluss, denn wie wir eben sahen, ist genau andersherum dieses Human Capital gerade durch die Höhe dieser Einkommen bestimmt, die es hier erklären soll, und davon unabhängig überhaupt nicht zu bestimmen. Auch die in der „Human Capital Investitionsrechnung“ nach Davenport (Sass: 41) genannten Faktoren ermöglichen keine solche Bestimmung. Als Legitimationsideologie wird diese angebliche Erklärung allerdings gerne aufgegriffen.

Selbstverständlich ist trotzdem etwas Wahres an diesen Modellen, reflektieren sie reale Bedingungen und Prozesse. Zum Einen ist ein qualifiziertes Ar-

beitskräftepotential selbstverständlich eine wichtige Bedingung für hochproduktive Produktion. Aber es geht immer um *gesellschaftliche* Produktion und Produktivität und es ist nur eine Bedingung, und sie ist nicht individualisierbar und nicht wie oben dargestellt als „Human Capital“ quantifizierbar. Auch das Anlagevermögen einer Volkswirtschaft wird ja in keiner seriösen Statistik in Höhe seines Shareholder Value oder fiktiven Kapitalwerts ausgewiesen, sondern ausgehend von den Anschaffungs- oder Wiederbeschaffungspreisen.

Zum Anderen haben die von Sass dargestellten Faktoren und Anforderungen an die Träger des „Human Capital“ sowie angemessene Formen des Managements und der Betriebsorganisation tatsächlich große Bedeutung dafür, ob diese Person oder der Betrieb in der Lage ist, unter den *gegebenen Bedingungen* besonders hohe Einkommen oder Erträge zu erzielen oder ob ihnen das nicht gelingt und sie ggf. sogar in der Pleite enden. Aber es geht hier um Mechanismen, die zu einer extrem ungleichen *Aneignung* gesellschaftlich produzierter Werte führen, nicht um die *Produktion* besonders hoher Werte.

Anders gesagt: Dort wird über den im Betrieb selbst produzierten Mehrwert hinaus Extramehrwert angeeignet, zu Lasten anderer Bereiche der Wirtschaft und der dort Arbeitenden. Auch Sass sagt zurecht: „Das Ganze ist ein beispielloser Raubzug“ (Sass 45). Allerdings erleben wir nicht nur und primär einen Raubzug zu Lasten der Profite anderer Firmen, sondern v.a. auch zu Lasten der Arbeitenden bzw. der ArbeiterInnenklasse. Denn dass zugleich die Profite insgesamt gestiegen sind, liegt nicht an höherer Wertschöpfung durch verstärkte Nutzung immaterieller Pro-

# Über Human Capital, Cyberlords und modernen Sozialismus

Mehr als nur Anmerkungen zum Artikel von Fiete Sass in spw 114

von Ralf Krämer\*

*Die Gier nach globalen Informationsrenten ist eine zentrale Triebkraft des modernen Imperialismus*

\* Ralf Krämer, Dortmund, Sozialwissenschaftler

Für  
**18**  
ganz  
schön  
clever...

... sind unsere  
beiden neuesten Bücher,  
wieder in bewährter  
AKP-Qualität zum sagenhaft  
niedrigen Preis von  
jeweils 18,- DM.

Ulrich Schiller-Diebitz  
Klaus-Peter Hermski (Hg.)

### KOMMUNALE UNTERNEHMEN

auf  
der  
Flucht  
nach  
vorn!



Bielefeld 1999  
136 Seiten, 18,- DM  
ISBN 3-9803641-2-7

Sebastian Müller  
Rita A. Herrmann (Hg.)

### INSZENIERTER FORTSCHRITT

die Emscherregion  
und ihre  
Bauausstellung



Bielefeld 1999  
136 Seiten, 18,- DM  
ISBN 3-9803641-3-5

#### Hier bestellen:

Alternative Kommunalpolitik  
Luisenstraße 40, 33602 Bielefeld  
Tel. 05 21/17 75 17, Fax 05 21/17 75 68  
e-mail: [AKP-Redaktion@t-online.de](mailto:AKP-Redaktion@t-online.de)  
[www.gruene.de/akp-redaktion](http://www.gruene.de/akp-redaktion)

dukte und Produktion, sondern an der vom Kapital auf Basis der ungünstigen Kräfteverhältnisse in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit durchgesetzten Umverteilung zu Lasten der Löhne bzw. steigenden Mehrwertrate.

Und in dem Maße, wie hier tätige „Knowledge Worker“ übermäßig hohe Einkommen erzielen, auch wenn sie als Angestellte tätig sind und dies aufgrund ihrer besonderen Bedeutung oder „Produktivität“ für den Betrieb durchsetzen können, oder als kleine Selbständige, die keine oder nur wenige Lohnabhängige beschäftigen, sind ihre Einkommen Bestandteile solchen Extramehrwerts, beruhen also auf Ausbeutung. Das ist kein moralischer Vorwurf, aber es sollte analytisch klar sein, weil es Konsequenzen für die Verallgemeinerungsfähigkeit der damit zusammenhängenden Interessen und für die Strategie hat.

#### Informationsrenten

Es geht nicht nur um den in allen kapitalistischen Wirtschaftszweigen üblichen Extraprofit, den sich die produktiveren oder qualitativ besseren Produkte herstellenden Betriebe zu Lasten ihrer Konkurrenten aneignen können. Dieser Prozess treibt die Produktivkraftentwicklung voran und ist insoweit gerechtfertigt, und durch das Nachziehen oder Überholen der Konkurrenz sind diese Extraprofiten immer wieder gefährdet. Es geht auch nicht nur darum, dass aufgrund des raschen Wachstums in dieser Branche das Produktionspotential und insbesondere das Potential qualifizierter Arbeitskräfte gegenüber der wachsenden Nachfrage knapp ist und deshalb die Profitraten und die Einkommen hier überdurchschnittlich sind. Auch diese Situation ist zeitlich begrenzt, und danach werden sich die Löhne hier denen für qualifizierte Arbeitskraft in anderen Bereichen tendenziell angleichen, bei Überangebot vielleicht sogar darunter fallen. Es gibt aber einen spezifischen, in dieser Form nur für Informationsprodukte zutreffenden Grund dafür, dass in diesem Sektor erfolgreiche Unternehmen dauerhaft überdurchschnittliche bis exorbitante Profite erzielen können, von denen dann auch die für diese spezifischen Produkte individuell wichtigen Personen (seien es z.B. Musik- und Filmkünstler oder „Programmierkünstler“) durch exorbitante Einkommen profitieren können.

Als Informationsprodukte betrachte ich hier z.B. Software, Texte, Musik, Filme, Erfindungen, Design und andere Ideen usw., also Produkte, die wesentlich Resultate geistiger Arbeit sind und

deren Vervielfältigung und Verbreitung nur relativ geringe bis nahezu gar keine Kosten verursacht. Die wesentlichen Kosten fallen bei der Entwicklung bzw. ursprünglichen Produktion an, hier ist erheblicher Kapitalvorschuss notwendig, der heute häufig über die Börse oder andere Kapitalanlagemodelle von vermögenden Privathaushalten eingesammelt wird. Wenn das Produkt kein Erfolg wird, kann dieser Einsatz verlorengelassen werden. Wenn das Produkt aber ein Erfolg wird und der „break even point“, also die für die Kostendeckung notwendige verkaufte Auflage bzw. Nutzung überschritten wird, dann ist es fast so gut wie eine Lizenz zum Gelddrucken, weil mit jeder zusätzlich verkauften Kopie oder Lizenz ein Vielfaches von Einnahmen gegenüber den zusätzlichen Kosten entsteht. Der ökonomischen Form nach handelt es sich dabei nicht um gewerbliche Profite, sondern um Renten, Informationsrenten.

Marx hat die Grundrente analysiert, die sich die Eigentümer knapper, nicht beliebig produzierbarer Produktionsbedingungen wie Ackerboden, Rohstoffquellen, Infrastruktureinrichtungen usw. aneignen. Die produzierenden Betriebe sind auf die Nutzung dieser Produktionsbedingungen angewiesen, können andererseits mittels dieser Nutzung überdurchschnittliche Profite erzielen. Soweit die Kapitalisten der Produktionsbetriebe und die Eigentümer dieser Produktionsbedingungen nicht identisch sind, fließt letzteren die Differenz zwischen diesem überdurchschnittlichen und dem normalen Profit als Rente, konkret als Pacht oder irgendeine andere Form von Nutzungsentgelt zu. Da sie auf einer monopolistischen Position beruhen, unterliegen diese Renteneinkommen nicht dem Ausgleich der Profitraten, sondern können dauerhaft und in großer Höhe bestehen.

#### Informationskapitalismus und moderner Imperialismus

Nun könnte man meinen, dass Informationsprodukte ganz im Gegensatz dazu doch gerade keine knappen Produktionsbedingungen, sondern beliebig und extrem billig zu vervielfältigen sind. Technisch gesehen ist das richtig, und das ist die Basis für die Verbreitung von „Raubkopien“, „Markenpiraterie“ usw. Aber gesellschaftlich ist es nicht so, sondern die Informationsprodukte sind als kapitalistisches Eigentum produziert worden. Das Eigentumsrecht bezieht sich auf das ideelle Produkt, die Urheberschaft der Idee bzw. des ursprünglichen Produkts, das den folgenden Kopien oder Anwendungen zugrunde

liegt. Als solches ist es ein Monopol, und damit eine potenzielle Basis für Renteneinkommen. Dieses Eigentum soll möglichst hoch verwertet werden, indem möglichst nicht nur ein Rücklauf der Kosten oder normaler Profit erzielt wird, sondern darüber hinausgehende Informationsrenten.

Das Hauptinteresse des Informationskapitalismus besteht daher darin, die technisch mögliche billige Verbreitung und Nutzung von Informationsprodukten zu verhindern. Dabei kann es, im Softwarebereich oder bei Handys z.B., durchaus sinnvoll sein, bestimmte Produkte sogar kostenlos zu verbreiten, aber nur, um damit die Basis für die möglichst massenhafte Nutzung darauf aufbauender Dienste oder Informationsprodukte zu schaffen. Die zentrale ökonomische Triebkraft der Informationsökonomie ist die Aneignung möglichst hoher Informationsrenten. Das gilt bis hinunter zu den „Start-ups“ und den einzelnen Unternehmensgründern in diesem Bereich, denn davon träumen sie doch fast alle: jetzt reinklotzen und mit einem Produkt ganz vorne sein, und dann Geld scheffeln ohne Ende.

Dabei ist dann die Qualität des Produkts letztlich nicht mehr entscheidend, sondern ob es gelungen ist, eine möglichst starke, am besten nahezu monopolistische Position auf dem entsprechenden Markt aufzubauen. Dabei führt die Natur solcher Informationsprodukte tendenziell zu einer Verfestigung monopolistischer Positionen, weil der Gebrauchswert steigt, wenn es möglichst viele benutzen und damit diverse Transaktionskosten sinken. Musterbeispiel ist hier sicherlich Microsoft, deren Windows-Betriebssystem eher schlecht ist, aber weil es fast jede/r hat, es bei fast jedem neuen Computer dabei ist und dafür die meisten Anwendungsprogramme existieren, verdient sich MS mit seinen Programmen dumm und dämlich, weil sie weltweit in gigantischen Auflagen verkauft werden. Um diese Stellung zu halten und auszunutzen, werden alle möglichen technischen und geschäftlichen Tricks eingesetzt.

Die Gier nach globalen Informationsrenten ist auch eine zentrale Triebkraft des modernen Imperialismus und eine Hauptmotivation der massiven Bemühungen der entwickelten Staaten und insbesondere der USA, im Rahmen der WTO weltweit ihr Konzept der „Intellectual Property Rights“ (IPR) durchzusetzen (vgl. Verzola 1).

### Cyberlords

Betrachtet man nun die sich im Sektor der Informationsökonomie darstellende

Klassenstruktur, kann man die Eigentümer intellektueller Eigentumsrechte (Software- und Medienunternehmen, aber auch Patentinhaber im Bereich der Pharmazie, Biotechnologie etc.), die Eigentümer der zur Produktion oder Verbreitung der Informationsprodukte nötigen Infrastruktur (z.B. des Internet), und die privilegierten KünstlerInnen, besonders herausragenden Text- oder SoftwareautorInnen, Staranwälte etc., die sich Informationsrenten aneignen und so übermäßige Profite oder Einkommen erzielen können, als die Rentiersklasse der Informationsökonomie bezeichnen. Der philippinische Autor Roberto Verzola hat dafür aus den Wörtern „Cyberspace“ und „Landlord“ die Bezeichnung „Cyberlord“ konstruiert.<sup>1</sup> Diese „Cyberlords“ sind ein immer wichtiger werdender Teil der herrschenden Klasse in den entwickelten Ländern, in den USA vielleicht schon der dominante Teil.

Die überwältigende Mehrheit der von Fiete Sass beschriebenen „Knowledge Worker“ gehört nicht zu diesen „Cyberlords“, sondern zu den von Verzola so bezeichneten „Intellectuals“, die überwiegend von Einkommen aus ihrer Arbeit leben.

### „Knowledge Worker Orientierung“

Wie kann unter diesen Bedingungen die von Sass zurecht angemahnte „Knowledge Worker Orientierung“ der Gewerkschaften (und der Linken) aussehen? Zunächst geht es sicher um sozialen Schutz derjenigen überwiegenen Mehrzahl der intellektuell Arbeitenden, die keineswegs Millionäre oder auf dem Weg dahin sind. Sie leiden zunehmend unter wachsendem Stress und sozialer Unsicherheit, gerade auch wenn sie selbstständig tätig sind. Die IG Medien hat große und international beispielhafte Erfolge bei der für Gewerkschaften traditionell kaum vorstellbaren Organisation von solchen „Freien“. Dabei geht es selbstverständlich auch um angemessene Entgelte. Der Maßstab gewerkschaftlicher Aktivität kann dabei aber auch weiterhin nur in einem ausgewogenen Verhältnis von Leistungsprinzip und Solidarität bestehen, nicht darin, privilegierte Gruppen bei der Aneignung möglichst hoher Informationsrenten zu unterstützen.

Der zentrale Ausgangspunkt linker und gewerkschaftlicher Herangehensweise ist m.E., dass auch in diesem Sektor Menschen tätig sind, für die die Anwendung der eigenen Arbeitskraft nicht nur Verwertung ihres „Human Capital“ ist, sondern zugleich Lebens-

tigkeit, Verwendung der eigenen Lebenszeit. Und als Menschen und in Bezug auf ihre Zeit und Tätigkeit haben sie auch und v.a andere, menschliche Bedürfnisse, sind sie nicht nur sozusagen, um einen Begriff von Marx aufzugreifen, „Charaktermasken“ ihres eigenen „Human Capital“. Sie haben z.B. Bedürfnisse an angenehmer und kollegialer Arbeit, selbstbestimmter und kürzerer Arbeitszeit und qualitativ guter Arbeit statt ständiger Hetze von einem Projekt zum nächsten. Sie haben sogar moralische Bedürfnisse und gesellschaftliche Wertorientierungen auf Solidarität und Gerechtigkeit und sie haben Möglichkeiten, diese betrieblich und gesellschaftlich geltend zu machen.

Solche Prozesse voranzubringen und zu fördern, durch Regulierung und soziale Gestaltung andere Kriterien einzubringen als möglichst hohe Produktivität im Wirtschaftskrieg, das ist die Aufgabe von Gewerkschaften und Linken. Diejenigen in der Informationswirtschaft Tätigen, die dort diese Bedürfnisse artikulieren, sich kritisch mit neuen Managementmethoden auseinandersetzen und Kommunikation dar-

*„Der Schlüssel zur Transformation einer monopolistischen in eine nicht-monopolistische Informationsökonomie liegt darin, monopolistische intellektuelle Eigentumsrechte durch andere Formen der Belohnung intellektueller Tätigkeit zu ersetzen.“*

*Roberto Verzola*

antimilitarismus information

Das neue Themenheft ist da!

8-9/00

ami

# Medien und Krieg

monatliche Informationen und  
Analysen zu Militär, Friedens-  
forschung und -bewegung

Abo: 12 Normal- und Themenhefte DM 50.-;  
Ausland: DM 60.-; Themenheft DM 5.- (+Porto)  
**Probeheft gratis**  
Bezug: **Verein für friedenspolitische  
Publizistik e.V.** Kurfürstenstr. 14, 10785  
Berlin, Fon/Fax: ++30-25 79 73 42  
redaktion@antimilitarismus-information.de  
<http://www.antimilitarismus-information.de>



Eine rechte Verschwörung hinter „linken“ Anschlägen? Die „Roten Brigaden“ als deren Werkzeug?

ISBN 3-89438-207-4, Broschur, 222 Seiten,  
DM 28,00/EUR 14,30/SFR 26,00/ÖS 207,00



Farbentragend und schlagend, völkisch und reaktionär, männerbündlerisch und elitär - Geschichte einer urdeutschen Organisation.

ISBN 3-89438-208-2, gebunden, 540 Seiten  
DM 48,00/EUR 24,50/SFR 44,50/ÖS 355,00



Wie demokratische Revolution und Judenemanzipation sowie ihr jeweiliges Scheitern miteinander zusammenhängen.

ISBN 3-89438-209-0, gebunden, 383 Seiten,  
DM 44,00/EUR 22,40/SFR 41,00/ÖS 326,00

**PapyRossa Verlag**  
Luxemburgerstr. 202 - 50937 Köln  
Tel.: 0221/444845 - Fax: 0221/444305  
papyrossa@koeln-online.de/ www.papyrossa.de

über unter den Beschäftigten organisieren, das sind die Pioniere in diesem Bereich (vgl. etwa Pickshaus u.a.).

Mal zugespitzt und ohne die praktischen Schwierigkeiten unter den momentan Bedingungen leugnen zu wollen: Ob und inwieweit die zeitlichen Anforderungen an solche Jobs mit Regelarbeitszeiten vereinbar sind, hat wenig mit dem grundsätzlichen Charakter von Informationsarbeit zu tun, sondern mit den heute hier üblichen und durchaus veränderbaren Konkurrenz- und Arbeitsbedingungen. Rein technisch gesehen ist Informationsarbeit problemloser als irgend eine andere Arbeit unterbrechbar. Ob den Einkommen in der Informationswirtschaft das Leistungsprinzip und soziale Kriterien zugrunde liegen oder ob die Ungleichheiten immer größer werden, hat nichts mit den besonderen dort herrschenden Qualifikationsanforderungen an die Arbeit zu tun, sondern mit den sozialen Bedingungen ihrer Anwendung und der Verteilung der gesellschaftlichen Wertschöpfung.

Ob eine Gesellschaft diese wachsenden Ungleichheiten zulässt oder dagegen anreguliert, ist wiederum gesellschaftlich und nicht technisch bestimmt. Es ist z.B. eine Frage der Tarifpolitik und des Arbeitsrechts, des Urheberrechts, der Sozialpolitik und des Steuersystems. Auch ein qualitativ hochstehendes und auf Chancengleichheit (also Abbau statt Hinnahme vorgegebener Ungleichheiten) ausgerichtetes Bildungswesen und die Förderung ständiger Weiterqualifizierungsmöglichkeiten ist wichtig. Nur sollte man sich nichts vormachen: man wird die ungleiche Verteilung von „Human Capital“ nicht mit besserer Bildungspolitik in den Griff bekommen, denn die Ungleichheit der erzielbaren Einkommen ist ja wie dargestellt kein Ausdruck irgendwie objektivierbarer individueller Leistungsbeiträge oder angeeigneter Bildung. Wenn man die soziale Ungleichheit begrenzen will, muss man dies direkt mit den genannten Instrumenten angehen, es wird kein automatisches Resultat besserer Bildung sein.

### Informationsökonomie und Sozialismus

Gerade im Bereich der spw ist ja eigentlich von „Modernem Sozialismus“ die Rede in dem Sinne, wie Friedrich Engels ihn in Abgrenzung vom utopischen Sozialismus definiert hat, nämlich in den Veränderungen der Produktivkräfte und der Ökonomie die Ausgangspunkte und Widersprüche zu suchen, die auf ihre mögliche sozialistische Überwindung verweisen. Das ist

etwas anderes, als schlicht die modernsten Elemente des Kapitalismus schon deswegen als potenziell sozialistisch zu betrachten, weil sie eben besonders modern sind. Sozialismus erfordert immer noch eine Umwälzung der Produktions- und Aneignungsweise, also nicht weniger als eine soziale Revolution, was sicher nur als langwieriger Prozess begriffen werden kann.

In Bezug auf die Informationsökonomie liegt ein zentraler Widerspruch zwischen der Möglichkeit, Informationen universell und praktisch kostenlos zur Verfügung zu stellen einerseits, und der Einschränkung dieser Möglichkeit und damit der Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums sowie der Aneignung erheblicher Teile des gesellschaftlich produzierten Reichtums durch die Monopolisierung intellektueller Eigentumsrechte andererseits. Die daraus resultierenden Interessengegensätze zwischen den Eigentümern dieser Rechte auf der einen Seite und der breiten Masse sowohl der Informationsnutzer als auch der intellektuell Arbeitenden sowie der Entwicklungsländer, deren Abstand hier noch viel größer und unaufholbarer ist als in allen anderen Bereichen, auf der anderen Seite, kann eine zentrale Triebkraft zukünftiger Auseinandersetzungen sein.

Bisher erfüllt der Informationskapitalismus seine „historische Mission“, zum Zwecke der Aneignung von Informationsrenten in gewaltigem Tempo die informationstechnische Erschließung und Durchdringung der Welt voranzutreiben. Die Kehrseite dieser Entwicklung ist die fortschreitende Privatisierung und Kapitalisierung der Medienwirtschaft und -infrastruktur bis hin zum Bildungswesen sowie Polarisierung der Einkommen und Vermögen. Auf die Dauer ist dieser Privatisierungs- und Polarisierungsprozess aus der Perspektive der Gesellschaften bzw. ihrer überwiegenden Mehrheit kontraproduktiv und sozial zerstörerisch, führt zur Einschränkung von Entwicklungsmöglichkeiten, kultureller Vielfalt und Demokratie.

spw

### Literatur

- Karl Marx, Das Kapital III, Marx Engels Werke Bd. 25, Berlin 1964  
Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1974  
Klaus Pickshaus/Klaus Peters/Wilfried Gießmann, „Der Arbeit wieder ein Maß geben“, Supplement der Zs. Sozialismus 2/2000  
Fiete Sass, Human Capital, in: spw 114, 4/00  
Roberto Verzola (1): Towards a Political Economy of Information, 1997, <http://www.yorku.ca/research/dkproj/crit-ict/v3.htm>  
Roberto Verzola (2): Cyberlords: The Rentier Class of the Information Sector, 1997, <http://www.igc.org/trac/internet/corpspeech/cyberlords.html>

The screenshot shows a website header with navigation links: Kontakt, Home, Jusos, News, Visionen, Kampagne, Publikationen, Service, JusosRegional. Below the header is a navigation bar with links: ProgrammForum, ZukunftsEntwürfe, Wir machen uns Arbeit, Es geht um Dich. The main content area is titled 'Kampagne' and features a large image of a hand holding a pen. The text on the page includes: 'Thema: Zukunft der Jusos', 'Original Nachricht', 'Name: Brodkorb', 'Datum: 27. Mai, 2000 um 20:12:02', 'Thema: Zukunft der Jusos', 'Nachricht: Dies ist die Kurzfassung einer Reaktion auf das Papier „Neue Zeiten denken.“ von Bettina Kohlrusch, Benjamin Mikfeld und Jessica Wischmeier. Die Langfassung kann unter genossewichbrod@01019freenet.de angefordert werden.', 'Reale Auseinandersetzungen denken! von Mathias Brodkorb, Juso-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern', and a numbered list item: '1. Die Linke steckt in einer tiefen Krise. Spätestens seit Mitte der 70er Jahre geht es mit der Linken abwärts. Das zeigt sich nicht zuletzt an der ständigen Rechtsverschiebung der SPD. Für die Jusos zeigt sich dieses Krise vor allem daran, dass wir immer

# Neue Zeiten für die Jusos?

Ein Interview mit dem Juso-Bundesvorsitzenden Benjamin Mikfeld

**spw:** Ende letzten Jahres hast Du mit der Bundesgeschäftsführerin Jessica Wischmeier und der stellvertretenden Bundesvorsitzenden Bettina Kohlrusch eine umfangreiche Diagnose des gesellschaftlichen Umfeldes jungsozialistischer Strategie vorgenommen.

**Mikfeld:** Wir haben die Frage aufgeworfen, ob wir Jusos noch über die richtigen Konzepte verfügen, um unsere eigene Generation für linke Politik zu gewinnen. Jugendliche und junge Erwachsene wachsen heute in einen entgrenzten Kapitalismus hinein, in dem für sie viele alte Gewissheiten ihre Gültigkeit verloren haben. Mehr als älteren Generationen ist Jugendlichen klar, dass eine neue Epoche des Kapitalismus angebrochen hat. Für viele ist Aktienzockerei oder auch die Realisierung einer Geschäftsidee eine konkretere Utopie als der sozial-ökologische Umbau oder die Re-Regulierung der Weltwirtschaft. Dies bedeutet keineswegs, dass Zukunftsfragen nicht mehr gestellt werden. Aber Gesellschaftskritik artikuliert sich oft diffus und fragmentiert. Was fehlt sind neue Politikformen und neue am individuellen Bewußtsein ansetzende Deutungsmuster der Linken im flexiblen Kapitalismus. Kaum ein 20jähriger hat mehr die Erfahrung von kollektivem Engagement. Die jungen MeinungsmacherInnen finden sich heute weniger in den Interessenvertretungen und Jugendverbänden, sondern kommunikativen Schaltzentralen der Agenturen und Redaktionen. Zwar machen viele Jugendliche erhebliche Unsicherheits- und Ausgrenzungserfahrungen. Das Vertrauen in die Gestaltungskompetenz der politischen Klasse haben sie aber aus

nachvollziehbaren Gründen längst verloren. Die individuelle Platzierung auf dem Markt der Möglichkeiten ist oft der einzige Ausweg. Die Linke steckt im Hinblick auf den Generationenumbruch daher sowohl in der Modernitäts- als auch in der Vertrauenskrise.

**spw:** Mit diesen Problemen stehen die Jusos aber nicht allein.

**Mikfeld:** Richtig, alle politischen Lager kämpfen gegenwärtig um die junge Generation. Unsere eindeutigen politischen Gegner sind der Neoliberalismus und der modernisierte Rechtskonservatismus à la Roland Koch, vielleicht sogar ein erstarkender Rechtspopulismus. Als größten ideologischen Konkurrenten sehe ich aus Sicht einer neuen jungen Linken vor allem den neuen Sozialliberalismus à la Bury, Gabriel & Co. Entschieden ist noch nichts. Wir müssen selbstbewußt genug sein um zu sagen, dass wir die besseren Entwürfe für die Zukunft einer neuen Gesellschaft haben. Und wir müssen den Mut haben, diese nicht dogmatisch zu verkünden, sondern im offenen Diskurs weiterzuentwickeln.

## Realismus, Reformperspektive und Konfliktfähigkeit

Unsere aktuelle Kampagne trägt daher den Titel „Neue Zeiten denken“. Im Kern geht es darum, neue Politikformen zu erproben und die Auseinandersetzung mit der Frage „Wie wollen wir als junge Generation in Zukunft arbeiten, wirtschaften und leben?“ als kreativen und offenen Prozeß zu organisieren. Die Kampagne wird von vielen Gliederungen angenommen und um eigene Ideen ergänzt. Sie ist kein fertiges Konzept

von oben nach unten, sondern ermöglicht vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten. Sie ist ein erster Schritt, weitere müssen folgen.

**spw:** Als wir 1996 die damalige Juso-Vorsitzende Andrea Nahles interviewten, war sie voller Optimismus über die Möglichkeiten der Jusos, wieder eine bedeutendere Rolle in der SPD einzunehmen. Der Kölner Jugendparteitag im November 1996 und die Debatte um die Ausbildungsfinanzierung schien ihr ja auch in der Folgezeit zunächst recht zu geben. Auf diesen politischen Frühling ist aber sehr rasch Ernüchterung eingeleitet.

**Mikfeld:** Maßgebliche Bedingungen haben sich seit 1996 geändert. Erstens regiert die SPD im Bund und damit vollzieht sich in der Partei eine Schließung des demokratischen Raums. Zweitens haben wir einen neuen Parteivorsitzenden, der eher wenig Wert auf Nähe zu den Jusos legt.

Wir haben damals als Verband gemeinsam am konkreten Thema der Ausbildungskrise mit der Umlagefinanzierung eine plausible politische Lösung gesellschaftlich bekannt gemacht und uns innerparteilich durchgesetzt. Das war auch wichtig für die Binnenidentifikation. Ich selbst habe dieses Vorgehen damals für vollkommen richtig erachtet.

Heute ist der Verband durch zwei Jahre Rot-grün und die Ignoranz gegenüber Beschlüssen und Wahlversprechen desillusioniert und frustriert worden. Vielleicht haben wir mit der Formulierung vom Politikwechsel zu hohe Erwartungen aufgebaut. Die Kehrseite der starken Orientierung auf einzelne politische Instrumente war, dass einer jungen Juso-Generation quasi eine bipolare Weltordnung pro oder contra Ausbildungsumlage vermittelt wurde. Die Auseinandersetzung

*Ich formuliere weiterhin den ernsthaften Anspruch, die Jusos zu einer modernen und linken Jugendorganisation weiterzuentwickeln.*

*Benjamin Mikfeld, studiert Sozialwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum und ist seit Frühjahr 1999 Bundesvorsitzender der Jusos, seit 1995 gewähltes Mitglied im SPD-Parteivorstand, er lebt in Bochum. Das Interview führte Reinhold Rünker.*

zung mit gesellschaftlicher Komplexität und tiefgreifenden Umbrüchen ist dabei leider in den Hintergrund getreten. Nach Ansicht vieler auch kritischer Jugendlicher haben wir es uns zu einfach gemacht.

**spw:** Heißt das jetzt, dass Ihr stärker auf Konfrontation zur Regierung gehen wollt?

**Mikfeld:** Das wäre zu einfach. Wir müssen vielmehr tagespolitischen Realismus, mittelfristige Reformperspektiven und politische Konfliktfähigkeit zusammendenken. Die Jusos sind keine kollektive Großmacht in der SPD. Sie waren es auch in den letzten Jahren nicht. Das wissen alle, also macht es auch keinen Sinn zu bluffen. Wir können unsere Potenziale ausschöpfen, wenn wir erstens in relevanten Zukunftsfragen intelligente Lösungen über einzelne Instrumente hinaus vorausdenken und es uns gelingt, Zustimmung in unserer eigenen Generation dafür zu mobilisieren. Die anlaufende Bildungsdebatte wird hier von zentraler Bedeutung sein. Zweitens müssen wir die Spielräume

nutzen, die sich uns trotz struktureller Schwächungen bieten. Ähnlich wie Franz Müntefering Mitte der 90er den Jugendparteitag durchgesetzt hat, bietet die aktuell von ihm in Kooperation mit uns die Wege geleitete Jugendinitiative der SPD eine Arena, die wir Jusos für uns nutzen müssen. So wird z.B. der Parteitag 2001 einen bildungs- und jugendpolitischen Schwerpunkt haben. Die Chancen nutzen bedeutet auch, den anstehenden Generationenwechsel in der SPD als machtpolitische Frage zu begreifen und als neue linke Generationenpositionen zu besetzen.

**spw:** Nun geht Dir der Ruf voran, die Jusos so entschlossen reformieren zu wollen, dass manche dabei nicht Schritt halten können..

**Mikfeld:** Ich formuliere weiterhin den ernsthaften Anspruch, die Jusos zu einer modernen und linken Jugendorganisation weiterzuentwickeln. Wer darin einen Gegensatz sieht und eine Kultur des Stillstands predigt, denkt und handelt nicht nur vollkommen unhistorisch. Er oder sie macht es den sich in manchen Regionen tummelnden Grüppchen von stramm regierungstreuen jungen Sozialliberalen verdammt leicht, eine Bedeutung zu gewinnen, die ihnen eigentlich nicht zusteht.

Wir erleben ja nun wirklich nicht erst seit heute eine voranschreitende Erosion der Substanz des Juso-Verbandes. Viele Jahre hat dies auf Bundesebene der Partei kaum jemand interessiert. Jetzt aber sind die Probleme so offensichtlich, dass auf die Jusos auf allen Ebenen ein stärkerer Druck ausgeübt wird. Wir haben massive Mobilisierungsdefizite bei den JungwählerInnen und die Mitgliederstruktur zeigt, dass wir mehr Besitzer des roten Parteibuches über 80 als unter 25 Jahren haben. Nun sind daran keineswegs die Jusos alleine Schuld. Und schon gar nicht lassen wir uns die Rolle des Sündenbocks zuschieben. Aber das strategische Ziel, politische Meinungsführerschaft in unserer eigenen Generation zu erlangen, will ich aus Sicht der Jusos ausdrücklich formulieren. Hier müssen wir zuerst mal unsere Strukturen überprüfen. Sind wir noch in den entscheidenden Debatten präsent? Können wir überhaupt noch Themen setzen? Entspricht die Art und Weise wie wir Politik machen, noch den Ansprüchen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Jahr 2000? Auch wer Kritik formulieren und Druck entfalten will, braucht gesellschaftliche Zustimmung.

Meines Erachtens wird die Frage, ob die Jusos sich einen politisch-kulturellen Erneuerungsschub zutrauen über ihre Existenz als linke Jugendorganisation entscheiden. Viel Zeit bleibt dafür nicht. Womöglich wird ein weiterer Generationenwechsel in verantwortlichen Positionen erforderlich sein, um alte Irrationalitäten und Sandkastenspiele zu überwinden.

### Zeitgemäße Kapitalismuskritik

**spw:** Verstehe ich Dich richtig, dass es Euch im Kern darum geht, soetwas wie eine neue politische Generation gerade auch in Abgrenzung zu der heute dominierenden „68er-Generation“ zu formieren?

**Mikfeld:** Der Impuls von 1968 ist doch seit Anfang der 80er nur noch ein sanftes Zucken. Und die meisten so genannten 68er haben sich in sich in Nostalgiker und Opportunisten aufgespalten. Zukunftsfähig ist das für die Linke nicht. Inwieweit die Quellen linker Formierung, die alten und neuen sozialen Bewegungen der ersten vier Nachkriegsjahrzehnte noch taugen, bleibt abzuwarten. In unserer eigenen Generation ist der Bezug auf die alte Arbeiterbewegung denkbar gering. Auch das linksalternativen Milieu hat sich post-modernisiert. Es ist an Schulen und Hochschulen verschwindend gering. Dieser Kulturbruch mit der alten Linken ist real. Daher helfen alte Beschwörungsformeln auch nicht weiter.

**spw:** In der aktuellen Juso-Diskussion finden sich neuerdings Schlagworte wie „Abschied vom Massenverband“, „Chancenprogramm“ und „Generationengerechtigkeit“. Sind die klassischen Diskussionsthemen der Jusos aus den 70er und 80er Jahre – z. B. die Staatsfrage, Krisenanalyse des Kapitalismus, antikapitalistische Strukturreform, Doppelstrategie und antimonopolistisches Bündnis – out?

**Mikfeld:** Kapitalismuskritik auf der einen und Selbstkritik und Erneuerung müssen ja nicht in Widerspruch zueinander stehen. Im Gegenteil. Ich bin vor kurzem auf einen nun in Deutschland veröffentlichten Text von Stuart Hall aus dem Jahr 1989 gestoßen. Darin stellt er die damals für die britische Linke entscheidende Frage: sind die Neuen Zeiten das Produkt der Thatcher-Revolution oder ist der Thatcherismus viel mehr der Versuch, eine politische Antwort auf weitaus tieferliegende ökonomische und gesellschaftliche Umbrüche zu formulieren. Genau vor dieser strate-

*Warum unterscheiden wir uns am Beginn des 21. Jahrhunderts in manchen Fragen gelegentlich kaum noch von der SPD-Rechten der 70er?*



**Zeitschrift  
Marxistische  
Erneuerung**

**11. Jahrgang, Nr. 43, September 2000, 224 S.**

**Profitdominanz und Reformdiskussion**  
Wehr – Sozialismuskritik nach dem Scheitern des versuchten Sozialismus / Heinger – „Profitdominanz“ und PDS-Programmdiskussion / See – Kriminelle Ökonomie / Binus – Thyssen-Konzern und Stamokap / Unger – Privatisierung der Bahn / Fiehler – Friedmanns Geldtheorie

**Marx-Forschung**  
Förster – Naturbegriff des jungen Marx / Schimmel – Der Entwicklungsgang des Werts

**Soziale Bewegungen**  
Einenkel – Streik bei Opel / Wompel/Klas – Labournet Germany

**Und: Zander – Sexualität und Ökonomie in der „Kampfzone“: Houellebecq / Benjamin – Elitenwechsel in der ostdeutschen Justiz**

**Berichte:** zu K. Pätzold / L. Kofler / Herforder Thesen / Kapitalkonzentration / Kommunismus-Bilanz / Kapitalismus im 21. Jahrhundert / China und UdSSR-Geschichte

**Rezensionen:** Kosovo / PDS-Wirtschaftsprogramm / Wohnungsfrage / Asiatischer Kapitalismus / 48er Revolution / KPD-Geschichte / DDR-Ende

**Z Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Vers.); im Abo: 60 ; Auslandsabo 70,- (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: üb. Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt/M.-Tel./Fax 069 / 53 05 44 06**

gisch entscheidenden Frage sehe ich die deutsche Linke gegenwärtig im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit dem neuen Sozialliberalismus Schröders. Nehmen wir für uns in Anspruch, eine linke Konzeption als Antwort auf die Neuen Zeiten zu entwickeln oder erklären wir alles Neue per se mit dem analytischen General-schlüssel von der Hegemonie des Neoliberalismus. Die marxistische Kapitalismuskritik existiert doch vielfach nur noch entstellt in Form eines Vulgärkeynesianismus. Wir bräuchten – ins Unreine gesprochen – so etwas wie die Synthese aus einer politischen Ökonomie der new economy plus Regulationstheorie plus einer materialistischen Milieu- und Lebensweiseforschung plus Gramsci.

Dies hat dann auch Konsequenzen für die von dir thematisierte Agenda der Jusos. Den Anspruch, emanzipatorische Antworten auf die Individualisierung, die Pluralisierung von Lebensstilen, die Technikentwicklung, die Zukunft von Bildung usw. zu formulieren, vermisste ich bei Teilen der Linken. Zumindest aber eine neue Generation muß diese Themen wieder aufgreifen. Genau das ist die Aufgabe der Jusos.

**spw:** Vor einiger Zeit hast Du zusammen mit Thomas Westphal in einen spw-Artikel geschrieben: „Der entfesselte Kapitalismus verdampft alle Traditionen, die sowohl den Konservativen als auch der klassisch reformistischen Sozialdemokratie heilig sind“ (spw 2/99, S. 22-27).

**Mikfeld:** Dabei handelt es sich ja um eine Anspielung auf eine Passage im Kommunistischen Manifest. Man kann den entsprechenden Satz auch noch vervollständigen: „... und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.“

Genau das passiert ja heute. Entkleidet man die neue Realität mal ihres in Werbeagenturen und Redaktionsstuben ausgedachten glitzernden Schleiers der Startup-Millionäre, so blickt man dennoch auf erhebliche und für viele brutale Veränderungen im Lebensalltag, die ich in der Tendenz, nicht hingegen in der sozialen Konsequenz für den Einzelnen, für irreversibel halte.

Erstens hat die informationstechnologische Revolution erhebliche Auswirkungen auf die gesellschaftliche Kommunikation und Konsumweisen sowie auf die Organisation von Wertschöpfungsprozessen.

Zweitens entgrenzt diese Entwicklung die Arbeitsverhältnisse, wie wir sie mal kannten. Die Grenzen zwischen lohnabhängiger und selbstständiger Arbeit werden flüssiger. Damit entsteht nicht das Reich der Freien und Flexiblen. Für viele bedeutet es es neue Risiken. Aber es gibt auch keine Rückfahrkarte in die Zeit, in der Papa tagaus tagein mit Henkelmann durchs Tor 9 spaziert. Heute vergessen manche, dass die gesellschaftlich-reale Kehrseite des geschützten Normalarbeitsverhältnisses das Leitbild vom männlichen Familienernährer war.

Dies wiederum wirkt sich drittens auf die Lebensführung aus. Die Anforderungen, Arbeit und Privatleben unter einen Hut zu bekommen wachsen. Aber es steigen auch die Chancen, aus alten Zwängen auszubrechen und eine selbstbestimmte Lebensführung zu realisieren. Lebensführung wird reflexiver und die Fähigkeit zur Selbstorganisation und Biografieplanung eine Kernkompetenz für den Alltag.

Möglicherweise erreichen wir damit eine qualitativ neue Stufe der Individualisierung, die alle sozialen Milieus und alle Lebensbereiche umfaßt. Das fatale darin ist, dass Auflösung der Arbeits- und Lebenswelt des Modell Deutschland auch unter der Bedingung rot-grüner Politik doppelt gespalten verläuft. Zum einen haben die sozialen Realitäten der ModernisierungsgewinnerInnen und die der VerliererInnen immer weniger miteinander zu tun. Zum anderen entstehen neue Konflikte rund um die Frage der Lebensführung, die quer zu den sozialen Spaltungen verlaufen.

#### **Soziale Basis wiedergewinnen**

**spw:** Ist die Linke immer noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen?

**Mikfeld:** In jedem Fall zerbröselte die gesellschaftliche Basis für die alte Sozialdemokratie der Nachkriegszeit. Während die einen sich selbst als Innovatoren der neuen Zeit verstehen, fragen sich die anderen, wo sie in dieser ganzen Rhetorik von Aufbruch und Wissensgesellschaft noch vorkommen. Sie wenden sich von der Politik ab. Der alte politische und symbolisch-kulturelle Kitt der Sozialdemokratie taugt nur noch für einen schrumpfenden Teil in den industriellen Kernbelegschaften. Nur ein Beispiel: wir haben in NRW binnen zehn Jahren 1,5 Millionen WählerInnen verloren. Wolfgang Clement versucht diesem Zerfall der Basis des „Systems Rau“ etwas Modernes entgegenzu-



setzen. Dies klappt wirtschaftspolitisch zum Teil, kulturell überhaupt nicht. Ein neues Projekt, das in der Lage wäre, zwischen auseinanderdriftenden Gesellschaftsteilen zu vermitteln, existiert aber auch auf Seiten der sozialdemokratischen Linken gegenwärtig nicht.

Diese neue Stufe der Individualisierung werden wir politisch nicht mit abstrakter Gerechtigkeitsrhetorik und miefigem Kollektivismus und schon gar nicht kulturell mit AWO-Sitzungssaal, Willy-Brandt-Plakaten und Rheinhausen-Romantik, also dem symbolischen Repertoire der Nachkriegsjahrzehnte, beantworten können. So leid mir das persönlich als Ruhr-Einwohner, dessen Opas beide unter Tage gearbeitet haben, ja auch tun mag. Aber ich habe den Eindruck, dass die Linke in der SPD diese Entwicklung nicht mit nüchternen Augen sieht, sondern die Augen immer fester zukneift.

Die polemischen Seitenhiebe aus unseren Reihen gegen die flexiblen und hochqualifizierten Beschäftigten in der New Economy demonstrieren den angedeuteten Kulturbruch. Die Freelancer und Infobroker sind nicht die Mehrheit der Gesellschaft, wohl wahr. Den kommenden Facharbeiter des 21. Jahrhunderts und bereits gegenwärtig wichtigen Meinungsmacher aber den neuen Sozialliberalen zu überlassen oder sogar in die Arme einer sich modernisierenden CDU zu treiben, ist strategisch auch wenig klug.

Warum sagen wir immer nur, was alles schlecht ist? Warum reduzieren wir uns auf die Nörglerrolle? Warum unterscheiden wir uns am Beginn des 21. Jahrhunderts in manchen Fragen gelegentlich kaum noch von der SPD-Rechten der 70er? Warum haben wir

*Den Facharbeiter des 21. Jahrhunderts den neuen Sozialliberalen zu überlassen oder in die Arme der CDU zu treiben, ist strategisch wenig klug.*

keine positiven Visionen als symbolisch-kulturellen Überbau von technokratischen Re-Regulierungen und Devisenspekulationssteuerkonzeptionen – so wichtig diese auch sind? Meines Erachtens wird eine moderne Linke die Forderung nach selbstbestimmter Lebensführung, nach Sicherheit in der Flexibilität und damit die Aspekte der individuellen Beschäftigungsfähigkeit und der Lebensqualität zum wesentlichen Ausgangspunkt einer Neu-Profilierung machen müssen.

#### Vom Nutzen und Schaden der Strömungen

**spw:** Viele denken bei den Jusos immer auch an die Strömungsaueinanderbeziehungen, die die Arbeit der letzten fünfundzwanzig Jahren prägten. Da hat sich ja einiges geändert. Welche Relevanz hat diese Entwicklung für die Arbeit der Jusos?

**Mikfeld:** An die Stelle der Strömungen sind vielfach Regionalismen und machtpolitisch motivierte Cliquen getreten. Ein Fortschritt ist das nicht. Damit geht es nicht friedlicher, aber dafür politisch beliebiger ab. Die inneren Reibungsverluste sind immer noch viel zu groß. Auch die Juso-Linke hat zweifelsohne Fehler gemacht. Wenn sie in Zukunft eine Aufgabe hat, dann nicht als machtpolitischer Akteur auf Bundeskongressen, sondern als links-sozialistischer Diskussionszusammen-

hang mit dem Anspruch, der konkreten und praktischen Juso-Arbeit ein theoretisches Fundament zu liefern. Wir wollen die zaghafte Prozesse in der Gesellschaft in Richtung einer Neuen Linken im Juso-Verband und der SPD repräsentieren.

**spw:** Liegt der Bedeutungsrückgang der Strömungen auch daran, dass immer seltener theoretische Arbeit als kollektiver Prozess stattfindet?

**Mikfeld:** Ja und nein. Juso-Strömungen bildeten mal eine mehr oder weniger organische Einheit mit Denkweisen, Formierungen und Vordenkern real existierender linker Strömungen in der Gesellschaft. Wenn es keinen gesellschaftlichen Bezug gibt, ist die Gefahr von Sektierertum und Fraktionismus noch größer.

Dies heißt aber nicht, dass wir keinen kollektiven Neuanfang theoretischer Debatten wagen sollten. Nur müssen wir dann wirklich Neue Zeiten denken. Meines Erachtens gilt es, an den Debatten um das *Projekt Moderner Sozialismus* wieder anzuknüpfen.

**spw:** Wie soll denn eine solche Verzahnung organisiert werden?

**Mikfeld:** Schritt für Schritt. Wir arbeiten im Moment daran, einen Kern von linken Personen im Jugendbereich als Gegengewicht zu den sich formierenden jungen Sozialliberalen zusammenzuführen. Mittelfristig brauchen wir sowohl einen organi-

sierten Think Tank einer Neuen Linken als auch ein offenes Netzwerk in die Bereiche Arbeit, Wissenschaft und Kultur. Hier fordere ich vom Projekt spw im übrigen ausdrücklich Unterstützung ein.

**spw:** Der Bundesvorstand hat ja als Reaktion auf den Reformdruck im Verband beschlossen, eine Strategiediskussion zu führen. Die ist mit einem dreiviertel Jahr zwar knapp bemessen – schließlich findet ja auch wieder ein Wahlkongress in 2001 statt. Denkst Du, dass diese Strategiedebatte zu einer „Re-Theoretisierung“ im positiven Sinne beitragen kann?

**Mikfeld:** Der Kongress 2001 stellt ja auch nur eine Zwischenetappe dar, auf der zumindest mal alle Teile der Jusos Farbe bekennen müssen, wohin sie eigentlich wollen. Natürlich ist eine strategische Erneuerung ohne erneuertes theoretisches Fundament ist nicht denkbar. Dieser Prozeß wird aber länger dauern. Wichtig ist mir zunächst, dass der Verband kollektiv zukunfts- und politikfähig wird und sich politische Relevanz gemäß seiner Möglichkeiten zurückerkämpft. Die gemeinsam geteilte Einsicht, dass ein „Weiter so“ in wenigen Jahren zum Ende der Jusos führt, wäre aus meiner Sicht ein Riesenerfolg. Darauf ließe sich aufbauen.

**spw:** Herzlichen Dank für dieses Gespräch

spw

*Wichtig ist mir, dass der Verband kollektiv zukunfts- und politikfähig wird und sich politische Relevanz gemäß seiner Möglichkeiten zurückerkämpft.*

## Die Sozialwissenschaften kaputtdenken

Zum 70. Geburtstag von Immanuel Wallerstein

Von Winfried Roth

Ist Fortschritt unaufhaltsam, unvermeidlich? Gibt es eine andere Geschichte als die des Fortschritts? Kann man eine Geschichte Deutschlands schreiben? Hat die Französische Revolution Frankreich verändert? Warum müssen die Entwicklungsländer sich entwickeln?

Immanuel Wallerstein stellt gerne Fragen, auch rhetorische, suggestive Fragen, die wichtigste: Brauchen wir ein neues Paradigma, einen neuen Entwurf sozialwissenschaftlicher Erkenntnis, um uns in unserer Welt – wie weit ist sie überhaupt unsere? – zurecht zu finden? „Es ist deshalb angezeigt, das Werk der Sozialwissenschaften der letzten 200 Jahre noch einmal zu beginnen, vielleicht nicht ganz von vorn, aber doch so gut wie. Die gesammelten Daten sind dabei

bestenfalls nur teilweise relevant“, ist sich Wallerstein in „Die Sozialwissenschaft kaputtdenken“ von 1995 sicher (S. 48).

Immanuel Wallerstein, am 28. September 1930 in New York geboren, ist jüdischer Herkunft, seine Eltern emigrierten in den zwanziger Jahren aus Deutschland in die USA. Seine wissenschaftliche Laufbahn begann Wallerstein als Dozent an verschiedenen Universitäten in den USA und Kanada, bis er 1976 Leiter des „Fernand-Braudel-Zentrums“ an der Universität des Staates New York in Binghamton wurde. Internationale Bekanntheit erhielt er vor allem durch sein seit 1974 in drei Bänden veröffentlichtes Werk „The Modern World-System“. Einen Einblick in Wallersteins Denken als nonkonformistischer Sozialwissenschaftler gibt das bereits erwähnte Buch „Die Sozialwissenschaft kaputtdenken“. Hierbei handelt es sich um eine leicht zu le-

Winfried Roth, Journalist, lebt in Berlin

sende Sammlung von Vorträgen und Zeitschriftenaufsätze.

### Moderne und Rassismus

In das Zentrum Wallersteins theoretischem Projekt führt die Beschäftigung mit der Frage: Ist der Rassismus ein schabiges Relikt der Vormoderne oder die Ideologie des 21. Jahrhunderts? Die herrschende Vorstellung war: wir entfernen uns langsam, aber unaufhaltsam aus dem Dunkel der Unaufgeklärtheit, aus dumpfer Befangenheit, aus rohen, gefährlichen Vorurteilen. Kein Zweifel: unsere *moderne Zivilisation* – der demokratische Kapitalismus – propagiert die Gleichberechtigung. Nur: „Rassismus und Unterentwicklung (...) sind besondere Ausdrucksformen eines grundlegenden Vorgangs, durch den unser eigenes historisches System organisiert wurde: Ein Prozess, bei dem die einen eingeschlossen und die anderen ausgeschlossen werden.“ (S. 101)

Rassismus verleiht den Eingeschlossenen, den Bevorzugten ein Bewusstsein der Größe, er schafft ein Gefühl der Solidarität zwischen Menschen, die sonst vielleicht – der weiße Executive Director und der weiße Wohlfahrtsempfänger in Los Angeles – nur wenig miteinander gemein hätten. Vor allem die Gewissheit rassistischer Überlegenheit hat, so Wallerstein, die Klassengegensätze zum Verschwinden gebracht.

Rassismus und Unterentwicklung

Wallerstein konstatiert eine Parallellität von „Rassismus als Phänomen innerhalb einzelner Staaten“ und „Unterentwicklung als Phänomen des zwischenstaatlichen Systems“. Der Rassismus wurde durch das Versprechen der Gleichheit erträglich, die Unterentwicklung durch die Chance einer Entwicklung: „(...) fast alle Menschen, fast alle ideologischen Denkrichtungen haben für eine gewisse Zeit das universalistische Ideal einer Welt ohne Rassismus und ohne Armut proklamiert; aber alle haben trotzdem auch weiterhin Institutionen unterstützt und aufrecht erhalten, die direkt und indirekt diese angeblich unerwünschten Realitäten haben fortbestehen und sogar zunehmen lassen.“ (S. 102)

Den Linken aller Schattierungen – und er zählt sich neben Gunnar Myrdal, Stuart Hall oder Etienne Balibar zu den wenigen „anderen“ – wirft Wallerstein vor, den Rassismus zwar moralisch verurteilt, aber nicht oder nur oberflächlich analysiert zu haben. Nicht allein zieht sich durch die Ge-

schichte der Sowjetunion eine Spur des Antisemitismus; auch die populäre „Solidarität mit der Dritten Welt“ von den sechziger Jahren bis heute habe allzuoft Elemente des „Paternalismus“ oder rassistische Stereotype aufgewiesen.

### Die Sozialwissenschaft „kaputt-denken“

„Unthinking Social Science“ heißt Wallersteins Buch über die etablierten Sozialwissenschaften im englischen Original. Denn Wallerstein hält viele der seit dem 18. Jahrhundert formulierten „apriorischen Sätze“ für „irreführend“ und „einen-gend“: „Wir müssen die heilige Dreifaltigkeit von Politik, Wirtschaft und Kultur abschaffen, von denen man annimmt, dass sie drei autonome Bereiche menschlichen Handelns mit einer eigenen Logik und eigenen Prozessen sind: (...) der öffentliche Bereich der Machtausübung, der halböffentliche Bereich der Produktion und der persönliche Bereich des alltäglichen Lebens.“ (S. 270, 115f)

Wallersteins zentraler Vorwurf gegen Politologie, Soziologie, Ökonomie und Anthropologie lautet: „Die Unterschiede (...) innerhalb jeder einzelnen sogenannten Disziplin sind viel größer als die Unterschiede untereinander“ (S. 286).

Wallerstein zeichnet die Geschichte der „Institutionalisierung“, um nicht zu sagen der „Erfindung“ dieser „Disziplinen“ im 18. und 19. Jahrhundert nach. Die Startlinie: die „bürgerlichen Revolutionen“ in Europa und Nordamerika. Der Starre der vorrevolutionären Verhältnisse folgte die Bewegung, die stete „Entwicklung“ und damit die gesteigerte Unberechenbarkeit der neuen Ära. „Gesellschaftsanalyse“, zuvor nichts als die Leidenschaft einiger Intellektueller, wurde auf einmal für die Mächtigen zur bitteren Notwendigkeit, wollte man nicht den Überblick und möglicherweise die Macht verlieren. Fakultäten mit ungewohnten Namen, wissenschaftliche Gesellschaften und Zeitschriften entstanden. Der, wie es schien, unbestreitbaren Trennung von Öffentlichem und Privatem, von Markt, Gesetz und Macht entsprach die Aufsplitterung des sozialwissenschaftlichen Denkens.

Wallerstein erinnert wiederholt an Gunnar Myrdals schon historisch gewordene und doch alles andere als erledigte Kritik an der häufigen Beschränktheit (und letztlich Irrationalität) sozialwissenschaftlicher Modelle.

# WIDERSPRUCH

Beiträge zur  
sozialistischen Politik

39

## Rechtspopulismus – Arbeit und Solidarität

Unternehmerische Arbeitskraft, Eigenverantwortlichkeit und ihre Risiken; Ende der Solidarität im Aktionärskapitalismus; Sozialstaatskrise, Frauen und Umverteilung; Lohnflexibilisierung, Leistungslohn; Neue Mitte, Krise von Rotgrün und Strategien linker Politik in Westeuropa

W. Schöni, M. Kuhlmann, M. Schumann, K. Dörre, M. Vester, G. Notz, W. Eberle, H. Schäppi, F.O. Wolf

### Diskussion

J. Lang: Blocher, SVP und Nationalkonservatismus  
F. Schandl: FPÖ – ein postfaschistisches Projekt  
M. Zülle: Haiders Psychopolitik  
N. Paech: Europäische Wertegemeinschaft und Krieg  
W.-D. Narr: NATO-Krieg und „Aufruf zur Fahnenflucht“

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

204 Seiten, Fr./DM 21.– (Abonnement 36.–/38.–) zu beziehen  
im Buchhandel oder bei  
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich  
Tel./Fax 01 - 273 03 02  
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

Weitaus mehr als in der Naturwissenschaft überwiegt an den sozialwissenschaftlichen Fakultäten heute immer noch lineares Denken, wird Komplexität systematisch ignoriert.

### Auseinandersetzung mit Marx und Braudel

Weiten Raum im Werk Wallersteins nimmt die Auseinandersetzung mit den Geschichts- und Entwicklungstheorien von Fernand Braudel und Karl Marx ein. Wallerstein sieht sich durchaus in der Tradition eines undogmatischen, selbstkritischen Marxismus, wie ihn vielleicht Eric Hobsbawm, Ernest Mandel oder Paul Baran vertraten. Wichtige Anregungen verdankte er etwa Marx' Thesen über „Konkurrenz und Weltmarkt“ und über die Interdependenz von Politischem, Ökonomischem und Kulturellem.

Fernand Braudel – langjähriger Herausgeber der Zeitschrift „Annales d'histoire économique et sociale“, Autor von Werken wie „Sozialgeschichte des 15. – 18. Jahrhunderts“ und „Das Mittelmeer und die mediterrane Welt in der Epoche Philipps II.“ – gehörte seit den fünfziger Jahren zu den einflussreichsten französischen Sozialwissenschaftlern. Bei uns

ist er – auch wenn inzwischen etliche seiner Texte in deutscher Übersetzung vorliegen – wenig bekannt. Mit Braudel teilt Wallerstein die Überzeugung von der Notwendigkeit einer Synthese von Sozial- und Geschichtswissenschaft, das Interesse an „historischen Konjunkturen“, zyklischen Verläufen, Kampagnen, das Misstrauen gegen alle „überhistorischen Konstanten“ – und die radikale Ablehnung der Idee eines „linearen gesellschaftlichen Fortschritts“.

Wallerstein wirft den siegreichen „Weltanschauungen“ des 19. Jahrhunderts – Liberalismus und Marxismus – aber fatale Defizite vor: Erstens den „metaphysischen“ Glaube an „Entwicklung“ und zwar unaufhaltsam zum Höheren, Besseren – in Politik und Ökonomie, in Technik und Kultur. Sein zweiter Vorwurf an die Adresse der beiden „großen Ideologien“: Eurozentrismus – die weitgehende Ausblendung der „Welt-Peripherie“ und damit des größten Teils der Menschheit. Und das dritte Defizit: die nicht unbedingt rhetorische, aber faktische Ignoranz gegenüber kulturellen Machtverhältnissen, insbesondere der Hierarchie der Geschlechter.

### Die Weltsystemanalyse

Wallersteins Alternative besteht in der Utopie einer Welt, einer Wissenschaft ohne Grenzzäune. Die Sozialwissenschaften sollen zu einer einzigen Disziplin werden, er schlägt für sie den Namen „historische Sozialwissenschaften“ (oder „soziologische Geschichte“) vor. Außerdem postulierte er mit der „Weltsystemanalyse“ einen neuen Begriff: „Die Weltsystemanalyse ist kein Paradigma der historischen

Sozialwissenschaft. Sie ist der Ruf nach einer Debatte über das Paradigma“ (S. 304). In Deutschland ist die „Weltsystemanalyse“ – der Begriff klingt in der deutschen Übersetzung, anders als im Englischen, etwas sektiererisch – viel weniger beachtet worden als in den USA, Frankreich oder Lateinamerika.

„Die Weltsystemanalyse stellt die Analyseeinheit in den Mittelpunkt der Debatte. (...) Sie ersetzt den Begriff *Gesellschaft* durch den Begriff *historisches System*. Natürlich ist das nur ein semantischer Austausch. Aber er befreit uns von der zentralen Konnotation, die die Gesellschaft bekommen hat, von ihrer Bindung an den Staat. (...) Überdies unterstreicht der Begriff *historisches System* die Einheit der historischen Sozialwissenschaft. Die Einheit ist zugleich systematisch und historisch.“ (S. 292f)

Im Mittelpunkt von Wallersteins Untersuchungen stehen nicht das Karussell der *bedeutenden Ereignisse*, nicht die *Geschichte nationalstaatlicher Gesellschaften*, sondern die *langen Zeitabläufe*, die *großen Räume*, das *Gegeneinander oder Miteinander von zyklischen Bewegungen* und *säkularen Trends* – mit anderen Worten: die *Geschichte der historischen Systeme*, der *Weltsysteme*, in der *Gegenwart: der kapitalistischen Weltwirtschaft*.

Fast ebenso wichtig ist Wallerstein die Forderung nach einer intensiven Beschäftigung der „scientific community“ mit ihrer eigenen – über weite Strecken recht trostlosen – Geschichte. Im Trümmerstaub der sozialwissenschaftlichen Paradigmen des 19. Jahrhunderts flimmern zwei erkenntnistheoretische Provokationen: Zunächst „Theorie der Wirtschaftsgeschichte statt Wirtschaftstheorie! Theorie der Sozialgeschichte statt Theorie des Sozialen“ und schließlich die Proklamation „Geschichte ist Theorie!“

Ein großes Programm, und in manchen Formulierungen seines Autors blitzt – trotz eingestreuter Relativierungen – auch ein beachtlicher, vielleicht sogar vermessener Ehrgeiz auf.

Immanuel Wallerstein begann seine wissenschaftliche Laufbahn mit Arbeiten über die neuere Geschichte Afrikas. Die „Weltsystemanalyse“ entstand in den internationalen Diskussionen der späten sechziger und der siebziger Jahre über den „Nord-Süd-Konflikt“, die Probleme der „Unterentwicklung“, der „Modernisie-

rung“, des „take off“. Die Analysen von André Gunder Frank, Johan Galtung oder Samir Amin stellten die damals vorherrschenden „Entwicklungseuphorie“ radikal in Frage.

Die Grundthese der „Weltsystemanalyse“, bezogen nicht nur auf „unsere“ Welt, sondern auch auf das „koloniale Indien“, das „imperialistische Japan“ oder die Sowjetunion lautet: nationale Entwicklung, nationalstaatliche, regionale und selbst lokale Geschichte und Gegenwart können nur in einer, aus einer globalen Analyse erklärt werden, von der Wirtschafts- bis zur Mentalitätsgeschichte, von der Regierungs- bis zur Familiengeschichte: „Die wirkliche Neuheit ist also, dass die Perspektive der Weltsysteme leugnet, dass der Nationalstaat in irgendeiner Form eine relativ *autonome Gesellschaft* repräsentiert, die sich mit der Zeit entwickelt.“ (S. 317) Vor allem aber: Unterentwicklung ist kein bedauerliches Relikt der Vormoderne, sondern unvermeidliches Resultat eben der sich seit vierhundert, fünfhundert Jahren so dynamisch entwickelnden *kapitalistischen Weltwirtschaft*.

Vorläufer der neuen historischen Sozialwissenschaft ist für Wallerstein am ehesten eine Paria-Disziplin unter den etablierten Sozialwissenschaften – die Wirtschaftsgeschichte. Zweifellos ist es kein Vorurteil, die bisherige akademische Wirtschaftsgeschichte weitgehend als deskriptiv und theorielos abzutun. Umgekehrt: Theorie, die Geschichte ignoriert – und dieser Vorwurf geht vor allem an die zeitgenössische Wirtschaftstheorie – ist keine Theorie.

Freilich: So ganz neu ist der Anspruch der Weltsystemanalyse – ob man nun an Schumpeter oder an Althusser denkt – nicht. Gerade der Marxismus, die *Marxismen* hatten von Anfang an für einen breiteren *Gesellschaftsbegriff* und für eine *Theorie des globalen Kapitalismus* plädiert. Nur blieben solche Ansätze all zu oft im Sand eines teleologischen Schematismus und tagespolitischer Tabus stecken. Immerhin kamen von marxistischen Theoretikern wie Maurice Godelier oder Emilio Sereni differenzierte Beiträge zu dieser Diskussion.

### Die Bedeutung der Französischen Revolution

Eine weitere für Wallersteins wissenschaftliches Interesse zentrale Frage lautet: steht am Anfang aller *Entwicklung* eine *industrielle Revolution*, erst recht eine *bürgerliche Revolution*? Wallerstein stellt diese Gewissheit von

„Die kulturellen Rebellionen der Gegenwart sind Konsequenz der unerbittlichen Ausweitung des formal immer rationaleren, eigentlich aber immer irrationaleren historischen Sozialsystems.“



Liberalen, Marxisten und Konservativen in Frage. Die „Große Industrielle Revolution“ am Ende des 18. Jahrhunderts ist für ihn nicht mehr und nicht weniger als ein Mythos. Häufungen technologischer oder produktionsorganisatorischer Innovationen habe es in der Wirtschaftsgechichte immer wieder gegeben, ohne dass ihnen epochale Bedeutung zugeschrieben worden sei. Sein Verdacht: die Proklamierung, die Erfindung einer industriellen Revolution wurde notwendig, um eine von da an unaufhaltsame, unendliche Entwicklung suggerieren zu können – allen wird es immer besser und besser gehen. Der Weg – der industrielle Fortschritt – war der richtige und der einzige: offen blieb allenfalls, ob das Kapital oder das Proletariat auf diesem Weg das Kommando führen sollte.

Ein für unser demokratisches, aufgeklärtes Selbstverständnis fundamentales Ereignis wird von Wallerstein in neuem Licht angestrahlt: die Französische Revolution. Unbestritten bleibt auch in seiner Sichtweise, dass zwischen 1789 und 1795 eine Dynastie gestürzt, führende Persönlichkeiten hingerichtet, eine Republik ausgerufen wurde. Aber in seinen Augen waren diese Ereignisse nicht wirklich revolutionär: „(...) ich glaube, dass das Konzept des Aufstiegs einer Bourgeoisie, die irgendwie eine Aristokratie stürzte, mehr oder weniger das Gegenteil dessen ist, was wirklich passierte, nämlich, dass sich die Aristokratie selbst in eine Bourgeoisie verwandelte, um ihre kollektiven Privilegien zu retten.“ (S. 88)

Der Feudalismus musste und konnte nicht gestürzt werden, weil er sich schon selbst abgeschafft hatte. Dem Feudaladel in Frankreich – wie davor und danach in anderen Ländern – erschien eine über den freien Markt und freie Wahlen vermittelte Herrschaft allmählich effizienter als das wirtschaftlich stagnative und von zahllosen Agrarrevolten geschwächte Feudalregime.

Veränderung sollte also nicht mehr blockiert, sondern kontrolliert werden. „Alles muss sich ändern, damit alles gleich bleibt,“ heißt es in Tomasi di Lampedusas Roman „Der Leopard“, der von der bürgerlichen Revolution in Süditalien um 1860 handelt. Die neue industrielle Bourgeoisie war – bei vielen Ausnahmen – nichts als die intellektuell aufgeschreckte und zu verheißungsvolleren Produktions- und Machttechniken übergegangene Feudalklasse.

„Als der Staub sich legte, stellte sich heraus, dass die Veränderungen [in Frankreich] weniger aufsehenerregend waren als häufig versichert wird. Die größeren landwirtschaftlichen Gebilde blieben größtenteils intakt, obwohl natürlich hier und da der Name des Eigentümers gewechselt hatte. (...) Die Klasse der freien Bauern (...) trat stärker hervor als zuvor, allerdings weitgehend auf Kosten der *kleinsten* Produzenten (...). Die Agrarreformen gingen manchmal geräuschvoll vor sich, aber sie passen sich ein in eine langsame, gleichmäßige Kurve eines mehrere Jahrhunderte andauernden parallelen Wandels in vielen Teilen Westeuropas. Was das Gewerbe betrifft, so wurden gewiss die Zünfte abgeschafft. Auch verschwanden Binnenzölle, was einen größeren, freien Binnenmarkt schuf. Dennoch sollte man nicht vergessen, dass es schon vor 1789 eine Zone ohne interne Zollschranken gab: die *Fünf großen Güter*, die Paris einschlossen. Dieses Gebiet hatte annähernd die Größe Englands.“ (S. 18)

War die französische Revolution also nur ein Machtwechsel ohne epochale Bedeutung?

„Ich meine, die Bourgeoisie, oder die kapitalistischen Schichten, oder die herrschenden Klassen (...) zogen aus dem französischen revolutionären Aufbruch zwei Schlüsse. Einer war ein Gefühl großer Bedrohung, nicht nur durch das, was von den Robespierres dieser Welt, sondern von den ungebildeten Massen getan werden könnte, die zum ersten Mal ernsthaft über die Erringung staatlicher Macht nachzudenken schienen. (...) Diese systemfeindlichen Aufstände waren vielleicht nicht besonders erfolgreich. Ihre Bedeutung liegt aber einfach darin, dass sie überhaupt stattfanden und so Vorboten eines bedeutenden qualitativen Wandels in der Struktur des kapitalistischen Weltsystems und einen Wendepunkt seiner politischen Entwicklung bildeten. Daraufhin kam die Welt-Bourgeoisie, wie ich glaube, zu einem zweiten und sehr logischen Schluss. Stetiger Wandel in kurzen Abständen war unvermeidbar, und es war daher hoffnungslos, den historischen Mythos aufrecht zu erhalten, (...) dass politischer Wandel außergewöhnlich, meistens kurzlebig und normalerweise unerwünscht war. Nur wenn die Welt-Bourgeoisie die Normalität des Wandels akzeptierte, hatte sie eine Chance, ihn zu bändigen und zu verlangsamten.“ (S. 21)

Maximilien Robespierre



Wallersteins irritierende Bilanz lautet: „Die Französische Revolution hat Frankreich nicht besonders verändert. Aber sie hat das Weltsystem verändert.“

Wallerstein unterstreicht gewöhnlich als nebensächlich angesehene Momente:

- Die beginnende Formierung langfristig orientierter systemfeindlicher Bewegungen: in erster Linie die frühe Arbeiterbewegung;
- Dann die Differenzierung der modernen Ideologien (und zugleich der Sozialwissenschaften), die politischen Interessen untergeordnet sind und die *unmögliche Trennung* von Markt, Staat und Privatsphären reproduzieren;
- Ganz besonders hebt Wallerstein den durch die Revolution in Frankreich ausgelösten Aufstand der Schwarzen in Haiti 1804 und den fast zur gleichen Zeit einsetzenden *Modernisierungsschub* in Ägypten hervor – wenn man so will, die ersten *modernen* Konflikte zwischen *Peripherie* und *Metropolen*.

Wandeln wir Wallersteins These zur Französischen Revolution auf seine eigene Arbeit um, könnte gesagt werden: Die Arbeiten Wallersteins haben die Geschichte nicht besonders verändert. Aber sie haben den Blick auf geschichtliche Zusammenhänge verändert.

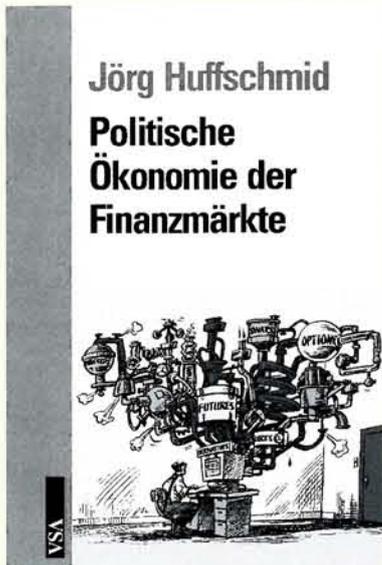
spw

#### Literatur:

Immanuel Wallerstein, Die Sozialwissenschaft kaputtdenken, Weinheim 1995

**Die Arbeiten Wallersteins haben die Geschichte nicht besonders verändert. Aber sie haben den Blick auf geschichtliche Zusammenhänge verändert.**

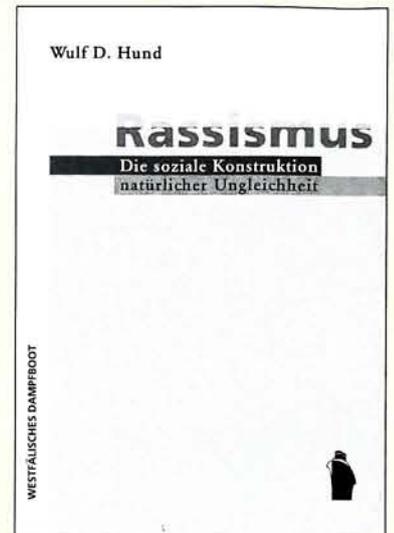
# Hier gibt's was!



1 Jörg Huffschild: Politische Ökonomie der Finanzmärkte, 248 S., Ladenpreis DM 29,80

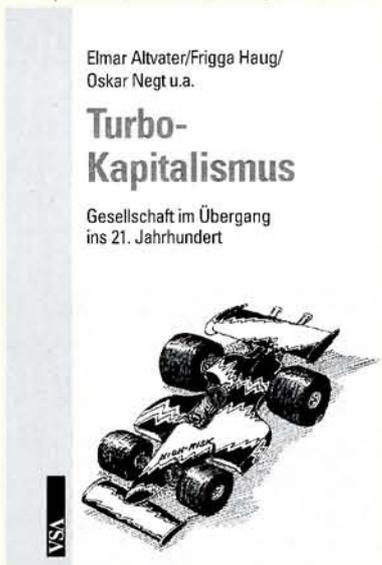


2 Dagmar Everding/Michael Kruse/Harald Kugel (Hg.): Demokratie in Deutschland, 176 Seiten, Ladenpreis DM 28,00



3 Wulf D. Hund: Rassismus. Die soziale Konstruktion natürlicher Ungleichheit, 173 S., Ladenpreis DM 29,80

4 Elmar Altvater/Frigga Haug/Oskar Negt u.a.: Turbo-Kapitalismus, 220 Seiten, Ladenpreis DM 32,80



5 Ulrich Albrecht/Paul Schäfer (Hg.): Der Kosovo-Krieg, 228 Seiten, Ladenpreis DM 24,80



6 Heinz Steinert: Kulturindustrie (Einstiege Band 5), 218 S., Ladenpreis DM 29,80



## Abo-Prämien 2000

## spw